Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1930

23 (15.1.1930) Morgenausgabe

Visual Library

Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis: frei Haus monatlich 3.20 RM. im voraus im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 3.— RM. Durch die Post bezogen monatlich 2.80 RM.
Einzelpreise: Werktags-Nummer 10 ₰, Sonntags-Nummer 15 ₰. — Im Fall höherer Gewalt, Streik, Aussperrung etc. hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nicht-Erscheinen der Zeitung. — Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. M. auf den Monats-Letzten angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile 0.40 RM. Stellen-Gesuche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis. — Reklame-Zeile 2.— RM. an erster Stelle 2.50 RM. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhalten des Zieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

Neue Badische Presse — und **Handels-Zeitung** — Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 15. Januar 1930.

46. Jahrgang. Nr. 23.

Eigentum und Verlag von :: Ferdinand Thiergarten :: Chefredakteur: Stephan Quirmbach. Preßgesetzlich verantwortlich: Für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: M. Lösche; für auswärtige Politik: K. M. Hageneier; für badische Politik u. Nachrichten: A. Kimmig; f. Kommunalpolitik: K. Binder; für Lokales u. Sport: M. Volderauer; für das Feuilleton: Dr. H. Haufler; für Oper u. Konzert: Chr. Hertle; für den Handelsteil: F. Feld; für die Anzeigen: Ludwig Meindl; alle in Karlsruhe (Baden). Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metger. Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054. Geschäftsstelle: Zirkel- und Lammstraße-Ecke. — Postscheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359. — Beilagen: Volk und Heimat / Literarische Umschau / Roman-Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Reise- und Bäder-Zeitung / Landwirtschaft, Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung

Die Lösung der Schacht-Krise.

Gesetzliche Verpflichtung der Reichsbank zum Eintritt in die Internationale Bank.
Reichskreditgesellschaft und Seehandlung zeichnen vorläufig als Gründer der Bank.

m. Berlin, 14. Jan. **(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)** Das Tagesgespräch von Berlin ist natürlich der Konflikt zwischen dem Reichsbankpräsidenten und der deutschen Delegation, der inzwischen wenigstens formell seine Erledigung gefunden hat. Ueberall, wohin man kommt, auf der Börse, in den Kreisen der Wirtschaft, in der Gesellschaft wird kaum von etwas anderem gesprochen. Sachlich findet die Haltung Schachts gerade in Finanz- und Wirtschaftskreisen sehr großes Verständnis und viel Zustimmung, wenn auch die Meinungen über die taktische Zweckmäßigkeit geteilt sind. Es wird nicht mehr bestritten, daß die Reichsregierung den entscheidenden Brief Dr. Schachts schon seit Anfang Januar gekannt hat. Ebenso selbstverständlich war es, daß dieser Brief in dem Organisationskomitee zur Verlesung kommen mußte. Davon konnte die deutsche Delegation nicht gut überrascht sein. Sie hätte deshalb klüger daran getan, wenn sie sich rechtzeitig auf diese Eventualität einstellte und aus der Not eine Tugend zu machen suchte. Dann wäre aus dem unerfreulichen Schauspiel, daß zwei autonome deutsche Stellen vor der Weltöffentlichkeit gegeneinander auftreten, doch noch der eine Vorteil herauszuschlagen gewesen, daß den Franzosen und den Engländern rechtzeitig klar gemacht werden konnte, zu welchen Folgerungen die bewußte Umbiegung des Youngplanes führen mußte.

Die Bemühungen, der deutschen Delegation die Reichsbank auszuschalten und dafür mit anderen Banken, der Preußischen Seehandlung und der Reichskreditgesellschaft, zu arbeiten, sind gescheitert, nicht nur an dem Widerspruch der Gläubigerstaaten, sondern auch an der inneren Unmöglichkeit, eine solche Weltorganisation von Deutschland her ohne oder gar gegen die Reichsbank gründen zu wollen. Sie hat aber dafür

die Lösung gefunden, durch Aenderung des Bankstatuts der Reichsbank die Beteiligung an der Trustbank gesetzlich aufzuerlegen.

Damit werden auch die Gläubigerstaaten einverstanden sein und Herr Dr. Schacht wird sich einem solchen gesetzlichen Zwang fügen. Seinen moralischen Widerspruch allerdings hält er aufrecht. Er fügt sich nur als loyaler Staatsbürger dem gesetzlichen Zwang, wobei immer noch die Frage offen bleibt, inwieweit den Gläubigern, die ja doch als Geldquellen hauptsächlich in Frage kommen, eine derartige formelle Einigung zwischen der Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten genügt. Wenn derselbe Bankpräsident gesinnungsmäßig seinen Widerspruch gegen die Tragbarkeit der neuen Belastungen aufrecht erhält.

Die Sozialdemokraten haben die Gelegenheit beim Schopf gefaßt und den ihnen unbequemen Dr. Schacht gänzlich abhalftern wollen. Sie haben deshalb angestrebt, weitergehende Aenderungen des Bankstatuts durchzudrücken dadurch, daß die Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten grundsätzlich beseitigt und er in die Rolle eines Beamten der Reichsregierung heruntergedrückt würde. Sie haben sich aber damit nicht einmal im Kabinett durchsetzen können, sodaß ein entsprechender Vorschlag den übrigen Mächten kaum gemacht wird.

Der Reichsfinanzminister hat sich mit aller Entschiedenheit dieser Forderung widersetzt und mit seinem Rücktritt gedroht, wenn etwa die Unabhängigkeit der Reichsbank grundsätzlich angetastet werden sollte.

Die innerpolitischen Folgen der ganzen unerfreulichen Vorgänge werden sich bei dem parlamentarischen Nachspiel noch sehr stark bemerkbar machen. Die ganze Konstruktion wird allerdings jetzt ziemlich kompliziert. Dr. Schacht kann und will sich als Reichsbankpräsident an der Trustbank erst beteiligen, nachdem der gesetzliche Zwang für ihn vorliegt. Das ist erst möglich, wenn der entsprechende Gesetzentwurf mit der Annahme des Youngplanes vom Reichstag verabschiedet ist. So lange bleibt also die Reichsbank ausgeschaltet. An ihre Stelle treten bei den Vorbereitungen für die Gründung der Bank die Seehandlung und die Reichskreditgesellschaft als Lückenbüßer. Sie werden also

im Auftrag des Reiches als Gründer der Trustbank zeichnen und erst später durch die Reichsbank ersetzt werden.

Dagegen bleibt Dr. Schacht vermutlich im Bankkomitee, ohne sich allerdings in seiner Eigenschaft als Präsident der deutschen Reichsbank an der Gründung zu beteiligen. Ein merkwürdig undurchsichtiges Verfahren! Kein Wunder, wenn infolgedessen in der Berliner Presse die Dinge stark durcheinanderlaufen und auch die Berichte aus dem Haag diese Zusammenhänge nicht richtig herausarbeiten.

Die Uebereinstimmung einstimmig erzielt.

* **Berlin,** 14. Jan. **(Funkspruch.)** Wie von Berliner zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Uebereinstimmung zwischen dem Reichsbankpräsidenten und den vier deutschen Delegierten einstimmig einschließlich des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers Schmidt festgestellt worden.

Der Einspruch der Gläubigermächte.

= **Haag,** 14. Jan. Die französische Abordnung hat, wie verlautet, dem Präsidenten der Haager Konferenz Jaspar schriftlich die Mitteilung zugehen lassen, daß die französische Regierung nach eingehender Prüfung der Vorschläge der deutschen Abordnung, anstelle der Reichsbank eine andere deutsche Bankengruppe in die BIZ. eintreten zu lassen, zu der Auffassung gelangt sei, daß eine andere deutsche Bankengruppe für die Mitwirkung an der BIZ. nicht in Frage komme. Nach den im Youngplan vorgesehenen Satzungen der BIZ. könne nur die Reichsbank für die Mitwirkung und Vertretung in der BIZ. in Betracht kommen, da nach den deutschen Gesetzen nur die Reichsbank für den Notenumlauf und die Stabilität der deutschen Währung verantwortlich sei.

Die englische Abordnung hat, wenn auch noch nicht in amtlicher Form, so doch sachlich, den gleichen Standpunkt eingenommen und gleichzeitig gefordert, daß die deutsche Reichsbank und keine andere Bankengruppe bei der BIZ. vertreten sein soll. Eine ähnliche Erklärung hat die italienische Abordnung abgegeben. Diese übereinstimmende Auffassung der drei großen Gläubigermächte ist der deutschen Abordnung mitgeteilt worden.

Im Laufe des Dienstag-Nachmittag fand eine längere Unterredung zwischen Finanzminister Moldenhauer und dem französischen Finanzminister Cheron statt, in deren Verlauf der französische Standpunkt in der Frage der Beteiligung der Reichsbank an der BIZ. sowie die Mobilisierung der deutschen Anleihe erörtert wurden.

Schacht vor der Presse.
Keine Beeinflussung der politischen Entschlüsse.

= **Haag,** 14. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab am Dienstag der Presse eine längere Erklärung ab, in der er u. a. betonte: Der Inhalt des Briefes sei von ihm den Mitgliedern der Reichsregierung mündlich zur Kenntnis gebracht worden. Er habe jedoch vor Beginn der Konferenz keinerlei Mitteilung von der Reichsregierung hinsichtlich des Schreibens erhalten, ebenso sei keinerlei Ersuchen von der Reichsregierung an ihn gerichtet worden, diesen Brief nicht zu schreiben.

Er lehne es auf das kategorischste ab, in irgendeiner Weise die Absicht gehabt zu haben, auch nur den mindesten Einfluß auf die politischen Entscheidungen der Konferenz zu nehmen.

Er wolle auch nicht den leisesten Schatten des Eindrucks entstehen lassen, als ob er durch sein Schreiben die politischen Entscheidungen der Konferenz beeinflussen wollte. Er habe mit der politischen Konferenz nicht das mindeste zu tun. Die Verantwortung für die politischen Entschlüsse läge nicht in seiner Hand. Weder er noch die Reichsbank würden sich an einem Geschäft beteiligen, dessen moralische Grundlagen nicht als gesichert anzusehen seien, jedenfalls nicht freiwillig. Eine derartige Haltung könne nur die gesamte Währungspolitik im internationalen Ansehen stärken. Er habe in keiner Weise die Absicht, einer anderen deutschen Bankengruppe, falls es sich um erste deutsche Großbanken wie die Reichskreditanstalt oder die Seehandlung handele, irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten, wenn diese anstelle der Reichsbank in die BIZ. eintreten sollten. Die Reichsbank könne aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was andere Banken an ihrer Stelle tun werden.

Der Reichsbankpräsident betonte sodann, daß er eine außerordentliche nationale und auch internationale Verantwortung trage. Er würde logischerweise sein Amt nur dann niederlegen, wenn er selbst der Ueberzeugung sei, moralisch nicht richtig gehandelt zu haben. Er sei jedoch der festen Ueberzeugung, daß sein persönlicher Standpunkt der richtige sei.

Er werde die ihm auferlegte Verantwortung weiter tragen und sich dieser Verantwortung nicht durch die Flucht entziehen.

Auf eine Frage, wie er sich zu den Ergebnissen der Haager Konferenz stelle, lehnte der Reichsbankpräsident kategorisch jede Stellungnahme zu den Haager Beschlüssen ab. Selbstverständlich bestehe immer die Möglichkeit, irgendwelche Abkommen zu ändern. Die Möglichkeit von Abänderungen sei erfahrungsgemäß niemals ausgeschlossen.

Der Reichsbankpräsident trat sodann aufs schärfste den Gerüchten entgegen, wonach das Bankhaus Morgan den Youngplan als nicht geeignet ansehe. Er betonte, er habe nach dem Abschluß der Pariser Konferenz mit dem Führer des Hauses Morgan keinerlei Unterredung mehr über dessen Stellung gehabt und von ihm keinerlei Mitteilung betreffs der Stellung des Hauses Morgan zum Youngplan erhalten.

Das Ergebnis der Kabinettssitzung.

* **Berlin,** 14. Jan. **(Funkspruch.)** Halbamtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Gang der Haager Verhandlungen befaßt und — soweit ein Ergebnis vorliegt — der Haltung der deutschen Delegation zugestimmt.

Nachdem die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsbankpräsidenten die Reichskreditgesellschaft A.G. und die Preußische Staatsbank (Seehandlung) ersucht hat, anstelle der Reichsbank bis auf weiteres als Gründer der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banken dazu bereit erklärt. Zum Zwecke der notwendigen Verhandlungen reisen heute abend die Herren Direktor Ritscher und Präsident Schröder nach dem Haag.

Ferner hat sich das Reichskabinett mit der Frage der Erhöhung des Weizen- und Roggenzolls befaßt und sich damit einverstanden erklärt, daß durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf 9 RM und der Weizenzoll auf 9.50 RM erhöht wird.

Zu dem Entwurf eines kündbaren Monopolgesetzes beschloß das Kabinett die Doppelvorlage, soweit es sich um die außerhalb des Monopols zugelassene Eigenproduktion handelt.

Die Genfer Ratstagung:

Völkerbund und Kelloggpakt.

Einberufung der Zollwaffenstillstands-Konferenz.

TU. Genf, 14. Januar. Die heutige Vormittagssitzung des Völkerbundsrates begann mit der Genehmigung eines Berichtes des italienischen Vertreters über die Einsetzung der juristischen Kommission für die Anpassung des Völkerbundspaktes an den Kelloggpakt.

Der Vertreter Englands in der Völkerbundsversammlung, Außenminister Henderson, begründete den Vorschlag in einer längeren Rede, in der er darauf hinwies, daß sich unter den 16 Staaten, die bereits den Kelloggpakt unterzeichnet haben, alle Völkerbundsmitglieder befinden. Henderson verwahrte sich entschieden dagegen, daß die englische Regierung mit ihrem Antrag irgendwie den Völkerbundspakt oder die Völkerbundstätigkeit abschwächen oder hemmen wolle, sie hoffe im Gegenteil durch Anpassung des Völkerbundspaktes an den Kelloggpakt den Völkerbund zu stärken.

Briand unterstrich ebenfalls die

Notwendigkeit, den Völkerbundspakt mit dem Kelloggpakt in Uebereinstimmung zu bringen.

Er erwähnte dabei die Vorzüge des Völkerbundspaktes, der auch schon wiederholt Kriege verhindert hätte, doch bedeute der Kelloggpakt, der den Krieg als ein Verbrechen kennzeichnet, eine weitere moralische Kraft, die sich auch der Völkerubnd zu eigen machen müsse.

Staatssekretär von Schubert erklärte, daß die deutsche Regierung ein besonderes Interesse an dem Antrag habe und sich dem anschließe, was Briand gesagt habe, nämlich, daß die Aussprache über diesen Antrag auf der breitesten Grundlage stattfinden solle. Er glaube, daß eine Lösung nur dann vollkommen sein könne, wenn alle Argumente berücksichtigt würden, die notwendig seien, um den ganzen Fragenkomplex zu lösen. Er stimme daher dem Antrag des Vorredners zu.

Eine weitere Aussprache wurde der Einsetzung des Komitees zugestimmt, dessen Mitglieder noch im Laufe dieser Tage bekanntgegeben werden.

In der Sitzung kamen ferner verschiedene Wirtschaftsfragen zur Behandlung. Berichterstatter war Dr. Schubert. Er ersuchte Polen und die Tschechoslowakei, das Abkommen über die Aufhebung der Ausfuhrverbote zu ratifizieren. Nach seinem Bericht über die

Einberufung der Zollwaffenstillstandstagung

beschloß der Rat einstimmig, diese Tagung auf den 17. Februar d. J. anzusetzen. 26 Staaten haben bereits ihre Teilnahme an der Konferenz zugesagt. Vom Völkerbundsrat werden die einzelnen Staaten ersucht, ihre Handelsminister zu entsenden. Der Rat beschloß hierauf, der kleine Juristenausschuß solle die Frage prüfen, ob der Haager Gerichtshof als Revisionsinstanz für Entscheidungen internationaler Schiedsgerichte einzusetzen ist.

Wieder ein Besatzungszwischenfall.

= **Mainz,** 14. Jan. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Nacht zum 4. Januar der beim französischen Proviantamt in Mainz beschäftigte 26 Jahre alte Arbeiter Philipp Hofmann, als er sich nachts um 1 Uhr auf dem Heimweg nach Gonsenheim befand, in der Nähe der Waggonfabrik von vier französischen Soldaten überfallen. Die Soldaten gingen mitten auf der Straße und ließen den Deutschen nicht vorbei. Einer schlug ihm mit der Faust ins Gesicht und beschimpfte ihn „sale boche". Das Gleiche tat ein zweiter Soldat. Hofmann bemerkte, daß er sich beim französischen Offizier des Proviantamts beschweren werde. Daraufhin fielen die vier Franzosen über ihn her, warfen ihn zu Boden, schlugen weiter auf ihn ein und traten ihm mit den Füßen gegen den Leib und auf den Kopf. Hofmann erlitt blutende Wunden und Beulen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die deutschen Behörden haben bei dem französischen Divisionskommandeur die nötigen Schritte unternommen.

Das vergiftete Weichselwasser.

TU. Warschau, 14. Januar. Die polnische Presse schlägt wegen einer Warschau drohenden Vergiftungsgefahr Alarm. Es handelt sich darum, daß ein gewaltiges Reservoir der polnischen chemischen Fabrik Nitrat in der vorigen Nacht geplatzt ist und 16 000 Liter einer giftigen Säure in den Fluß Czarna ergossen hat. Die Czarna mündet durch die Piliza in den Oberlauf der Weichsel und trägt den Giftstoff demnach weiter. In den genannten Nebenflüssen sind bereits alle Fische getötet worden, und werden jetzt angeblich in Massen von den Uferbewohnern aufgefangen und an Händler verkauft, die sie nach Lodz bringen. Die Sicherheitsbehörde hat alle Schritte getan, um die Bevölkerung vor dem Einkauf dieser vergifteten Fische und vor der Benutzung des Flußwassers zu warnen. Die Fische sollen kondensiert werden. Wie die Untersuchung ergeben hat, ist das Platzen des großen Säurebehälters auf eine verbrecherische Tat zurückzuführen. Man nimmt an, daß es sich um den Racheakt eines entlassenen Arbeiters handelt. Da die Warschauer Wasserleitung aus der Weichsel gespeist wird, hat das Innenministerium der Filtrierstation den Befehl erteilt, den Zufluß sofort abzusperren. Die Wasserleitungen sollen einige Tage aus Reservebehältern gespeist werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Revolutionäre Umtriebe
in der Marine?

m. **Berlin**, 14. Jan. (**Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.**) Die Kommunistische Partei ist ununterbrochen am Werk, sowohl in der Polizei als auch in der Reichswehr und in der Marine verhetzend zu wirken und für den Bolschewismus zu werben. In unzähligen Hochverratsprozessen kommunistischer Agitatoren ist ausreichendes Beweismaterial für diese Tätigkeit der Kommunistischen Partei gesammelt worden. Neuerdings versucht nun die kommunistische Presse den Anschein zu erwecken, als habe ihre Propaganda innerhalb der Marine bereits reiche Früchte getragen. Schon vor einigen Tagen bemächtigte sie sich eines unliebsamen Vorfalls auf der „Emden", dem aber jede politischen Hintergründe fehlten. Jetzt will sie einer zweiten Affäre angeblich revolutionärer Natur auf die Spur gekommen sein. Aber auch hierbei handelt es sich lediglich um einen Scherz, der allerdings über die Grenzen des Erlaubten hinausging, aber auch nicht auf kommunistische Einflüsse zurückzuführen ist. Anders ist es dagegen mit der

Ausstoßung von fünf Matrosen aus der Reichsmarine,

wovon ebenfalls in der kommunistischen Presse in großer Aufmachung berichtet wird. Hier hat sich herausgestellt, daß fünf Angehörige der Reichsmarine tatsächlich mit Kommunisten in Verbindung standen, so daß die Marineleitung gezwungen war, für die Entfernung dieser Soldaten zu sorgen. Der Fall liegt aber schon ein halbes Jahr zurück. Daß zwischen dem Kommunismus und der Polizei und Landesverteidigung Verbindungen bestehen, läßt sich nicht bestreiten. Es besteht aber eine scharfe Abwehr, um ein Eindringen des Geistes der Zersetzung und Vergiftung in diese Einrichtungen zu verhindern. Wenn es nun verschiedentlich zu kleineren unliebsamen Zwischenfällen im Heer oder in der Flotte kam, dann darf man nicht vergessen, daß daran in der Hauptsache die zwölfjährige Dienstzeit die Schuld trägt. Die alten Mannschaften, die gegen Ende ihrer Dienstzeit die Feststellung haben machen müssen, daß sie nicht befördert werden konnten, sind sehr oft nicht zufrieden damit, daß sie nach langjährigen Diensten als einfache Wehrmachtsangehörige ausscheiden sollen. Das wirkt auf die Stimmung dieser Leute und darauf sind sehr oft kleinere Reibereien zurückzuführen. Auch auf der „Emden" sind die Disziplinvergehen durch Mannschaften erfolgt, die vor ihrer Entlassung stehen und als einfache Matrosen verabschiedet werden. Es darf aber nochmals betont werden, daß diese Unzufriedenheit, die eben lediglich auf die zwölfjährige Dienstzeit zurückzuführen ist, mit kommunistischen Machenschaften nichts zu tun hat.

Ueberfall auf einen Kassenboten.

* **Berlin**, 14. Jan. (**Funkspruch.**) Heute vormittag ist ein Ueberfall auf einen Kassenboten verübt worden. Der 62jährige Kassenbote Max Faustmann, der bei der Innungskasse der Tischler-Innung angestellt ist, war nach der Stadtbank gegangen und hat dort 5000 Mark abgehoben. Er trug das Geld in einer Aktentasche. Als er zu den Räumen der Krankenkasse in der Michael-Kirchstraße 15 hinaufstieg, standen auf der Treppe mehrere junge Leute. Einer von ihnen stellte dem alten Mann ein Bein, sodaß er zu Fall kam. Darauf wurde er mit einem Gummiknüppel und einem harten Gegenstand bearbeitet, und man versuchte, ihm die Kasse zu entreißen. Faustmann schrie um Hilfe. Eine Frau kam hinzu, worauf die Räuber schleunigst die Flucht ergriffen. Das Geld konnte nicht geraubt werden, da Faustmann die Aktenmappe mit aller Gewalt festgehalten hatte. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Ein D-Zug-Kofferdieb gefaßt.

DZ. **Frankfurt a. M.**, 14. Jan. Dank der umsichtigen Arbeit der Reichsbahnpolizei des Direktionsbezirkes Frankfurt gelang es dieser Tage, einem recht gefährlichen D-Zug-Dieb, der bereits schwer vorbestraft ist, das Handwerk zu legen. Allein in den Tagen vom 30. Dezember bis zum 7. Januar wurden nicht weniger als fünf Fälle der Untersuchungsstelle gemeldet, in denen Reisenden auf dem Bahnhof oder während der Fahrt die Koffer aus dem D-Zug gestohlen worden waren, am 7. Januar mittags zwei weitere Fälle. An Hand der von den bestohlenen Reisenden gemachten Angaben gelang es noch am selben Tage durch konzentrisches Vorgehen der Bahnpolizei, den Dieb zu fassen. In seiner in einer auswärtigen Stadt befindlichen Wohnung wurde ein ganzes Warenlager von gestohlenen Wertgegenständen, Uhren, Silbersachen und anderen Wertobjekten beschlagnahmt, weitere noch reichere Diebesbeute wurde anderweitig sichergestellt. Die gesamte Beute konnte mit Ausnahme zweier Köfferchen, die der Dieb auf der Straßenbahn im Stich ließ, wieder beigeschafft werden. Insgesamt stellt die Beute einen Wert von über 10 000 Mark dar.

Opfer des Sturmes.

TU. **Hamburg**, 14. Jan. Nachdem bereits am Montag abend ein Abflauen des Sturmes zu verzeichnen war, hat sich die Wetterlage über Nacht weiter beruhigt. Wie aus Cuxhafen berichtet wird, sind dort mehrere Schiffe in stark beschädigtem Zustand eingelaufen. So kam der Kieler Dampfer „Cereal" mit starker Schlagseite an. Durch das starke Schlingern des Schiffes wurde ein Mann der Besatzung über Bord gespült. Der polnische Dampfer „Rewa" ist mit stark beschädigtem Deckaufbau eingelaufen.

Während des Sturmes am Montag ist auf dem Torpedoboot „Albatros" in der Nähe des Leuchtschiffes „Elbe I" der Oberdeck-Offizier Oehlschläger über Bord gespült worden. Er konnte erst 1½ Stunden später unter den schwierigsten Verhältnissen vom Torpedoboot „Wolf" geborgen werden. Die Boote liefen dann sofort Cuxhafen an, wo im Marinelazarett Wiederbelebungsversuche vorgenommen wurden, die jedoch ohne Erfolg blieben.

Zeugenvernehmung im Sklarek-Ausschuss:

Die teuren Sklarek-Waren.

Wie die Stadt Berlin betrogen wurde.

★ **Berlin**, 14. Jan. (**Funkspruch.**) Der Sklarek-Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages setzte am Dienstag seine Beweisaufnahme in öffentlicher Sitzung mit der Vernehmung mehrerer Zeugen fort. Zunächst wurde der Bezirksverordnete Kaufmann Werl gehört, der über seine Beobachtungen über die Geschäftsverbindung mit den Sklareks im Charlottenburger Bezirk aussagen sollte. Der Zeuge bekundete u. a., er habe schon vor Jahren eine Anfrage eingebracht, in der er darauf hinwies, daß

die Sklarek-Waren mehr als 100 Prozent teurer als die des Kleinhandels

seien. An dem Tage, an dem er in der Bezirksversammlung seine Anfrage vertreten wollte, lag auf allen Plätzen der Bezirksverordneten die von dem Reichstagsabgeordneten Bruhn geleitete „Wahrheit" aus, in der Bruhn im Interesse seines Freundes Sklarek schwere Verleumdungen gegen den Zeugen vorbrachte. Nachdem der Staatsanwalt seinen Strafantrag gegen Bruhn mangels öffentlichen Interesses abgelehnt hatte, erreichte der Zeuge durch Zivilklage, daß die Verleumdungen zurückgenommen wurden. Obwohl er schon damals in einem besonderen Schreiben den Magistrat über seine Beobachtungen hinsichtlich der von den Sklareks gelieferten Waren unterrichtet hatte, sei seitens des Magistrats nichts geschehen. Schon im Jahre 1927 habe er auf der Bezirksverordnetenversammlung dargelegt, daß die von Bruhn unterzeichnete Anordnung an die Bezirksämter, nur bei der Firma Sklarek zu kaufen, gar nicht zu Recht bestehen könne, weil das mit den Sklareks getätigte Abkommen bei Uebernahme der Städtischen K.V.G. nur von einer Erlaubnis, nicht aber von einer Verpflichtung der Aemter, bei den Sklareks zu kaufen, sprach. Zeuge Werl erklärte weiter, der Verlust an den Fälschungen sei ein Pappenstiel gegen das, was auf Grund der Verträge den Sklareks von der Stadt allein durch die Ueberteuerung zufloß. Er schätzte den Umsatz der Sklareks auf etwa dreißig Millionen. Bei vorsichtiger Schätzung des Ergebnisses der Ueberpreise der Sklareks sei

die Stadt in der Zeit, während der der Zeuge der Bezirksversammlung die Dinge vortrug, um 25 Millionen betrogen

worden.

Als nächster Zeuge wurde der frühere deutschnationale Landtagsabgeordnete Bruhn vernommen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Zeuge in seiner Zeitschrift „Die Wahrheit" behauptet habe, die Deutschnationale Volkspartei habe von den Sklareks Geldzuwendungen erhalten. Der Zeuge Bruhn erklärte, daß Leo Sklarek, mit dem er sich geduzt habe, ihm verschiedentlich gesagt habe, der Stadtverordnete Ganzow hätte zu wiederholten Malen Geld für seine Partei erhalten. Ende 1928 habe dann Leo Sklarek einmal zu dem Zeugen gesagt, Ganzow sei schon wieder einmal bei ihm gewesen. Er — Bruhn — möge Ganzow darauf aufmerksam machen, daß er nun in seinen Geldforderungen einmal eine Pause eintreten lasse. Der Zeuge habe aber mit Ganzow erst später gesprochen. Ganzow habe ihm gesagt, er habe die Geldforderungen an die Sklareks auf Veranlassung von Stadtrat Wege gestellt und auch einmal zweitausend Mark erhalten. Daß er mehrere Male Geld von den Sklareks erhalten habe, habe Ganzow bestritten.

Auf Befragen erklärte der Zeuge Werl: Für Leo Sklarek tat man alles. Zeuge Bruhn: Sie wollten selber der Lieferant werden! Zeuge Werl: Ich muß mich dagegen verwahren, daß man mich so behandelt, als wenn ich Herr Bruhn wäre. Ich wurde von Stadtrat Braun gewarnt. Stadtverordneter Justizrat Lüdike (Dtn.), der dann als Zeuge vernommen wurde, bekundete, er habe von Zahlungen der Sklareks an Ganzow erst durch die Zeitungen erfahren. Völlig ausgeschlossen sei, daß die deutschnationale Fraktion Schweigegelder von den Sklareks erhalten hätte. Eine dahingehende Behauptung in der „Wahrheit" habe er als völlig unwahr zurückgewiesen.

Der Zeuge Ganzow erklärte: Ich kenne die Sklareks schon seit meiner Kindheit. Die Sklareks hätten auch der Sozialdemokratischen Partei Zuwendungen gemacht. Er habe einmal auf dem Schreibtisch von Leo Sklarek ein Dankschreiben der S.P.D. gesehen, worin sie sich für 1000 Mark bedankt habe. Er, der Zeuge, sei im ganzen fünf bis sechs Mal bei den Sklareks gewesen. Für andere als Parteizwecke habe er keine Gelder bekommen.

Nach der Mittagspause wurde der frühere Bürgermeister Schneider (Soz.) vom Bezirk Mitte über

die Grundstückverkaufsverhandlungen mit Sklarek

vernommen. Stadtrat Neuendorff vom Bezirk Mitte und der Stadtverordnete Rosenthal, die hierzu bereits früher gehört waren, nahmen gleichfalls am Zeugentisch Platz. Vorsitzender Schwenk (Komm.) hielt dem Zeugen Schneider die Aussagen Neuendorffs vor, worin dieser behauptet, daß Schneider zwar zuerst mit ihm, Neuendorff, die Interessen der Stadt vertreten habe, später aber sehr für die Sklareks eingetreten sei. Schneider: Ich war 1926 bis 1927 dienstlich so stark überlastet, daß ich meinen Vertreter Stadtrat Dr. Gordan beauftragte, Mietverträge usw. ohne mich zu erledigen. Daher haben mich dann auch die Sklarekschen Mietverträge dienstlich gar nicht mehr beschäftigt. Ich muß nach meiner Erinnerung entschieden die Behauptung zurückweisen, als ob ich versucht hätte, den Grundstücksreferenten vom Bezirk Mitte, Neuendorff, zu Gunsten der Sklareks zu beeinflussen. Stadtrat Neuendorff: Ich bleibe bei meiner ersten Bekundung.

Zeuge Stadtrat Dr. Gordan erklärte, er wisse nicht, warum die Grundstücksverhandlungen mit den Sklareks dem Bezirksamt Mitte abgenommen und vom Oberbürgermeister bezw. dem Grundstücksdezernat der Zentralverwaltung weitergeführt worden seien.

Zeuge Bürgermeister Schneider gab dann eine Darstellung seines Verkehrs mit den Sklareks. Er habe sich mit Leo Sklarek geduzt, da er ihn für einen durchaus ehrenhaften Kaufmann gehalten habe. Seine früheren, vor dem Staatsanwaltschaftsrat Weißenberger in der ersten Bestürzung gemachten Zugeständnisse widerrufe er. Anzüge habe er sich bei der Firma Sklarek arbeiten lassen, er habe sie aber später mit etwa 200 Mark bezahlt. Silberne Leuchter seien seiner Frau zu Weihnachten geschenkt worden. Er habe die Geschenke erwidert und Sklareks u. a. ein Klavier geschenkt. Zeuge Stadtrat Zangemeister äußerte sich über die Grundstücksgeschäfte der Stadt mit den Sklareks. Daß der Oberbürgermeister sich mit dieser Sache beschäftigte, was ja auffallend gewesen sei, könne man verstehen, da der Oberbürgermeister für den Straßendurchbruch in der Kommandantenstraße ein großes Interesse gehabt habe. Der Zeuge bestätigte, daß er von den Sklareks 6000 Mark erhalten habe, die er an den Reichsverein Charlottenburg der Deutschnationalen Volkspartei weitergeleitet habe.

Darauf vertagte sich der Ausschuß auf Mittwoch.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Mittwoch, den 15. Januar.

Landestheater: Die andere Seite, 8—11 Uhr.
Colosseum: Abschiedsvorstellung Xaver Terofal, 8 Uhr.
Badische Lichtspiele — Konzerthaus: Wunder des Schneeschuhs. 4 und ½9 Uhr.
Vortragsgemeinschaft: Vortrag Prof. Hugo Dingler-München „Naturwissenschaft und Metaphysik" im Hörsaal 16 der Techn. Hochschule (Anladau), ½9 Uhr.
Verkehrsverein: Außerordentliche Mitgliederversammlung im Saale des Rest. Godener Adler, Karl-Friedrichstr. 12, 8 Uhr.
Rathaus-Bürgersaal: Richard Trunk-Liederabend, 8 Uhr.
Karlsruher Hausfrauenbund: Mitglieder-Versammlung mit Tee und Vortrag in der Glashalle des Stadtgartens, ½4 Uhr.
Hotel Germania: Gesellschafts-Abend (Smoking).
Hotel Rotes Haus: Tanz-Abend.
Hotel Exzelsior: Tanz-Abend.
Wiener Hof: Tanz.
Kaffee Odeon: Großes Sonder-Konzert und Abschiedsabend des Cubanola-Trios, ½9 Uhr.
Kaffee Bauer: Sonder-Konzert.
Kaffee Museum: Punsch-Abend.
Kaffee-Kabarett Roland: Abschieds-Abend Gerson-Jeserich
Roederer: Das Abendlokal.
Blumenkaffee, Durlach: Gesellschafts-Tanz.
Schauburg: Stud. chem. Helene Willfüer.
Atlantik-Lichtspiele: Die Stunde der Entscheidung. — Heut' war ich bei der Frida.
Union-Theater: Sündig und süß. — Nachmittags ½3 Uhr: Dornröschen.

Aus dem Berliner Kunstleben.

Die Barlach-Ausstellung in der Akademie. — Dossena in Berlin.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Akademie der Künste hat, ihr Mitglied Ernst Barlach zu seinem 60. Geburtstage zu ehren, eine liebevolle Ausstellung von etwa einem halben Hundert seiner Werke veranstaltet, von denen die meisten aus privatem Besitz oder aus Sammlungen herbeigeholt worden sind. Diese Schau erstreckt sich über die Jahre 1910 bis etwa 1925. Im Vorraum finden wir, von einer Anzahl Lithographien eingefaßt, eins seiner Hauptwerke: „Die Vision", jenes zweigeteilte Holzbildnis, das eine schlafende Frauengestalt von einer wundervoll-traumhaft dahingleitenden Erscheinung überschwebt darstellt. Dieses meisterliche Werk stammt aus dem Jahre 1912, also aus Barlachs Anfängen, und es ist bemerkenswert, wie vollendet der Künstler gleich mit seinen ersten Schöpfungen, und gerade mit diesen, vor uns tritt. Es ist schön, daß man diese „Vision" gleichsam als Motto an den Eingang stellte, denn diese weihevolle Ausstellung offenbart in diesem großen Zusammenhange, der, soviel wir wissen, hier zum erstenmale gezeigt wird, den visionären Charakter der Barlachschen Kunst. Gewiß, es sind vielleicht manche seiner Holzgestalten nach natürlichen Eindrücken entstanden, aber auch dann noch sind sie durch die Seele dieses einzigen Künstlers gegangen und haben dabei ihr visionäres Teil mitbekommen. Solche naturalistisch empfangenen Schöpfungen mögen vielleicht seine „Sorgende Frau" oder die „Schlafenden Vagabunden" sein, aber da sie nun des Realen ganz entkleidet sind, erhalten sie die höhere künstlerische Wirklichkeit des Symbolischen. Andere Schöpfungen sind ganz offenbar reine Expressionen einer traumbedrängten Seele; Barlach ist der reinste Expressionist gewesen, lange bevor dieses arme und immer gültige Wort totgehetzt wurde; er schuf aus dem Zwang, sich von seinen Gesichten zu befreien. Daher haben sie alle das Einsam-Nachtwandelnde, das auch die Stimmung seiner Dramen erfüllt. Will man die stilistischen Elemente dieser Kunst sezieren, so wäre zu sagen, daß sich in ihr die merkwürdige Mischung des Gotischen mit dem Slawischen findet, denn es haben in der Tat die meisten Barlachschen Bauern etwas Russisches, und die Ebene, in der sie sich verlieren, kann nur die russische sein. Weil sich kaum ein Unterschied in der Art des Barlach von 1910 und des von 1925 zeigt, wirkt sein Werk umso unheimlicher und erhebender, es ist wirklich wie aus „einem Guß", es könnte beinahe wie die Entladung einer Stunde erscheinen. Jener begnadeten Stunde, auf die auch die beiden schönen „Sterndeuter" harren, die grübelnd, demütig und andachtvoll zum Himmel schauen. Auch in dieser Gruppe offenbart sich, wie in jeder einzelnen Figur, der ganze Mensch und der ganze Künstler.

*

Lediglich aus Gründen des zeitlichen Zusammentreffens muß, so peinlich es ist, gleich hinter Barlach von dem berühmten Italiener Dossena gesprochen werden. Ja, von dem berühmten — er ist sicherlich bekannter als Ernst Barlach. Man wird sich noch erinnern, daß dieses Phänomen vor etwa einem Jahre auftauchte, nachdem er lange im Geheimen gewirkt hatte. Damals kam es heraus, daß so manche Werke der Antike, der Renaissance und der Gotik, die im Kunsthandel unter anderen Namen liefen, von dem italienischen Bildhauer Dossena stammten, von dem jetzt der Verein Berliner Künstler etwa 30 Bildwerke im Berliner Künstlerhaus ausstellt. Alceo Dossena hat bekanntlich immer bestritten, daß er ein bestimmtes Werk kopiere oder aus verschiedenen Stücken ein neues komponiere. Aber er ist mit Liebe und Leidenschaft dabei, seine Schöpfungen alt aufzumachen, er schwelgt in den Löchern der Bohrwürmer, die er natürlich selbst anbrachte, er hat die blanke Abgegriffenheit oder die Korrosionsstellen des Marmors ebenso verblüffend heraus wie die Risse an „alten" Holzplastiken oder die Stellen, an denen ein Anstrich abbröckelte oder abgenutzt wurde. Nur, daß er auch hierin oft zu weit geht, so daß die beabsichtigte Wirkung in ihr Gegenteil umschlägt. An den Werken stehen Tafeln: „Im Stile von . . ." Also im Stile von Mina da Fiesole, Verocchio, Rossellino, Nicola Pisano usw. Eine Galerie von etwa 30 Werken. Kein Zweifel, Dossena hat diese Meister durchaus studiert, er hat sich äußerst virtuos und verblüffend ihre „Technik" angeeignet und arbeitet also „im Geiste" der Alten, er ist keineswegs ein Eigener, ein selbstschöpferischer Geist. Sähe man diese Dossena-Sammlung in irgend einer Galerie verstreut, man würde an den einzelnen Stücken unberührt vorübergehen, denn sie berühren nicht, weil Dossena seinen Vorbildern eben doch nur die äußere Geste abgesehen hat. Wenn ein sprachgewandter Mensch sich lange genug in Hexameter vertieft, kann es geschehen, daß ihm dieses Metrum nicht aus dem Ohre geht und sich ihm unwillkürlich auch die Prosa zu Versen formt: so ähnlich steht es um Dossena. Was er da erzeugt hat, sind reine Nachahmungen fremder Geister; aber da man die Schöpfungen dieser Geister kennt, befriedigt die Nachahmung nicht mehr. Natürlich wirken im ersten Ansehen einzelne Haltungen und Bewegungen verblüffend, so z. B. die Stellung eines Engels oder die Hand der Madonna, die auf dem Rücken des Jesuskindes liegt. Solche erstaunlichen Einzelheiten finden sich natürlich und sind nicht wunderbar, den Alceo Dossena ist ein routinierter Bildhauer, kein bloßer Handwerker und Steinmetz, aber auch kein schöpferischer Kopf. Wenn man nun aber etwa von der Madonnenhand zu ihrem Kopf geht, so kommt die Enttäuschung, denn wie tot, steif, leblos und lieblos sind die Madonnenköpfe, wie kalt und leer! Es ist, angesichts der raffinierten antiken Aufmachung, sehr begreiflich, daß der Kunsthandel einzelnen Liebhabern in Amerika diese Werke für alte Kunst aufgeredet hat, aber es ist nicht eigentlich verständlich, daß sie für große alte Kunst gehalten werden konnten. Man kann das an einem allgemein bekannten Beispiel erkennen. Da ist ein Männerkopf im „Stile von Verocchio", bei dem Dossena der berühmte Söldnerführer Colleoni in Venedig vorgeschwebt haben wird. Auch Dossena läßt also seinen Mann entschlossen und grimmig blicken wie Verocchio seinen Colleoni, aber er vergröbert dabei und gerät ins Handwerkliche, er unterstreicht und verdickt die Gesichtsfalten auf eine fast unerträgliche Art. So ist es bei allen seinen Werken. Sie finden eine Raritätensammlung, keine Kunstschau.

A.B.

Badisches Landestheater:

Debussy und Bizet

im vierten Volks-Sinfoniekonzert.

Die französische Musik, die im vierten Volks-Sinfoniekonzert unter der Leitung von Kapellmeister Rudolf Schwarz zu Gehör kam, war von Claude Debussy und Georges Bizet. „Iberia", drei Bilder für Orchester von Debussy, war eine Erstaufführung und hatte kaum einen Achtungserfolg. Man spendete Beifall aus Dankbarkeit, aber die Dankbarkeit war nicht groß. Das lag am Werk, das nicht zu den besten Debussys gehört, das lag aber auch in der Art der Wiedergabe, die diese Musik mehr vom Streichkörper aus sah und für das unwirkliche Licht, aus der die Klänge kommen, für die zerfließenden Stimmungen, für die Klangnebelbilder nicht das richtige Verhältnis hatte.

Claude Debussy, der mit Vorliebe die Ganztonleiter verwendet, deren Terzen-Akkorde jene fremdklingenden Harmonien ergeben, ist auch in diesen drei Bildern, wie er sein Orchesterwerk nennt, der delikate, der erlesene Musiker für Feinschmecker. Er ist auch hier auf Farbe mehr bedacht als auf Linie des Baues, und zeigt seinen Sinn für zarte feine Empfindungen, für Uebergänge, für halbe Klänge und für huschende Erregungen. Dabei wird Pathos vermieden, aber tausend und mehr Farben so hingetupft, daß sie, wie in der impressionistischen Malerei, nicht gegeneinander, sondern nebeneinander wirken. Man hört zu und schaut in eine fremdartige Welt und entdeckt wenig Herzschlag, wenig Temperament des Blutes; denn es ist eine überreife Musik, eine unsubstanzielle. Die herzliche Bewunderung des Anfangs wird zum Schluß gähnende Bewunderung.

Georges Bizet, der Komponist der brennenden Musik zu „Carmen", ist diesseitiger, lebendiger, blutvoller. Er kommt in seiner Schauspielmusik „L'Arlesienne", deren schönste Teile für den Konzertsaal zu zwei Suiten vereinigt sind, von der Volksmusik her, vom Volkslied und vom Tanz. Leuchtet bei Debussy ein [illegible] Licht, so liegt über Bizet Sonnenschein, ist bei Debussy gedämpfte Empfindung und müde Reflexion, so ist bei Bizet eine Gestaltung aus lebendigem Empfinden heraus, zerfließt bei Debussy die Form, so faßt sie Bizet knapp und klar. Musikalisch am wertvollsten sind die beiden Schlußsätze, „Carillon" mit dem Basso obstinato der Hörner und „Farandole" mit einer glänzenden organisch aufwachsenden Steigerung zum Schluß. Kapellmeister Rudolf Schwarz vermittelte diese volkstümliche Musik mit Temperament, besonders der Schlußsatz war davon gespeist.

Ein Mitglied unseres ausgezeichneten Landestheater-Orchesters, Kammervirtuose Paul Trautvetter, spielte die musikalisch und technisch sehr heiklen Variationen über ein Rokoko-Thema von Peter Tschaikowsky. Er brachte eine lebendige Ausdrucksgestaltung, die im besonderen durch mustergültige Klarheit der musikalischen Zeichnung bestach. Blühender Ton und feine Schattierungskunst charakterisieren seine Technik. Paul Trautvetter, geschätzt auch als feinsinniger Kammermusikspieler, konnte für einmütigen, herzlichen Beifall viele Male danken.

He.

Regierungserklärung im Badischen Landtag.

Einsetzung einer Sparkommission. — Die badische Verwaltung teurer als in Württemberg. — Vor einem badischen Konkordat. Ein ungedeckter Staatsaufwand von 40 Millionen RM. — Eine Auseinandersetzung mit den 14 Punkten der Reichsfinanzreform.

Seit Bildung der neuen badischen Staatsregierung sind nahezu zwei Monate ins Land gegangen. Am Dienstag gab nun Staatspräsident Dr. Schmitt die erwartete Regierungserklärung ab. Mit ihr verband der Staatspräsident in seiner Eigenschaft als Finanzminister die Vorlage des Staatsvoranschlages 1930/31, der allerdings nur ein Teilvoranschlag ist und wesentliche Ministerien, besonders auch das Finanzgesetz noch außer Acht läßt. Die Generaldebatte über die Regierungsbildung wird nach den Beschlüssen des Landtags am Donnerstag vormittag ihren Anfang nehmen. Bis dorthin hofft man, die reichhaltige Tagesordnung erschöpft und den Fraktionen Gelegenheit gegeben zu haben, zur Regierungserklärung Stellung zu nehmen.

Die Rede des Staatspräsidenten.

In seiner eindreiviertelstündigen Rede führte Staatspräsident Dr. Schmitt u. a. aus:

Entsprechend dem Wahlausfall und mit Rücksicht auf die praktischen Erfahrungen seit 1918 wird die neugebildete Regierung die seit elf Jahren verfolgte badische Politik der Stabilität in gerader Linie fortsetzen. Zu einer ruhigen, stetigen, aber aufwärtsstrebenden Fortentwicklung zwingt auch die große Not, in der sich Reich und Land, Staat und Volk, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel, kurz die ganze Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer befinden. Die Regierungsparteien sind daher zu weiterer gemeinsamer politischer, opfervollster Zusammenarbeit entschlossen. Die Regierung stützt sich auf eine feste Mehrheit des Landtags, sie will aber treu der Verfassung dem ganzen Volke dienen.

Treue zum Reich und Treue zur republikanischen Verfassung ist das erste und selbstverständliche, freudige Bekenntnis der neuen Regierung. Wir achten die Vergangenheit; denn

ein Volk, das seine Geschichte nicht ehrt, ist nicht wert, daß es in der Zukunft noch einmal zu einer geschichtlichen Bedeutung kommt;

aber wir verlangen auch die Achtung unserer heutigen republikanischen Verfassung, ihrer Einrichtungen, ihrer Symbole, besonders seitens der Beamtenschaft. Wer im Dienst der Republik steht, schuldet ihr eben loyale Treue. Wir verlangen diese aber auch von allen anderen Volksgenossen, weil die republikanische Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse durch überwältigende Mehrheiten des deutschen Volkes rechtmäßig zustande gekommen ist. Die Regierung wird die Verfassung in Gesetzgebung und Verwaltung durchführen und sich für ihre Beachtung durch jedermann im Volke einsetzen, gebotenenfalls mit den Machtmitteln des Staats; die Regierung ist überzeugt, damit dem äußeren und inneren Frieden zu dienen.

Wir achten und verehren unseren Reichspräsidenten von Hindenburg,

weil auch er, obwohl einer der größten Soldaten und Heerführer, doch gleichzeitig nur in der Verständigungspolitik das einzig wirksame Mittel zur Befriedung Europas und Deutschlands erblickte und in diesem Sinne den Vertrag von Locarno und den Eintritt in den Völkerbund vollzog.

Für eine Politik der Völkerversöhnung.

Die badische Regierung ist der Auffassung, daß die Außenpolitik des Reichs Zwangsläufigkeiten schafft, und daß deswegen die Innenpolitik von der Außenpolitik wesentlich abhängig ist. Die badische Regierung wird die Reichsregierung bei Fortsetzung ihrer Politik der Verständigung unterstützen und wird auch einer solchen neuen internationalen Neuregelung zustimmen, welche dem besetzten Gebiete, auch dem badischen, endlich baldige Befreiung von fremder Besatzung bringen, ausländische Vormundschaften in Deutschland beseitigen und dem deutschen Volk nicht bloß Souveränität, sondern auch wesentliche finanzielle Erleichterungen hinsichtlich der Reparationen gewähren wird. Die badische Regierung teilt aber auch mit Bestimmtheit die Auffassung der Reichsregierung, daß finanzielle Erleichterungen — soweit nur irgendwie möglich und zugleich sobald als nur möglich — nicht bloß zur Tilgung der Schulden, sondern auch zur Senkung der drückendsten Steuern verwendet werden müssen.

Steuersenkung ist notwendig zur Mehrung der eigenen Kapitalbildung, zur Steigerung der Produktion und demzufolge zur Minderung der Arbeitslosigkeit,

zur Verminderung der Flucht deutschen Kapitals in das Ausland, zur Fortsetzung der Sozialpolitik und zum allmählichen weiteren Auftrieb der gesamten Wirtschaft, auf den wir nach befriedigendem Abschluß der Haager Verhandlungen zuversichtlich hoffen müssen.

Anhänglichkeit und Treue zum Reich,

volles Verständnis für die Notwendigkeit der Einheit des Reiches ist ein Teil der besonderen Wesensart des badischen Volkes

in seinen Schichten und Ständen, ohne Unterschied in Glaube und Weltanschauung. Deshalb wird die badische Regierung gute Beziehungen zum Reich und seinen Organen pflegen, ebenso wie zu den andern deutschen Ländern, insbesondere zu den süddeutschen. Die badische Regierung wird den von dem Unterausschuß der Länderkonferenz und von deren Berichterstatter empfohlenen Standpunkt mit Nachdruck vertreten, daß Baden zu den Ländern alter Art mit Eigenstaatlichkeit gehören muß.

Einsetzung einer Sparkommission.

Auf die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts im 1. Jahresheft 1929 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" hat der Finanzminister die anderen Ministerien ersucht, an Hand dieses Stoffes nachzuprüfen, ob in der Finanzgebarung der öffentlichen Verwaltung in Baden Fehlerquellen vorhanden sind, die mangels einer Vergleichsmöglichkeit mit anderen Ländern bisher nicht bekannt waren. Ich habe im Laufe des Jahres die Ministerien insbesondere ersucht, den Verleich der Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Verwaltung in Baden zu vertiefen und zwar zunächst beschränkt auf das Land Württemberg, das trotz der auch hier vorhandenen erheblichen strukturellen Unterschiede einigermaßen mit Baden vergleichbar ist.

Nachdem die Vorarbeiten einzelnen Ministerien gezeigt hatten, daß wir bei einem Vergleich mit Württemberg im allgemeinen wertvolles Material erhalten, hat das Staatsministerium beschlossen, eine unabhängige Kommission von badischen Sachverständigen (in Anlehnung an das Wort Sparkommissar „Sparkommission" genannt) einzusetzen. Diese Sparkommission hat die Aufgabe, an Hand der vergleichenden Reichsfinanzstatistik, auf Grund der Vorarbeiten der Ministerien sowie des sonst zu beschaffenden Materials zu prüfen, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß

die Ausaben der öffentlichen Verwaltung in Baden für Land, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt wie auf einzelnen Gebieten höher sind als die des Nachbarlandes Württemberg.

Die Sparkommission soll gleichzeitig Vorschläge zu Sparmaßnahmen organisatorischer wie personeller Art zur Beseitigung etwa bestehender unbegründeter Mehrausgaben machen. Die Sparkommission ist ermächtigt, zur Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben durch den Vorsitzenden oder durch die Mitglieder der Kommission unmittelbar Auskünfte bei den einzelnen Ministerien und den ihnen gleichgestellten oder unterstellten Staatsstellen einzuholen und zu demselben Zweck unmittelbar mit dem Statistischen Reichsamt und Staatsstellen des Vergleichslandes Württemberg in Verbindung zu treten. Das zu erstattende Gutachten über die Tätigkeit der Kommission ist vom Vorsitzenden abzufassen und unmittelbar dem Staatsministerium vorzulegen. Das Staatsministerium wird zu gegebener Zeit dem Landtag weitere Mitteilung zukommen lassen. Die Staatsregierung glaubt, auf diesem Wege am raschesten zu einem Ergebnis zu kommen.

Zwischen

Staat und Kirche

herrscht in Baden Friede, und dieser Friede schafft Autorität und erleichtert dem Staat und der Kirche die Erfüllung der beiderseitigen Aufgaben. Die Ziele und Erfolge der Kirche auf sozialem Gebiet und in den Werken der Nächstenliebe verdienen volle Beachtung und tunlichste Förderung seitens des Staates. Durch das badische Kirchenvermögensgesetz ist für die badischen Religionsgesellschaften die reichsverfassungsmäßige Freiheit und Gleichheit auf dem Gebiet der Vermögensverwaltung innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes anerkannt worden.

Die Frage des Konkordats.

Auch die Frage des Abschlusses einer vertraglichen Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften in Baden rückt allgemach in den Bereich näherer Erwägungen. Voraussichtlich wird dem Landtag in der laufenden Budgetperiode hierüber ein Gesetzentwurf zugehen. Dieser wird im Sinne einer Erhaltung der guten Beziehungen des Staates zu den Religionsgemeinschaften gehalten sein.

Die allgemeine Not.

Der Staatspräsident kam dann auf die wirtschaftliche Not und die Absatzkrise besonders auch der Landwirtschaft zu sprechen. In erster Reihe ist es Aufgabe der Reichsregierung, durch Außenpolitik, Handelsvertragspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Fürsorgepolitik diejenigen Voraussetzungen zu schaffen, die erfüllt sein müssen, um diese Notlage zu beheben oder zu mildern. Dann aber kommt hier die Selbsthilfe der Genossenschaften in Betracht, welche zu diesem Zweck einheitlich und straff zusammengefaßt, gut geleitet und auf dem Boden der Selbstverwaltung organisiert sein müssen.

Aber auch der badische Staat hat zur Linderung der Not alles das beigetragen, was überhaupt in seinen Kräften stand. Wirtschaftliche Unternehmungen, an denen der Staat wesentlich beteiligt ist, haben z. B. im vergangenen kalten Winter 1928/29 bis zu 11 Millionen Reichsmark Arbeitsaufträge für Wasserkraftwerke an die badische Industrie erteilen können, ohne dabei die außerbadische Industrie auszuschließen; die bevorstehende Rheinregulierung von Basel nach Kehl, die Erbauung der drei Rheinbrücken, der Bau des Schluchseewerkes, der Werke Ryburg-Schwörstadt, Dogern und Rekingen, die Kinzigverlegung wird die badische Wirtschaft allgemein und wesentlich fördern. Das neue Werk Dogern ist im Begriff, Arbeitsaufträge für badische Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Höhe von 700 000 Reichsmark zu geben, die Vereinigte badische Staatssalinen AG. Aufträge bis zu 850 000 Reichsmark, das Badenwerk wird neben kleineren Arbeiten im Laufe des Jahres für 1,8 Millionen Reichsmark Leitungsbauten vergeben. Die Aussichten auf Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis Schaffhausen mehren sich; wir geben auch die Hoffnung auf Elektrifizierung der Rheintalbahn als Glied der internationalen Linie Italien—Schweiz—Deutschland—Holland nicht auf. nJ den Jahren 1928 und 1929 wurden bis jetzt Gemeinden für den Bau von Wasserleitungen und Ortsentwässerungen Beihilfen in Höhe von mehr als 600 000 Reichsmark aus Staatsmitteln gewährt.

Die Frage der Justizreform.

Die Justizverwaltung wird auch künftig an der Gestaltung des Reichsjustizrechts verantwortungsbewußt Anteil nehmen. Die kommenden Jahre werden die vielbesprochene und viel umstrittene große Justizreform bringen; die von Grund auf geänderten Verhältnisse drängen auf eine Umgestaltung und Erneuerung der Rechtspflege; ebenso drängt die Not der Zeit und das Gebot zur äußersten Sparsamkeit in allen Zweigen des Staats- und Wirtschaftslebens auf Maßnahmen im Gerichtswesen, die Vereinfachung, Beschleunigung und Verbilligung zum Ziele haben. Die badische Justizverwaltung wird dabei als Richtschnur ihrer Einstellung im Auge behalten, daß die Entwicklung anknüpfend an die bewährten bisherigen Einrichtungen und Gestaltungen organisch die Erkenntnisse und Forderungen einer neuen Zeit verwirklichen und die Vorzüge des bisherigen Zustandes mit den Reformgedanken harmonisch verbinden soll, ohne daß durch grundlegende Ablehr von dem Bestehenden die Justiz einer unerträglichen und gefährlichen Belastungsprobe ausgesetzt wird. Rechtssicherheit und Güte der Rechtspflege zu erhalten, muß bei allen Maßnahmen oberstes Gebot sein.

Landwirtschaftliche Fragen.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft werden Gesetzentwürfe über den landwirtschaftlichen Fachunterricht und über die Bekämpfung der Bienenseuchen vorbereitet, während dem Landtag bereits Denkschriften über die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden und über die Verschuldung der badischen Landwirtschaft unterbreitet worden sind. Mit Freude hat die Regierung die auf den Zusammenschluß der beiden großen landwirtschaftlichen Organisationen gerichteten Bestrebungen begrüßt und ist bereit, ihnen durch Uebernahme einer Staatsbürgschaft zu einem glücklichen Abschluß zu verhelfen. Vor allem richtet die Regierung ihre Sorge auf die Steigerung der Milcherzeugung und des Milchverbrauchs und fördert nach Kräften die zurzeit in verschiedenen Städten des Landes im Gange befindlichen Bestrebungen auf einen Zusammenschluß der Milcherzeuger, des Milchverbrauchs und des Milchhandels. In der gleichen Richtung liegen die Bestrebungen, die wirtschaftliche Lage der Bewohner des Hotzenwaldes durch Umstellung ihrer Betriebe auf Milchwirtschaft zu verbessern.

Große Sorge hat der Regierung die schwierige Lage bereitet, in die die Tabak und Hopfen bauenden Landwirte infolge der Stockung des Absatzes oder infolge der für die Erzeugnisse bezahlten niederen Preise geraten sind. Die von der Regierung zur Beseitigung der Not der Tabakbauern unternommenen Schritte dürften aussichtsreich sein. Auch die Anordnung steuerlicher Schonung gerade für diese notleidenden Kreise sei in diesem Zusammenhang erwähnt.

Die Lage von

Industrie, Handel und Gewerbe

hat sich in den letzten Jahren teilweise verschlechtert. Das Nachlassen der inneren Kaufkraft konnte in dem langsam wieder steigenden Absatz deutscher Waren im Auslande noch keinen genügenden Ausgleich finden. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren auf dem Weltmarkte wird durch die Höhe der Gestehungskosten ungünstig beeinflußt. Unter der allgemeinen Verschlechterung des Absatzmarktes leidet unser engeres Heimatland ganz besonders, was sich ohne weiteres daraus ergibt, daß seine Grenzen im Süden und Westen in einer Ausdehnung von nicht weniger als 444 Kilometer mit der Reichsgrenze zusammenfallen. Aus dieser peripheren Lage müssen der vorwiegend konsumorientierten Produktion der badischen Wirtschaft die empfindlichsten Schwierigkeiten erwachsen. Sie werden dadurch gesteigert, daß hohe Frachten und die durch die Tarifpolitik der Reichsbahn geförderte Verödung der Rheinwasserstraße den Bezug der notwendigen Rohstoffe von weit her und den Transport der Fertigwaren nach den als Ausgleich für das verlorene Absatzgebiet zu gewinnenden innerdeutschen Märkten verteuern. Dazu kommt, daß seit der Stabilisierung der Währung eine zunehmende Konzentrationsbewegung nach den Stätten der Rohstoffgewinnung und nach den finanziellen Schwerpunkten, insbesondere nach der Reichshauptstadt, eingetreten ist. Diese Situation begründet gewiß den Anspruch unseres Grenzlandes auf eine besonders pflegliche Behandlung von seiten der zuständigen Reichsstellen, da es naturgemäß im lebenswichtigen Interesse des Reiches liegt, daß Wirtschaft und Kultur in den Grenzgebieten nicht verkümmern.

Den besetzten Teilen der Amtsbezirke Kehl und Offenburg wendet die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit zu

und gibt auch hier der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die noch besetzten Gebiete des deutschen Westens in der ersten Hälfte dieses Jahres ihre völlige Freiheit wiedererlangen werden. Der darniederliegenden Wirtschaft des besetzten Hanauerlandes könnte durch die Inangriffnahme der beiden großen Projekte der Kinzigverlegung und der Erstellung des Grenzbahnhofes in Kehl mit einem Schlage ein starker Auftrieb gegeben werden.

Die

Förderung des Wohnungsneubaues

durch öffentliche Baudarlehen ist auch in den letzten Jahren fortgesetzt und möglichst gesteigert worden. Der Staat hat zu diesem Zweck einen großen Teil der Gebäudesondersteuer und namhafte Anlehensmittel verwendet, obwohl die Geldverhältnisse recht ungünstig waren. Es konnte infolgedessen eine wesentlich größere Anzahl von Wohnungen erstellt und die Wohnungsnot in fühlbarer Weise gelindert werden. Trotz dieser Anstrengungen besteht aber immer noch Mangel an mittleren und besonders an kleineren und kleinsten Wohnungen zu einem für die Beteiligten erschwinglichen Mietpreis. Der Neubedarf an Wohnungen wird in den nächsten Jahren durch die Zunahme von Haushaltsgründungen noch steigen. Bei der Höhe der Hypothekenzinsen und der Baukosten soll deshalb der Wohnungsbau aus Mitteln der Gebäudesondersteuer und aus aufzunehmenden Anleihen in den nächsten Jahren wiederum gefördert werden. Dabei sollen insbesondere kinderreiche Familien, für welche Wohnungen leider immer noch nicht in ausreichendem Maße zur Erstellung gelangen konnten, und Kriegsbeschädigte berücksichtigt werden. Diese Maßnahmen werden auch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen. Außerdem soll der Staat den Wohnungsverbänden und Gemeinden die Uebernahme von Bürgschaften für Bauhypotheken dadurch erleichtern, daß er ihnen bei Eintritt von Verlusten einen teilweisen Ersatz zusichert. Ob eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft möglich sein wird, hängt von dem Umfang der Bautätigkeit und der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Auf alle Fälle wird auch hierbei auf einen angemessenen Schutz der wirtschaftlich Schwachen zu achten sein.

Der

Ausbau der Volksschule

unseres Landes zu höherer Leistungsfähigkeit ist schon um deswillen notwendig, weil eine starke Abwanderung aus der Volksschule in die höheren Schulen erfolgt; dies ist auf die Einstellung der Bevölkerung zurückzuführen, daß der Eintritt in höhere Lebensberufe nur durch den Besuch einer höheren Schule möglich sei. Die abgeschlossene Volksschulbildung muß auf hohem Stand gehalten werden. Dadurch werden für die Volkswirtschaft die Voraussetzungen geschaffen, die ihr eine Gesundung bringen sollen. Auch lassen sich dadurch die Ausgaben des Staates und der Städte für das höhere Schulwesen vermindern. Den Forderungen der Zeit entsprechend, ist der Umbau der allgemeinen Fortbildungsschule zur Berufsschule anzustreben. Aus diesem Grunde muß die Ausbildung der Lehrer in dieser Richtung weiter entwickelt werden. Auch der staatsbürgerlichen und republikanischen Erziehung aller Lehrer muß große Aufmerksamkeit zugewendet werden. Dem hohen Amte der Jugenderziehung kann sich nur widmen, wer sich zum Staate positiv einzustellen vermag. Die Erziehung der Jugend im republikanischen Geiste und im Sinne der Verfassung von Reich und Land ist die Forderung der Regierung an die Lehrerschaft in allen Schulgattungen.

Der Zugang zu den höheren Schulen ist im Lande Baden im allgemeinen stärker als in unserem Nachbarland Württemberg. Der Ausbau höherer Schulen seitens keinerer Städte hat sich nicht bewährt.

Die Regierung ist in eine Prüfung darüber eingetreten, ob nicht ein Abbau von höheren Schulen in solchen Orten am Platze ist, wo nur wenige Schüler vorhanden sind. Ein Vergleich mit dem Nachbarland Württemberg ergibt, daß im letzteren die Lasten des Staates für das Unterrichtswesen nicht unwesentlich geringer sind als bei uns. Vor allem kommt Württemberg bei der Schullastenverteilung besser weg als Baden.

Der Zugang zu den höheren Schulen an Ostern 1930 ist so stark, daß die Einrichtung von etwa 60 neuen Klassen notwendig wird. Die dadurch entstehenden finanziellen Lasten sucht die Unterrichtsverwaltung unter anderem dadurch herabzudrücken, daß sie die Deputatverteilung entsprechend regelt. Eine Vermehrung der Zahl der Professoren soll möglichst vermieden werden.

Ganz besondere Sorgen macht der Regierung

das Hochschulwesen des Landes.

Diese Sorgen liegen auf dem Gebiet der Finanzierung der Hochschulen. Fur die Unterhaltung der Universität Heidelberg mußte schon die finanzielle Unterstützung des Reiches nachgesucht werden. Vor allem steht es mit den baulichen Anlagen der Hochschulen sehr schlecht. Auf weitgehende Reichshilfe hierfür ist nicht zu rechnen. Der Bau der Klinikanlagen in Freiburg kann nicht restlos fortgeführt werden, und es ist auch nicht möglich, die dringend nötigen Neubauten der Heidelberger Kliniken in dieser Budgetperiode in Angriff zu nehmen.

Im Bereich des Finanzministeriums wird eine Aenderung des Feldbereinigungsgesetzes vorbereitet. Insbesondere sollen die Voraussetzungen, unter denen eine Feldbereinigung gegen den Willen einzelner Eigentümer stattfinden kann, gemildert und soll ein erheblicher Teil der Vermessungskosten, die zur Zeit von den Gemeinden oder den Eigentümern der beteiligten Grundstücke in ihrer ganzen Höhe zu tragen sind, auf die Staatskasse übernommen werden. Entsprechend dem Beschluß des Badischen Landtags vom 13. Juli 1928 hat die Regierung den Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Straßengesetzes vorbereitet. Damit steht im Zusammenhang die Prüfung der Frage einer Aenderung des Pflastergeldgesetzes. Der Ausbau des badischen Straßennetzes im Hinblick auf die Erfordernisse des ständig wachsenden Kraftfahrzeugverkehrs wird nach wie vor eine ernste Sorge der Regierung sein.

Eine Verabschiedung des Youngplans wird auch eine Stellungnahme Badens zu dem umzuarbeitenden

Reichsbahngesetz

erforderlich machen. Baden steht auf dem Standpunkt, daß im neuen Reichsbahngesetz der Einfluß des Reichs auf die Reichsbahn zu verstärken sei, namentlich auch auf dem Gebiete der Tarifgestaltung. Die badische Regierung wird ferner alles daran setzen, um spätestens mit der Verabschiedung des künftigen Reichsbahngesetzes die noch schwebenden Fragen der Eisenbahnabfindung und des Verwaltungsratssitzes in einer für Baden befriedigenden Weise geregelt zu sehen. Unsere Anstrengung wird auch da-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

hin gehen, daß in diesem Zusammenhang endlich die Frage des Abschlusses von Betriebsverträgen für die zurückbehaltenen Eisenbahnhäfen geregelt wird. Leider hat auch dieses Jahr die Reichsregierung auf die Frage, ob sie auf die Verjährungseinrede gegen unseren Anspruch auf den 1925er Jahreszins für die Eisenbahnrestabfindung in Höhe von rund 12 Millionen Reichsmark verzichte, keine rechtzeitige Antwort gegeben. Um der Gefahr der Verjährung vorzubeugen, mußte das Staatsministerium in den letzten Tagen des Dezember 1929 auch den Zins für 1925 vor dem Staatsgerichtshof einklagen.

Aenderung des Beamtengesetzes.

In Artikel 129 Absatz 3 der Reichsverfassung ist bestimmt, daß dem Beamten gegen jedes dienstliche Straferkenntnis ein Beschwerdeweg und die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens eröffnet sein muß. Dieser Vorschrift genügt das badische Beamtenrecht bis jetzt nicht. Es ist beabsichtigt, dem Landtag eine Aenderung der Bestimmungen des Beamtengesetzes über die Dienstpolizei vorzuschlagen, die der Vorschrift des Artikels 129 Absatz 3 der Reichsverfassung Rechnung trägt. Gleichzeitig wird auch eine Ergänzung des Beamtengesetzes nach der Richtung hin vorgeschlagen werden, daß die Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes über das Verhältnis und die Pflichten der Beamten gegenüber der Republik übernommen werden.

Ich gehe nun zum

Staatsvoranschlag 1930/31

über. Es ist notwendig, daß die Bearbeitung des Staatsvoranschlags im Landtag möglichst bald in Angriff genommen werden kann, und daß die Regierung dem Landtag daher möglichst rasch einen Entwurf vorlegt. Nun ist es zur Zeit aber nicht möglich, den gesamten Staatsvoranschlag vorzulegen, sondern nur einzelne Abteilungen und für einzelne Ministerien. Ich habe Ihnen den Staatsvoranschlag des Landtags, des Staatsministeriums, Justizministeriums sowie des Rechnungshofs unterbreitet; der Voranschlag des Innenministeriums wird in den allernächsten Tagen, der des Unterrichtsministeriums dann alsbald nachfolgen. Zuletzt kommt der Voranschlag des Finanzministeriums und das Finanzgesetz.

Ein endgültiges Finanzgesetz kann nicht vor Beendigung der Reichsfinanzreform vorgelegt werden; denn

die Reichsfinanzreform, so wie sie geplant ist, erschüttert die gesamten Grundlagen der Ländereinnahmen.

Nicht nur sind die Quellen und die Höhe der Reichssteuerüberweisungen unsicher, es läßt sich auch die Auswirkung der Reichsfinanzreform auf den Ertrag und die Gestaltung der Landessteuern nicht übersehen. Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Reichsfinanzreform auch in das Verhältnis zwischen Land und Gemeinden eingreift.

Wenn ich nun nur den Staatsvoranschlag der einzelnen Ministerien vorlege, so können alle Beratungen und Beschlußfassungen nur mit dem Vorbehalt erfolgen, daß bei Vorlage des endgültigen Finanzgesetzes nicht einzelne Posten der schon beratenen Voranschläge einer Aenderung bedürfen. Die Beratung und Beschlußfassung ist möglich, da ich im nachstehenden die Grundlagen und die Grenzen bekanntgebe, von denen der neue Etat abhängig ist.

Das Staatsvermögen.

Bei der gesamten Finanzlage halte ich es für nötig, zunächst eine Uebersicht über das Vermögen und die Schulden des Staates zu geben. Ich halte es für notwendig, hier mehr zusammenfassend eine kurze Darstellung zu geben und hauptsächlich auf die Vermögenswerte hinzuweisen, welche der badische Staat seit 1919 und gerade durch die Schuldenaufnahme erworben hat. Ich nenne folgende Posten:

1. Amortisationskasse: Stand vom 31. März 1929 insgesamt rein — 31 343 000 RM,
   ohne das Vermögen der ehemaligen Beamtenwitwenkasse mit rund 4,2 Millionen Reichsmark.
   Unter den Rohvermögen befinden sich:
   a) Verzinsliche Wertpapiere — 1 377 060 RM,
   b) Darlehen — 14 870 249 RM,
   c) Aktien:
   Badenwerk (9 Proz. Dividende), Nennwert — 21 000 000 RM,
   Rheinschiffahrt, Nennwert — 4 081 000 RM,
   Rheinfelden (10 Proz. Dividende), Nennwert — 306 030 RM,
   Kali, Baden und Markgräfler, vorerst noch keine Dividende, 434 von 1000 Kuxen.
   Darlehen an Baden und Markgräfler — 13 124 160 RM,
   Darlehen an Badenwerk — 6 365 000 RM.
2. Wirtschaftsfonds: Stand am 31. März 1929 — 8 464 560 RM,
   Aktien der Burbach Kaliwerke, der Badischen Bank, der Süddeutschen Zucker A.G., Majolika.
   Ich darf hier feststellen, daß sich die wirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Staats, insbesondere, wenn man die allgemeinen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt, erfreulich weiter entwickelt haben.
3. Das dem Staat gehörige Vermögen der Wohnungsfürsorge beträgt nach dem Stand vom 1. Dez. 1929: 71 000 000 RM — 24 000 000 RM = rein rund — **47 000 000 RM.**
4. Vermögen der allgemeinen Staatsverwaltung.
   Aktien der Rothaus AG. (8 Proz. Dividende), Nennwert — 700 000 RM,
   Aktien der Bad. Salinen AG., mit einem guten Erträgnis aus Pachtzins und Dividende, Nennwert — 200 000 RM.
   Die Aktien gehören ausschließlich dem badischen Staat.
5. Domänenvermögen:
   Landwirtschaftliche Domänen 20 393 Hektar, Steuerwert — 60 510 960 RM,
   Forstwirtschaftliche Domänen 101 215 Hektar, Steuerwert — 185 932 227 RM,
   Gebäude 1278 (Anzahl), mit 303 Hektar zugehöriger Fläche — 17 364 570 RM,

Zusammen: **263 807 757 RM.**

Dazu kommen Berechtigungen und Rechte im Wertanschlag von über 4,5 Millionen Reichsmark.

Der Kapitalgrundstock beträgt rund 800 000 RM.

Nicht enthalten in dem bisher genannten Vermögen ist das zahlreiche übrige Vermögen der Staatsverwaltung, welches in Grund und Boden und Verwaltungsgebäuden besteht, mit einem Anschlag von 157 Millionen Reichsmark. Nicht enthalten sind auch die Beamtenwohnungen, die seit 4 Jahren mit einem Aufwand von 5 Millionen Reichsmark gebaut worden sind. Nicht enthalten ist auch die Forderung des Landes an das Reich wegen der Eisenbahnrestabfindung und der erhebliche Anspruch des Landes gegen das Reich hinsichtlich der heimfallpflichtigen badischen Militärgrundstücke.

Die Schulden Badens.

Der Landtag hat die Regierung durch zahlreiche Gesetze seit 1919 ermächtigt, Kredite aufzunehmen in Höhe von rund 140 400 000 Reichsmark. Diese Ermächtigung ist aber nicht voll ausgenutzt worden; die Anleihen des badischen Landes betragen vielmehr nach dem Stand vom 31. März 1929 71 389 000 RM Nennwert.

1. Die langfristigen Schulden sind zunächst gemacht worden für werbendes Vermögen und bilden insofern eine rentierende, vielfach gut rentierende Anlage; die Verwendung nach dem Barwert beträgt nach dem Stand vom 31. März 1929:
   für Kali — 12 872 000 RM
   für elektrische Werke — 8 827 000 RM
   für Beamtenwohnungen — 983 000 RM
   (Der zu Millionen fehlende Rest wurde aus laufenden Mitteln bzw. kurzfristigen Schulden für Beamtenwohnungen aufgewendet.)
   zur Förderung des Wohnungsbaues — 15 728 000 RM
   für Meliorationen — 959 000 RM
   produktive Erwerbslosenfürsorge — 5 379 000 RM

Zusammen für werbende Zwecke: 44 748 000 RM.

2. Man kann im Zweifel sein, ob man nicht auch Ausgaben aus Anleihen für den Straßenbau als werbende Ausgaben betrachten kann. Aus Darlehen sind für Straßen bis 31. März 1929 aufgewendet worden Barwert — 21 056 000 RM.
3. Der Kursverlust durch Disagio bei sämtlichen bisher aufgenommen Darlehen betrug — 5 498 000 RM.
4. Weil vom Landtag genehmigte Anlehen nicht erlangt werden konnten, mußten in der letzten Zeit deswegen rund 20 000 000 RM kurzfristige Schulden als Vorgriff für künftige Anlehen in gleicher Höhe aufgenommen werden.
5. Nach vorsichtiger Schätzung steht, wenn man auf beiden Seiten die durchlaufenden Posten (weitergegebene Anleihen an die Kaligewerkschaften und das Badenwerk) ausscheidet, einem Finanzvermögen von mehr als 460 Millionen Reichsmark — dabei ist das Verwaltungsvermögen, z. B. die Hoheits- und Verwaltungsgebäude, überhaupt nicht berücksichtigt —, eine Schuldenlast von rund 100 Millionen gegenüber. Das Vermögen übersteigt also die Schulden um ein Vielfaches. Gleichwohl erscheint es mir weiterhin nicht mehr angängig, neue Ausgaben nicht unmittelbar werbender Art auf Anleihen zu übernehmen. Auch die große Kapitalnot der Wirtschaft verlangt Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei der Aufnahme von Anleihen, um durch Einschränken ihrer Nachfrage nach Kredit die Zinsen für die Wirtschaft zu verbilligen.
6. Außer den Anleihen sind noch rund 34 000 000 Reichsmark schwebende Schulden vorhanden. Ich lasse die für Kulturverbesserungen von der Bodenkultur AG. aufgenommenen und an die Träger der Verbesserungsmaßnahmen weitergeleiteten 1,8 Millionen Reichsmark sowie die sogenannten Reichskredite für Wohnungs- und Erwerbslosenfürsorge mit 9,6 Millionen Reichsmark als Zweckkredite außer Betracht. Die schwebende Schuld ist das Bedenklichste in einem Staatshaushalt. Von den badischen schwebenden Schulden sind nach dem Stande von heute etwa 20 Millionen Reichsmark auf Anleihe zu übernehmen, der Rest von ungefähr 14 Millionen Reichsmark rührt leider von Mehrausgaben gegenüber den Einnahmen seit einer Reihe von Jahren her.
7. Die **Ursachen der schwebenden Schuld** sind folgende:

a) Der Besoldungsaufwand. Eine Erhöhung der Besoldung war nötig; der Landtag hat sie deshalb mit überwiegender Mehrheit angenommen. Der Mehraufwand seit 1. Oktober 1927 beträgt jährlich rund 18 Millionen Reichsmark. Im laufenden Jahr wird die Deckung des Mehraufwandes von 18 Millionen Reichsmark infolge Rückgang der Reichssteuerüberweisungen kaum noch 3 Millionen Reichsmark betragen, infolgedessen belasten 15 Millionen Reichsmark die sonstigen Landesmittel. Hier klafft der große Gegensatz im Verhalten des Reichs; auf der einen Seite mutet es den Ländern große Neuausgaben zu und stellt eine Senkung der Landessteuern in den Vordergrund. Auf der anderen Seite aber versagt es den Ländern, entgegen dem in § 54 des Finanzausgleichgesetzes ausgesprochenen Grundsatz, nicht nur die Deckungsmittel für die neuen von ihm verursachten Ausgaben, sondern es kürzt auch die bereits ausgeworfenen Beträge an Ueberweisungssteuern zu seinen Gunsten. Das Reich ist moralisch verpflichtet, für Deckung des Mehraufwandes gegenüber den Ländern Sorge zu tragen. Um diese Verpflichtung hat es sich bisher nicht gekümmert, hat vielmehr durch die sogenannte Lex Brüning und durch ein Voraus des Reichs von 120 Millionen Reichsmark die Ueberweisungen an die Länder, welche sich schon auf natürliche Weise gemindert haben, noch durch die positive und willkürliche Gesetzgebung gemindert. Hier zeigen sich die nachteiligen Wirkungen der bisher im Reiche betriebenen Finanzwirtschaft von Fall zu Fall, statt eines großen, einheitlichen Ziels für die Finanzwirtschaft der Länder. Leider wächst der Mehraufwand für die Beamten in dem kommenden Haushaltszeitraum nochmals jährlich um 2 Millionen Reichsmark, so daß im kommenden Haushaltszeitraum der Besoldungsaufwand seit 1918 rund 20 Millionen Reichsmark ausmacht.

b) Die schwebende Schuld beruht ferner auf den Fehlbeträgen des Staatsvoranschlags:

Rechnungsjahr	Voranschlag	nach der Sollrechnung (Hauptstaatsrechnung)	nach dem errechneten Ist der Haushaltsrechnung
1925	3 755 000 RM	13 938 519 RM	17 420 606 RM
1926	8 000 000 RM	13 734 339 RM	16 105 362 RM
1927	8 001 000 RM	983 704 RM	2 394 586 RM
1928	12 313 000 RM	3 599 188 RM	1 165 048 RM

Der Fehlbetrag drückt sich jeweils in der Minderung des Betriebsfonds und, wenn dieser über flüssige Mittel nicht verfügt, in der Erhöhung der schwebenden Schuld aus. Im Rechnungsjahr 1929 wird der Abschluß voraussichtlich ungünstiger als 1928.

c) Eine weitere Ursache für die Fehlbeträge der Jahre 1926 und 1927 ist, daß der Ertrag der Grundsteuer um jährlich 2 Millionen Reichsmark, also im ganzen um 4 Millionen Reichsmark hinter dem Soll zurückgeblieben ist. Die Ursache liegt darin, daß für die Grundsteuer die Steuergrundbeträge verschieden festgesetzt sind, je nach der Stufe: 1000 bis 10 000 und 10 000 bis 20 000 und darüber; in die unteren und mittleren Stufen fallen mehr Steuerpflichtige und mehr Steuerwerte, als man damals annehmen konnte. Aus diesem Vorgang wird man die Lehre ziehen müssen, daß man solche sozialen Stufungen nicht zuverlässig vornehmen kann ohne Einzelstatistik; an dieser hat es damals noch gefehlt.

d) Das Fehlen eines flüssigen Betriebsfonds wirkt sich um so nachteiliger aus, als die schwebende Schuld einen erheblichen Zinsaufwand erfordert. Bei 8 Prozent beträgt die Zinsenlast aus der schwebenden Schuld 2 720 000 Reichsmark im Jahr.

e) Auch die Landstraßenunterhaltung hat die schwebende Schuld vermehrt, weil Anleihen nicht zu erreichen waren. Ich beabsichtige, künftig die Straßenunterhaltung nicht mehr auf Anlehen zu übernehmen. Einmal gibt es kaum eine Anleihemöglichkeit, sodann nimmt der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer zu, und schließlich scheinen mir die Aufwendungen für Landstraßen nach dem neuen Plan nur zu laufenden Unterhaltungen zu gehören; auch die Dauerdecken.

Eine schwierige Kassenlage ist in Baden etwa seit Mai 1929 entstanden

und zwar vorwiegend vom Reich her verursacht. Im Rechnungsjahr 1928 war es noch gelungen, den voranschlagsmäßigen Fehlbetrag dieses Jahres von etwa 12 Millionen Reichsmark fast ganz zu vermeiden; ein Nachtrag zum Budget war nicht nötig geworden. Da trat etwa im Mai 1929 die Wendung ein: Das Gesamtaufkommen der Ueberweisungssteuern ging zurück; das Reich kürzte die Ueberweisung zudem durch Gesetze, der Verteilungsschlüssel senkte sich zu Ungunsten von Baden; die badische Gebäudesondersteuer wird 1929 nur noch 65 Prozent des Solls (statt 80 Prozent) ertragen, auch die badischen Realsteuern gingen im Vergleich zu 1928 zurück; Anlehen — insbesondere für Straßen — waren nicht zu haben. Die Besoldung wirkte sich immer mehr aus. Trotzdem ist es bis jetzt gelungen,

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Eine unerquickliche Landtagsdebatte.

Fall Wagner und Major Fröhlich.

Nach der Regierungserklärung, die der Badische Landtag am Dienstag nachmittag entgegennahm, kamen im Weinbrennersaal recht peinliche Angelegenheiten zur Sprache. Sie standen bereits im Geschäftsordnungs-, Vertrauensmänner- und Rechtspflegeausschuß zur Debatte. Zu Grunde lag ihnen in dem einen Falle ein Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur

Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abg. Wagner.

Das Zentrumsmitglied des Geschäftsordnungsausschusses, Abg. Dr. Kaufmann, berichtete über die Behandlung des Falles durch den Ausschuß und auf Grund der polizeilichen Ermittelungen über die Vorgänge im „Darmstädter Hof" in Karlsruhe, wo am 19. Dezember v. J. es zwischen Nationalsozialisten und internationalen Eisenbahndelegierten zu Zusammenstößen gekommen ist. Die Rolle, die hierbei der Abg. Wagner spielte, ist zum mindesten — recht unrühmlich gewesen. Wenig Glauben fand im Schoße des Ausschusses jedenfalls die Verteidigung des Nationalsozialisten, er habe mit ausgebreiteten Armen die streitenden Parteien nur trennen wollen und die Ohrfeige nur aus Notwehr erteilt. Der Geschäftsordnungsausschuß beantragte daher mit allen gegen eine Stimme, die Genehmigung zur Einleitung und Durchführung eines Strafverfahrens gegen Wagner wegen Körperverletzung, Beleidigung, ruhestörenden Lärms und groben Unfugs zu erteilen.

Um einen Fall von Beleidigung des Landtags handelte es sich bei dem Antrag des Justizministers auf Ermächtigung zur

Strafverfolgung des Majors a. D. Fröhlich in Karlsruhe.

Wie der Berichterstatter des Vertrauensmännerausschusses, Abg. Seubert (Ztr.), mitteilte, hatte Major Fröhlich in einer Wahlversammlung im Schwarzwald beleidigende Aeußerungen getan, wie die Landtagsabgeordneten seien Sch . . . kerle, der frühere Finanzminister Dr. Köhler ein Finanzbibbel, Minister Dr. Remmele und Abg. Maier Spitzbuben usw. Ob bei den Ausschußberatungen der nationalsozialistische Sprecher dem Offizierskorps mit seiner Behauptung einen besonderen Dienst erwiesen hat, dieser etwas kräftige Umgangston sei bei Offizieren so üblich, muß füglich bezweifelt werden. Mit Recht verwahrte sich daher das volksparteiliche Mitglied des Ausschusses und nach ihm auch der Sprecher des Zentrums gegen diese Verallgemeinerungen. Auch hier wurde dem Landtag vom Ausschuß die Genehmigung zur Strafverfolgung beantragt.

Nationalsozialisten und Finanzminister.

Den Bericht des Rechtspflegeausschusses über die Behandlung der Denkschrift des Innenministers über die Ausschreitungen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl 1929, der Gegenerklärung der Nationalsozialisten, sowie eines Antrages zu der gleichen Angelegenheit erstattete der sozialdemokratische Abgeordnete Trinks.

Auch in der Aussprache wurden diese peinlichen Dinge — vielleicht nicht zur Wahrung der parlamentarischen Würde — recht breit und behäbig ausgemalt. Nicht mit Unrecht wies auf das Bedenkliche solcher Methode der Demokrat Dr. Leers hin. Er bezeichnete es als merkwürdig, daß der Landtag, um seine Ehre zu wahren, eine solche Verhandlung über sich ergehen lassen müsse. Wenn er im Falle Fröhlich die Auffassung bekundete, die Verhandlungen seien dem Ansehen des Landtags abträglicher, als wenn dieser mit einer eleganten Handbewegung darüber hinweggegangen wäre, so traf er den Nagel durchaus auf den Kopf.

Abg. **Lenz** (Nat. Soz.) kam zunächst auf die Vorgänge im „Darmstädter Hof" zu sprechen und erklärte, die Feststellungen der Polizei würden sich nur auf die Angaben von Zeugen stützen, die den Nationalsozialisten nicht gut gesinnt seien. Die Nationalsozialisten, die bei dem Vorfall anwesend gewesen seien, seien nicht vernommen worden. Namens der Nationalsozialisten lehnte er die Aufhebung der Immunität Wagners ab.

Abg. **Bock** (Komm.) lehnte ebenfalls Aufhebung oder Beschränkung der Immunität ab, zumal die häufigen Ferien des Landtages genügend Spielraum für Strafverfolgungen gäben.

Abg. **Krafft** (Nat.-Soz.) verwahrte sich gegen die Darstellungsweise des Berichterstatters.

Abg. **Leers** (Dem.) nahm den Berichterstatter des Ausschusses in Schutz gegen die Angriffe des Vorredners. Bisher sei es nicht üblich gewesen, daß Gegendenkschriften von Abgeordneten vorgelegt würden. Ein solches Verfahren könnte zu schwerwiegenden Konsequenzen führen.

Abg. Dr. **Schmitthenner** (D.N.) befürwortete eine prinzipielle Regelung der Immunitätsfrage, nicht eine solche von Fall zu Fall.

Abg. **Bauer** (D.Vpt.) bedauerte außerordentlich, daß der Fall Fröhlich mit solcher Breite von dem Berichterstatter vorgetragen worden sei. Der Redner protestierte gegen die Beschimpfung der Offiziere und die Verallgemeinerung, als bediene sich das Offizierskorps einer Ausdrucksweise, wie sie in dem Sonderfalle kritisiert werde.

Abg. **Reinbold** (Soz.) erklärte sich für die Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner und die Strafverfolgung des Majors Fröhlich. Wie auch die Denkschrift des Innenministers beweise, würden die National-Sozialisten sich eines Tones befleißigen, der Krawalle provozieren würde. Diese Leute müßten erzogen werden.

Abg. **von Au** (B. u. W.P.) erklärte sich für die Aufhebung der Immunität zur gerichtlichen Klärung der Ausschreitungen im „Darmstädter Hof".

Abg. **Maier** (Soz.) schilderte das Verhalten des nationalsozialistischen Vertreters in den beiden Ausschußsitzungen.

Abg. Dr. **Mattes** (D.V.) erklärte, daß im Landtag eine solche Debatte über die Frage der Immunität noch nie stattgefunden habe. Hätte der Abg. Wagner die nötigen Folgerungen gezogen, würde er dem Hause eine unerquickliche Aussprache erspart haben. Die Denkschrift des Innenministers hielt der Redner für überflüssig.

Innenminister **Wittemann** wies die nationalsozialistischen Angriffe gegen die Polizei, diese würde Tatsachen nicht sachlich wiedergeben, auf das entschiedenste zurück. Die Denkschrift des Innenministers sei vom Staatsministerium gebilligt worden.

Generalstaatsanwalt **Haffner** gab zu den im „Führer" vom 2. d. Mts. erhobenen Vorwürfe gegen den Staatsanwalt eine Erklärung ab, daß weder die Staatsanwaltschaft noch eine andere Behörde versucht habe, durch die Vermittlung der Reichsbahndirektion auf die ausländischen Mitglieder im Sinne von Strafanträgen einzuwirken. Richtig sei vielmehr, daß der Staatsanwalt im Verfahren gegen andere Beteiligte in der Affäre „Darmstädter Hof" die Polizeidirektion um die zur Fortführung für die Strafverfolgung wichtige Feststellung ersucht habe, ob noch andere Strafanträge als die bisher erhobenen eingegangenen seien.

Ein Polizeibeamter habe sich an die Reichsbahndirektion gewandt, bei den ausländischen Mitgliedern der Kommission anzufragen, ob sie Strafanträge stellen wollten, und habe Antragformulare beigefügt. Was geschehen sei, sei nicht bekannt.

Nach Schlußworten der Berichterstatter und Antragsteller — wobei Abg. Seubert (Ztr.) sich gegen den Vorwurf verwahrte, über die Angelegenheit Fröhlich zu eingehend berichtet zu haben — wurden die

Abstimmungen

vorgenommen.

Der Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Wagner wurde mit allen gegen 9 Stimmen (Nat.-Soz., Dntl. und Komm.) bei 2 Enthaltungen (Wagner und Ev. Vb.) angenommen.

Mit allen gegen 8 Stimmen (Nat.-Soz. u. Komm.) erteilte der Landtag die Genehmigung zur Strafverfolgung des Majors a. D. Fröhlich.

Gegen 8 Stimmen (Nat.-Soz. u. Komm.) bei 13 Enthaltungen (D. Vpt., Dem. u. B. u. Wp.) nahm der Landtag die Denkschrift des Ministers des Innern zur Kenntnis.

Um 8.15 Uhr wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Begründung des Staatsvoranschlags.

(Fortsetzung von Seite 4.)

alle Fälligkeitstermine einzuhalten und zu wahren. Bei geordneter Haushaltsführung wird es auch im neuen Haushaltszeitraum möglich sein, über die Nöte der Zeit hinwegzukommen. Vorausgesetzt ist dabei eine völlige Ausgeglichenheit zwischen Einnahmen und Ausgaben im neuen Haushaltsplan und eine Regelung der Reichssteuerüberweisungen, welche den unbedingten Lebensbedürfnissen des Landes Rechnung trägt.

Auch beim neuen Budget bekennt sich die Regierung zu dem Grundsatz, daß die Ausgaben sich nach den Einnahmen zu richten haben, und daß ferner für jede Ausgabe die Deckung im voraus gesichert sein muß. Aber auch bei äußerster Sparsamkeit wird es sehr schwer sein, diesen Grundsatz bis ins einzelne durchzuführen, weil unsere meisten Ausgaben gar keine freiwilligen mehr sind, sondern im wesentlichen zwangsläufige. Am Gesamtaufwand sind nach einer vorläufigen und bis zum Abschluß des Staatshaushaltsplan noch unverbindlichen Zusammenstellung, wenn man die durchlaufenden Posten mitrechnet, der persönliche Aufwand für die staatlich ernannten Beamten mit etwa rund 46,5 v. H., der sonstige Aufwand mit 53,5 v. H. beteiligt. Zieht man jedoch die durchlaufenden Posten ab, so beträgt der persönliche Aufwand rund 61,5 v. H., der sonstige 38,5 v. H.

Nach Durchführung der Kürzungen verbleibt noch eine Unzulänglichkeit von über 40 Millionen Reichsmark für beide Jahre. Dazu kommt noch ein für die Tilgung von schwebenden Schulden vorzusehender Betrag.

Im einzelnen wird der Staatsvoranschlag folgende größere Ausgabeposten enthalten:

Für die Fürsorge und als Zuschüsse für die Kreisverbände die gleichen Beiträge wie im Budget 1928/29. Es sind ferner vorgesehen:

Für die 3 Rheinbrücken der Betrag von 2 mal 250 000 RM. = 500 000 RM,

für die Kinzigverlegung 2 mal 700 000 RM = 1 400 000 Reichsmark.

Auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 8. Mai 1929 sind an Leistungen für die zusätzliche Altersversorgung der Arbeiter rund 280 000 RM. und für die Zusatzversorgung der Angestellten rund 210 000 RM. unter den einzelnen Vergütungsmitteln angefordert.

Was nun die

die Deckung des Fehlbetrags

angeht, so kann in diesem Stadium nur das Verhältnis des Landes zum Reich erörtert werden. Die Regierung wird in Wahrung der Selbständigkeit des Landes allen Maßnahmen des Reiches entgegentreten, die dazu bestimmt oder in ihrer Wirkung geeignet sind, die finanzielle Lebenskraft des Landes weiter zu unterhöhlen. Es ist länger nicht mehr erträglich, daß das Reich unmittelbar oder mittelbar das Land zu Ausgaben, teilweise von sehr weitgehendem Ausmaß, wie z. B. bei der Besoldungsordnung, zwingt, ohne ihm genügende Deckungsmittel zuzuweisen. Die Finanzen des Reichs müssen saniert werden; das ist aber nicht denkbar und auch nicht möglich, ohne daß das Reich gleichzeitig auch an die Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden denkt. Eine Sanierung bloß der Reichsfinanzen ist nur Stückwerk.

Nach den Erklärungen der Reichsregierung stehen wir unmittelbar vor einschneidenden Reichssteuerreformen. Auf alle Fälle ist dringend zu wünschen, daß die Reichsregierung dieses Mal in einer solchen Frage, die den Lebensnerv der Länder berührt, vor der Fertigstellung der Gesetzesvorlage mit den Ländern rechtzeitig in Verbindung tritt. Die wünschenswerte Erleichterung der Steuerlast für die Wirtschaft darf nicht einseitig zu Lasten der Länder oder Gemeinden erstrebt werden, die sich ohnehin in einer nicht geringeren finanziellen Bedrängnis wie das Reich selbst befinden.

Auseinandersetzung mit den 14 Punkten Hilferdings.

Die Reichsregierung hat nun zur Reichsfinanzreform 14 Punkte veröffentlicht. Noch der Veröffentlichung ist aber das Reichsgesetz zur außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld vom 24. Dezember 1929 ergangen. Die badische Regierung kann selbstverständlich nicht die an sich berechtigte Frage beantworten, ob und wieweit dieses Reichsgesetz den Beginn der Reichsfinanzreform und der Steuersenkung hinausschiebt oder ob es sogar den Inhalt dieses Finanzprogramms berührt, umsomehr, als die einzelnen Parteien des Reichstags dem Reichsfinanzprogramm nur mit ihren Vorbehalten zugestimmt haben.

Ein System, welches Dotationen des Reichs an die Länder immer weiter ausbauen wollte, wäre abzulehnen. Die Länder wollen und müssen vielmehr eigene Steuern haben. Wer vorwiegend immer mehr und mehr nur Dotationen erhält, betrachtet diese vielmehr als Geschenke und spart deshalb nicht so, wie wenn er die Einnahmen seines Etats durch Erhebung von Steuern erkämpfen muß. Ebenso bestehen gegen die Senkung der Länderanteile an der Einkommensteuer von 75 Prozent auf 60 Prozent und an der Umsatzsteuer von 30 auf 25 Prozent die schwersten Bedenken.

Ueber den von der Reichsregierung vorgeschlagenen sog. beweglichen Faktor im Gemeindesteuersystem (Kopfsteuer) kann vorerst nichts Näheres gesagt werden, solange nicht Einzelheiten bekannt sind. Erfreulich ist, daß das Reich jetzt die schwebenden Entschädigungs- und Aufwertungsansprüche zwischen Reich und Ländern über die Eisenbahnrestabfindung regeln will. Aber hier handelt es sich um die Frage, wie weit das Reich die Sache regeln. Der Anspruch des Landes Baden auf die Eisenbahnrestabfindung beruht auf einem feierlichen Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Eisenbahnländern. Wenn das Reich einen solchen feierlichen Staatsvertrag durch ein „Gesetz" regeln will, so ist daran zu erinnern, daß Staatsverträge nicht durch einseitiges Gesetz aufgehoben werden können.

Wenn Baden früher keine Eisenbahnrente aus den badischen Eisenbahnen bezog, so hängt das damit zusammen, daß die Eisenbahnschulden in viel kürzerem Zeitraum als in den anderen Ländern amortisiert wurden, daß die badischen Bahnen, sowohl was ihren Unterbau als auch die Betriebsmittel anging, an der Spitze der deutschen Eisenbahnländer standen. Wenn die badischen Bahnen noch im badischen Besitz wären, und wenn eine badische Generaldirektion der Eisenbahnen ebenso wenig Maschinen und Wagen bestellen würde und ebenso wenig verwenden würde auf die alten, unzweckmäßigen Bahnhöfe oder auf das Liegenlassen angefangener oder noch nicht angefangener Bahnlinien, dann würden die badischen Bahnen wohl ebenso rentabel sein, auch unter badischer Verwaltung, wie sie heute unter der Reichsbahnverwaltung sind.

Baden hat in dem Zinsenprozeß vor dem Staatsgerichtshof als Unterlagen seiner Zinsforderung ausgeführt, daß seine aufgewertete Kapitalforderung an das Reich etwa 275 Millionen Reichsmark mit einem jährlich, Ende 1924 erstmals fälligen Zins von 12 Millionen Reichsmark ausmache. Ich beabsichtige, diese Angelegenheit mit Nachdruck zu verfolgen.

Ich kann meine Ausführungen zur Finanzlage des Landes in folgenden Sätzen zusammenfassen:

Eine Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen war nicht in vollem Umfange möglich. Während den Ausgaben eine steigende Tendenz innewohnt, sind die Einnahmen seit dem letzten Rechnungsjahr zurückgegangen. Das Land hat eine schwebende Schuld teils aus unvermeidlichen Unternehmungen, für die die vorgesehenen Anleihen nicht beschafft werden konnten, teils für laufende Ausgaben mangels ausreichender Einnnahmen. Die Sorge der gemeinsamen Arbeit von Regierung und Landtag wird es sein, durch Spar- und sonstige geeignete Maßnahmen die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen und die schwebende Schuld zu beseitigen. Wie ich schon im Laufe meiner Ausführungen gezeigt habe, ist aber zum nicht geringen Teil die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben des Landes durch die Gesetzgebung des Reichs und durch die Verflechtung der Finanzwirtschaft von Reich und Ländern bedingt. Es können deshalb die Bemühungen des Landes zur Ordnung seiner Finanzen nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn, was ich wohl als allgemeine Ansicht bei den Regierungen der Länder voraussetzen darf, die bevorstehende Finanzreform den Belangen von Reich, Ländern, Gemeinden gerecht wird. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, das Vertrauen in unsere Staatseinrichtungen und in unsere finanziellen Verhältnisse wieder zu festigen.

Betriebskrankenkasse d. Fa. Billing & Zoller, Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß d. bad. Oberversicherungsamtes Karlsruhe vom 21. Dezember 1929, wird die Betriebskrankenkasse der Firma Billing & Zoller, Karlsruhe, mit Wirkung vom 28. Dezember 1929 geschlossen. Forderungen an die Kasse, die nicht binnen drei Monaten geltend gemacht werden, können keine Berücksichtigung mehr finden. (B484)

Rechnungen und Forderungen sind ab 1. Januar 1930 an die Abwicklungsstelle der Betriebskrankenkasse der Firma Billing & Zoller bei der Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe, Gartenstr. 14/16 einzureichen.

Karlsruhe, 14. Januar 1930.

Betriebskrankenkasse d. Fa. Billing & Zoller
Der Vorstand.

Amtliche Anzeigen

Zwangsversteigerung.

Donnerstag, den 16. Januar 1930, nachm. 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlokale, Herrenstraße 45a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: (2386)

3 Schreibtische, Bodenteppiche, 1 Bücherschrank, 2 Schreibmaschinen, Spiegelschrank, versch. Kleiderschränke, 3 Klaviere, 1 Tisch mit Steg, 1 Plüschdiwan, 1 Nähmaschine, 1 Bücherschrank mit Rollverschluß, 1 Papierschneidemaschine, 1 Warenschrank, 1 Küchenbüfett.

Karlsruhe, den 13. Januar 1930.
Stapf, Obergerichtsvollzieher.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.

Bad. Forstamt Odenheim versteigert am Montag, den 20. Januar 1930, vormittags 9 Uhr im Engel in Odenheim aus Distrikt II Großer Wald Abt. 12 und Distrikt I Burgholz Abt. 5 u. 6: 7 Eichenstämmchen V. u. VI. Kl. (Abt. 1. 5, 6), 3 Nadelstämmchen VI. Kl. (II. 12), 1800 Nadelstangen (I. 5), 50 Ster buch., 200 eich., 16 gem. Scheiter, 45 Ster bu., eich., gem. u. Nadelprügel, 1200 eich., 7000 gem., u. 140 Nadelwellen. (II. 12 Forstwart Hoffmann-Waldangelloch, I. 5. 6 Forstwart Erlewein-Eichelberg). (4586a)

Heute und morgen (B 450)

Möbel-Versteigerung

Steinstraße 23, II. (siehe gestr. Anzeige).

Zwangsversteigerung. Donnerstag, den 16. Januar 1930, nachm. 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe, im Pfandlokale, Herrenstr. 45a, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 1100 Stück Eier, ein Warenschrank, 1 Ladentheke, 1 Appreturmaschine, 1 Bodr., 1 Schweiß- u. 1 Stanzmaschine, 1 kombinierte Schere, 200 Stück Messingfürdrücker, eine Viellochstanze, zwei Schreibmaschinen, ein Küchenbüfett, 1 Geldschrank, 4 Zimmerbiketts, 1 Vertiko, ein Sofa, 3 Sprechapparate, 2 Hobelbänke, 1 Ausziehtisch, 3 Schreibtische, 1 Kredenz, zwei Lederklubsessel, 1 Ledersofa, 1 Serviertisch, 6 Stühle, 2 Aktenschränke, 1 Kinderwagen, 1 halbfertiges Büfett, 1 halbfertiges Silberschränkchen, ein Bücherschrank, 1 Speisezimmer, 1 Diwan, 1 Bauhütte zerlegbar, 4 eiserne Gerüstböcke, 5 Schubkarren, 1 Rundeisenschneider, 1 Zimmertisch, 2 Kleiderschränke, 2 Zimmerteppiche. (2281)

Strang,
Obergerichtsvollzieher.

Zwangsversteigerung.

Samstag, den 18. Januar 1930, vormittags 11 Uhr, werde ich in Sinsheim (Elsenz) auf meinem Geschäftszimmer, Amtsgericht, Zimmer Nr. 9, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

1 Brillant-Ring 0.75 Karat (Altschliff),
1 Brillant-Ring 0.75 Karat und
1 Brillant-Ring 0.65 Karat, je 14 Karat Gold. (4582a)

Sinsheim a. Elsenz, d. 13. Jan. 1930.
Sprich,
Ober-Gerichtsvollzieh.

Schneiderin

empfiehlt sich in Damen- u. Kindergarderobe, auch Mäntel u. Knabenanzüge werden zu billig. Preise angefertigt. Angebote unt. Nr. X348 an die Badische Presse.

Junge, tücht. (B489

Schneiderin

empf. sich im Anfert. sämtl. Damen- u. Kindergard. in u. auß. d. H. Augartenstr. 72, II.

Beratungsstunden

über alle Haarwuchsstörungen und mikroskopische Haaruntersuchungen Mittwoch bis Samstag je von 10—13 und 15—19 Uhr. Separate Behandlung. Billige Berechnung. [832

Gg. Schneider u. Sohn

I. Württ. Haarbehandlungsinstitut, Karlsruhe.
Reichsstr. 16, I. beim Albtalbahnhof.
Hauptgesch. Stuttgart. Gymnasiumstr. 21a

Wer liefert kompl.

Wohnzimmer

und nimmt erstklassiges, neues

Pianino

in Gegenrechnung.

Der Restpreis kann in bequemen Raten bezahlt werden.

Angebote unter A.C. 960 an Ala-Haasenstein & Vogler, Stuttgart.

Wer sucht der findet!

durch eine Kleine Anzeige in der Badischen Presse selbst in den schwierigsten Fällen das was er wünscht

Stellengesuche

Tüchtig., intell., bess.

Fräulein

22 J., sucht Vertrauensposten, am liebsten b. alleinst. Gesch.-Frau b. leicht. Bez. u. voll. Fam.-Anschl. (a. aus wärts). Zuschr. unter R338 an Bad. Presse.

Alleinstehendes Fräulein

Ende 20, aus bürgerlicher Familie,

sucht angen. Posten als Stütze

bei guter Behandlung. Angebote unter Nr. F. H. 8582 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Offene Stellen

Männlich

Renommiertes Mittelhaardter Weingut beabs. in Karlsruhe **einen Weinladen zw. Verkauf sein. eigen. Gewächse** z. eröffnen. Günstige Gelegenheit auch für abgebaute Beamte. Kaution muß gestellt werd. Solide, einheimische Bew. m. großem Bekanntenkreis woll. Ang. einr. u. Nr. H 4618 an d. Bad. Presse.

In kathol. Kreisen

gut eingeführte

Herren

in gutbezahlte Vertrauensstellung sofort gesucht. Näheres durch den Beauftragten: Leopoldstr. 11 (Laden). (FH8555)

Suche für meine

Drogerie

einen gut gezogenen jungen Mann (begabter, fleißiger Schüler), aus gut. Familie als

Lehrling

Kost und Wohnung im Hause od. auswärts. Eintritt kann sofort oder auf Ostern erfolgen. (4476a)

Ph. A. Gebhard, Drogerie, Eppingen (Baden).

Zu günstigsten Bedingungen

hat Direktion alter, leistungsfäh. Lebensversicherungs-A.-G.

General-Agentur

zu vergeben. Ohne Zwischenstelle. Ausführl. Angebote m. Bild möglichst, unter A. U. 654 durch Rud. Mosse, Magdeburg, erb. (N1332)

Futtermittel!

Wir suchen für den Vertrieb unseres Mineralzusatzfutters und Geflügelfutters geeignete Verbindungen. Evtl. wird Alleinvertrieb vergeben. Gute Verdienstmöglichkeiten. — Anfragen erbeten:

Claus Hinrichsen G.m.b.H.

Einheitsfutterfabrik, HAMBURG 11
Deichstraße 48—50. N1348

Achtung!

Welcher Schneidermeister gibt Maßhosen u. Westen als Heimarbeit? Angebote unt. F.H.8571 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Mädchen mit guten Zeugnissen

sucht Stellung

für tagsüber. Lohn nach Uebereinkunft. Angeb. u. Nr. R9192 an die Bad. Presse.

Aelt., bess. Mädchen sucht Stelle als

Köchin.

Ang. u. Nr. F. H. 8560 a. B. Pr. Fil.Hauptp.

Junge Frau sucht Beschäftigung im

Waschen u. Putzen

Offerten unt. W347 an die Badische Presse.

Konditorei und Kaffee
Friedrich Nagel
Telefon 699 Waldstr. 41—45
1368 empfiehlt
Berliner Pfannkuchen und Fastnachtsküchle in bekannter Güte.

Perfekte

Stenotypistin

sofort gesucht für Industrieunternehmen in Ettlingen. Angebote unter Nr. W4629 an die Badische Presse.

Mädchen gesucht

tagsüber, das schon in Stellg. war, mit gut. Zeugn., f. alle häusl. Arb. Vorzust. v. 11—1 u. 3—5. Bunsenstr. 15, parterre. (B487

Selbständiges B447 **Alleinmädchen** das auch waschen u. bügeln kann, f. sofort ges. Zeugn. erforderl. Vorzust. ab 10 Uhr. Kriegsstr. 73, 3. St.

2 Küchenmädchen

1 Köchin, bei hohem Lohn u. gut. Behandlung auf 1. Febr. gesucht. Off. m. Zeugnisabschr. an: B492 Frau Rappmann, z. „Münchner Platzl", Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße.

Küchenmädchen

fleißig, ehrlich, welches etw. kochen kann, auf 1. Febr. gesucht. B491 Schwarz, z. Luisenhalle Morgenstraße Nr. 22.

Erstmädchen perf. in Küche u. Haushalt sof. in Dauerstellung gesucht. (B513 Frau Eich, Karlsruhe, Bunsenstr. 7, Tel. 6989

Selbständiges, ehrlich,

Mädchen

sofort gesucht. (2350) Altdeutsche Weinstube, Kaiser-Allee Nr. 61.

Mädchen

ehrlich und fleißig, sofort gesucht. FW5621 Zur Au, Augartenstraße 46.

Zu vermieten

Mans.-Wohnung

1 Zimmer, 1 Küche u. Keller, sof. zu vermiet. Ang. u. F.W.5613 a. B. Presse Fil. Werderpl.

Zimmer

Zu vermieten sind in gutem Hause

1-2 möbl. Zimm.

ev. Küchenben. (B503 Kriegsstr. 133, 3 Tr.

Frdl. möbl. Zimmer in sehr gut. Hause der Weststadt sof. zu verm. Herderstr. 1, 1 Treppe. (B354)

Einf. möbl. Zimmer m. Kost, an sol. Arb. z. vm. Kreuzstr. 16, II. (B 414)

Gemütl., gut möbl. Z. an bess. Herrn z. vm. Kaiserstr. 135, 1 Tr., neben Marktplatz. (B 411)

Kaiserstr. 56, 4. Stock, ist gut möbl. Zimmer m. Pens. zu vermieten (B445)

Möbl. Zimmer, 1—2 Bett., Pens., sofort zu vm. Herrenstr. 7, II. (FH8531)

Amalienstr. 85, part. gut möbliert. Zimmer evtl., 2 Betten, el. L., sof. zu verm. (FH8517

Gut möbl. Zimmer mit 1—2 Betten, auch vorübergeh. zu verm. Kaiserstr. 245, 1 Tr. (FH8518)

Gut möbl. Zim., el. L., a bess., sol. H. z. vm. Hirschstr. 28, III.

Kaiserstraße 233, b. Wagner, hell, sauber, gut möbl. Zimmer sofort an Herrn z. verm.

Möbl. Zimmer mit 1 od. 2 Betten zu verm. Krätz, Grünwinkel, Forchheimerstraße 26. (B486)

Gut möbl. hzb. Zim., el. L., zu verm. Anzusehen von 1 Uhr ab. Marienstr. 33, Häusle. (B470)

Mansarde, schön möbl., z. vm., el. L. Leopoldstr. 15, II., Herzig. (FH8537)

Gut möbl. Zimm. m. el. L., Nähe d. Hochschule, zu vm. (B477) Waldhornstr. 8, part.

Wohn- u. Schlafz.

od. nur Schlafz., gut möbl., el. L., sonn. u. frei gel., a. 1. Febr. z. vm. Durlacherallee 29c, hochpart., rechts. B488

Möbl. Zimmer, el. L., sep. Eing., Nähe Bahnhof sofort zu vermiet. Nebeniusstr. 3, 5. St.

Möbl. Mansardenz. sof. zu verm. (B506) Yorkstraße 7, 1 Treppe.

Gut möbl. Zimmer am Marktplatz an sol. Herrn, sof. zu vermiet. Hebelstr. 11, 3 Trepp. (B509)

Sonn. möbl. Wohn- u. Schlafzimmer (auch 2 Betten), zu vermiet. Yorkstraße 3, 2. Stock, Haltestelle. (B510)

Schlafstelle an berufst. Fräul. zu verm. pro Woche 5 ℳ m. Frühst. Angeb. unt. F.W.5614 an die Bad. Presse Fil. Werderpl.

Groß. leer. Zimm.

östl. Kaiserstr., 2. St., sof. zu vm. Zu erfr. u. E355 in d. Bad. Presse.

Möbl. Zimmer zu vermieten, Monatl. 25 Mk. Adresse zu erfragen unt. F.W.5615 in der Badisch. Presse

Akademiestr. 18, II. ist ein kl., frdl. möbl. **Zimmer** sogl. o. spät. z. verm. (B496)

Sehr schöne, große

3 Zim.-Wohnung

mit Bad, Loggia, Gartenanteil, auf 1. April 1930 zu vermiet. Näh. Leopoldstr. 17. (FH8565

Möbl. Zimmer

m. el. Licht, in gut. Hause zu vm. Hirschstr. 106, II. (FH8561

Möbliertes Zimmer zu vermieten. (B493) Akademiestr. Nr. 7.

Einf. möbl. Zimmer bill. zu verm. Luisenstraße 50, IV., lks. (FW5616)

Karlstr. 25, H., III, r. frdl. möbl. Zimmer el. L., mit 2 Betten, sof. od. sp. zu verm. (FH8557)

Wohn- u. Schlafz.

gut möbl., Badben., an sol. Herrn z. vm. Augustastr. 20, II., l. (FH8553)

Gut möbl. Zimmer el. L., auf sofort zu verm. Schillerstr. 1, p (FH8581)

Möbl. Zimmer mit 1, evtl. 2 Bett., sof. zu vermieten. (FH8579 Kaiserstr. 187, 4. Stock.

Möbl. Zimmer an sol. Herrn zu vermieten. Karlstr. 28, 2. Hinterh., 3. Stock. (FH8583)

Wilhelmstr. 16, 1 Tr. schön möbl., sep. heizb., sonn. Zimmer m. el. Licht sof. z. vm. B502

Bürgerstr. 1, Vdh., III. gut möbl., sep. Zim. zu verm., sogl. od. sp. (FH8567)

Schönes möbliertes **Zimmer** zu verm. b. Braun, Sofienstr. 10, 1 Tr. (B505)

Sonn. frdl. Zimmer b. kl. Fam., 6 ℳ wöch. zu vermieten. FW5620 Werderplatz 25, IV.

Einf. möbl. Zimmer an sol. Herrn od. Frl. zu vermieten. FH8585 Fähringerstr. 72, part.

Gut möbl. frdl. Zim. m. el. L., sof. z. vm. Marienstr. 49, 2. St. (FW5622)

Kaiserstr. 186, 3. St., geräum. Zimm. (Fernsprecher), möbl., zu vermieten. (FH8584)

Wer sucht

Einzelzimmer

möbliert o. unmöbl., mit o. ohne Pension, auf d. Lande, Nähe Karlsruhe, Straßenbahnverbind. Ang. u. D354 a. d. Bad. Pr.

Mietgesuche

4-5 Z.-Wohnung

in Alt- od. Neubau, Mittel- od. Südstadt, gesucht auf 1. Mai. Off. m. Preisang. u. B352 an d. Bad. Pr.

Ges. wird eine herrsch.

5 Zim.-Wohnung

mit Bad u. Zubehör (Villa), in Karlsr. od. Durlach, auf 1. April 1930. Angeb. unt. Nr. C202 an Bad. Presse.

Büdofritz - Professor jetzt -
Ist als Redner hochgeschätzt,
Weil er kurz und bündig sagt:
„büdogewichst"*)
die Schuhe fragt!

*) „büdogewichst", ein neuer Ausdruck für besonders schön glänzende, mit Büdo geputzte Schuhe. Gehen Sie auch „büdogewichst"!

Behagl. möbliertes **Zimmer** in Gegend Festhalle—Bahnhof v. Herrn (sich. Zahler) ges. Ang. u. S318 a. d. Bad. Pr.

In welch. kl. Fam. bezw. bei w. Einzelperson findet Herr in sich. Stellung gemütl. Heim mit Verpfleg. u. Bad. Ausführl. Angeb. u. R317 a. d. B. Pr.

Möbl. Zimmer

mit sep. Eing., von Reisendem per sofort gesucht. Offerten mit Preisang. u. FH.8562 an die Badische Presse Filiale Hauptpost.

Gut möbl., ungen. Zimmer Nähe Waldstraße, sucht sof. bess. Herr. Ang. m. Preis u. Z350 a. Bad. Pr.

Möbl. Zimmer

ab sofort bis 1. Febr. gesucht. Angebote unter Nr. Z348 an die Badische Presse.

Möbl. Zimmer v. Beamten zu mieten gesucht. Mögl. Oststadt bei Witwe. Abendverpflegung erwünscht. Offerten unter Z361 an die Badische Presse.

Wohnungstausch

Kriegerwitwe m. jähr. Mädch. sucht

2-3 Z.-Wohnung

Südwest bevorz. In Tausch käme eine kl. 2 Zimmerwohnung in der Südstadt. Ang. u. F.W.5612 an die Bad. Presse Fil. Werderpl.

Immobilien

Kundenmühle

auch mit Landwirtschaft, zu pachten gesucht. Angebote unter Nr. Z4611 an die Badische Presse.

Geschäftshaus

Bahnhofnähe m. Einfahrt, gr. Hof und einem 2 stöck. Werkstatts-Gebäude. Gesamtfläche 5 ar, ist zum Preise von ℳ 32 000.- bei ℳ 10 000.- Anzahlg. zu verkauf. Jährl. Miete ℳ 5232.- An Steuern u. Last ℳ 1545.- Offerte unt. Nr. G 2040 an die Badische Presse.

Villa

in Kehl a. Rh. (Villenviertel, direkt am Rhein) 7 Zimmer mit all. Zubehör, Zentralheizung, schöner Garten, unter günst. Bedingungen sofort zu verkaufen. Angeb. unt. B4526 an Bad. Presse.

Moderne

Villa

wegzugshalb. zu verkaufen oder zu vermieten. Näheres bei: Leopold Grombacher, Kriegsstraße 246, Tel. 558. (2340)

Einfam.-Haus

mit 6 Zimmer, schönem Garten, sofort beziehbar, in Mühlburg umständehalber z. Preise von Mk. 12 500.— bei 4—5000 Anzahlung zu verkaufen. (2276) Näheres bei Walch, Kaiserstraße 172, Telefon Nr. 1562)

Kein Bluff

sond. dauernde Existenz m. treuem Kundenstamm, Kassageschäft. Zur Uebernahme 1000 ℳ erforderlich. Angeb. u. Nr. F356 an die Bad. Pr.

Acker-Gartengelände

in Durlach, gute Lage, abzugeben. (FH8569) Auskunft: Kriegsstraße 174, III.

Nachrichten aus dem Lande.

Kreis Karlsruhe.

Grötzingen, 14. Jan. Der Gesangverein „Eintracht“ durfte auch in diesem Jahre bei dichtbesetzter Gemeindefesthalle sich eines würdigen Verlaufes seines Konzerts erfreuen, das unter der Leitung von Herrn Musikdirektor Franz Wiederhold, Karlsruhe, stand. Zur Einleitung brachte der Männerchor zwei Chöre, „Sturmbeschwörung“ von Dürner und „Hymne an die Nacht“ von L. v. Beethoven, weihevoll zum Vortrag. Eine melodramatische Dichtung „Von der Wiege bis zum Grabe“, verfaßt von dem Leiter der Eintracht, vermochte bei allen Zuhörern hohes seelisches Empfinden zu erwecken. Die Theateraufführung „'s Heimatbrünnele“ erzielte einen Sondererfolg. Auch der Männerchor des Vereins brachte im Rahmen der Vortragsfolge seine gute Schule des öfteren zum Ausdruck. fz.

h. **Graben, 13. Jan. (Konzert des Arbeiter-Gesangvereins Eintracht.)** Am Sonntag nachmittag veranstaltete der Arbeitergesangverein Eintracht in der Festhalle zum Erbprinzen ein Schubert-Konzert, das schon infolge seines einheitlichen Charakters eine Würdigung verdient. Der 40 Mann starke Chor des vor gerade drei Jahren gegründeten Vereins bewies unter der neuen, umsichtigen Leitung von Hauptlehrer Schepp-Karlsruhe merkliche Fortschritte. Glücklich war die Wahl der Solistin, Konzertsängerin Frl. Sofie Nutischer-Karlsruhe, die mit ihrer leicht ansprechenden, gut geschulten Sopranstimme mehrere Schubert-Lieder mit Geschmack vortrug. Eine instrumentale Note erhielt das Programm durch Mitwirkung des Starkschen Streichquartetts Karlsruhe. In inniger Gemeinsamkeit des Zusammenspiels vermittelte dieses Sätze aus dem D-moll-Quartett von Schubert und Variationen über das Lied „Der Tod und das Mädchen“. Das Quartett, wie auch die Sängerin, ernteten von einer zahlreichen Zuhörerschaft stürmischen Beifall. Hauptlehrer Stark zeichnete in kurzen, markanten Ausführungen ein Bild von Schuberts Leben und Wirken.

ek. **Ettlingen, 13. Jan. (Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.)** In einer Familienfeier der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Ortsgruppe Ettlingen, konnte eine Reihe von Ehrungen für treue Mitgliedschaft vorgenommen werden. So wurden Diplome für 30jähriges Dienstjubiläum und 25jährige Mitgliedschaft überreicht an: Eisenbahnoberinspektor Friedrich Schmidt in Ettlingen, Bahnhofsvorsteher Lorenz Anderer in Etzenrot, Zugführer Hermann Heinzler in Oberweier. Für 25jährige Mitgliedschaft wurde ausgezeichnet: Zugführer Ludw. Ullrich in Herrenalb. Für 30jähriges Dienstjubiläum: Oberbahnhofsvorsteher Friedrich Holtz in Herrenalb, Bahnhofsvorsteher Otto Beyer in Frauenalb, Stationsmeister Jakob Schomber in Dietlingen, Werkmeister Adam Schmidt in Ittersbach, Ober-Lokomotivführer Oskar Schmidt in Ittersbach, Zugführer Peter Reeg in Herrenalb, Zugführer Lorenz Bitz in Weiler, Lokomotivführer Aug. Weber in Ittersbach, Oberweichenwärter Karl Kohler in Busenbach, Lademeister Jakob Baader in Ettlingen, Vorarbeiter Gustav Reich in Ettlingen. Diplome für 25jähriges Dienstjubiläum konnten ausgehändigt werden an: Eisenbahninspektor Josef Jäger in Ettlingen, Lokomotivführer August Heubach in Ettlingen, Zugführer Josef Schindler in Ettlingen, Rangiermeister Leo Rübel in Oberweier, Rangiermeister Josef Hammer in Karlsruhe, Bahnhofsvorsteher Peter Gartner in Busenbach, Oberweichenwärter Karl Kull in Herrenalb, Agent Johann Georg Willareth in Reichenbach, Stationsmeister Friedrich Ritter in Ottenhausen, Eisenbahngehilfe Christian Gerstenlauer in Brötzingen.

ek. **Ettlingen, 14. April. (Militärverein.)** Der Militärverein hielt in der „Sonne“ seine diesjährige Winterfeier ab. Die Musikvereinskapelle eröffnete die sehr gut besuchte Feier. Der erste Vorsitzende Glasstetter begrüßte die Erschienenen und nahm die Ehrung verdienter Mitglieder vor. Dem früheren langjährigen ersten Vorstand und zweiten Gauvorsitzenden Baumann wurde für seine Verdienste um den Verein das Ehrenverdienstkreuz verliehen. Das Ehrenzeichen für eine 50jährige Mitgliedschaft erhielten Ehrle jen. und Götz. Eine beträchtliche Anzahl Mitglieder wurde für 40- und 25jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet. Der frühere erste Vorstand dankte im Namen der Dekorierten. Ein Theaterstück und eine Tanzunterhaltung beschlossen die harmonisch verlaufene Feier.

ck. **Bruchhausen, 14. Jan. (Verschiedenes.)** Der hiesige Naturheilverein beging sein 10jähriges Stiftungsfest. Hauptlehrer Wittemann-Oberweier begrüßte die Erschienenen. Humorvolle Stücke sorgten für Unterhaltung. In der Kleinkinderschule fand eine kleine, schlichte Feier aus Anlaß des Namenstages des Seelsorgers statt. — Der Fußballverein Alemannia wiederholte d s Schauspiel „Mag auch die Liebe weinen“. Der Reinerlös wurde dem Kirchenbaufond überwiesen. Hauptlehrer Hollerbach leitete die Veranstaltung und sprach allen Beteiligten den Dank des Vereins aus.

ek. **Schöllbronn, 14. Jan. Delegiertentag des Musikvereins „Lyra“.)** Der Deligiertentag des Musikvereins Lyra hatte einen sehr guten Besuch. Im Laufe der Verhandlungen über das Preisspiel meldete sich eine so stattliche Anzahl von Kapellen, daß das Fest endgültig festgelegt werden kann.

M. **Bruchsal, 14. Jan. (Jagdvergehen.)** Im hiesigen Kammerforst wurde von einem Spaziergänger ein in einer Schlinge gefangenes Reh vorgefunden. Dem Forstamt wurde Meldung erstattet. Nach dem Täter wird gefahndet.

r. **Neibsheim, 15. Jan. (Amtsjubiläum.)** Bürgermeister Kohler konnte mit Beginn des Jahres sein 25jähriges Jubiläum im Dienste der Gemeinde feiern. Er hat sich in seinem Amt stets als ein Mann von hervorragenden Gaben gezeigt, der die an ihn herantretenden Aufgaben zur Zufriedenheit der Einwohnerschaft zu meistern verstand.

Kreis Heidelberg.

r **Sinsheim, 12. Jan. (Vollversammlung des D. H. V.)** Die Ortsgruppe Sinsheim des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes hielt dieser Tage ihre Hauptversammlung ab, in der Vertrauensmann Wüst den Jahresbericht erstattete. Nach ihm wurde eine rege Tätigkeit entfaltet; der Stand der Miglieder beträgt 25 Gehilfen und 10 Lehrlinge. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Wüst, Vertrauensmann; Nauer, stellvertr. Vertrauensmann; A. Edelmann, Rechner und Schriftführer; Pott, Jugendführer, und Jung, Beisitzer. Mit einem Vortrag über das Thema: „Von Heidelberg durch den Schwarzwald zum Bodensee“ wurde die Versammlung abgeschlossen.

Kreis Mosbach.

b. **Obernendorf (Amt Buchen), 15. Jan. (Kuriosum.)** Die hiesige Gemeinde hatte im vergangenen Jahre weder Sterbefälle noch Geburten, noch Eheschließungen zu verzeichnen.

Kreis Baden.

— **Weisenbach, 13. Jan. (Umschau.)** Unsere vorwärtsstrebende Gemeindeverwaltung hat durch Dipl.-Ing. Müller-Karlsruhe einen Ortsbebauungsplan ausführen lassen, der der Genehmigung durch Bürgerausschuß und Behörde entgegensieht. — Die Bautätigkeit war im letzten Jahre sehr rege. Acht Wohnhäuser wurden bezugsfertig. Daneben wurden durch Stockausbauten weitere Wohnungen geschaffen, so daß die Wohnungsnot behoben ist. — Trotz der gut beschäftigten Papierindustrie verzeichnet das Arbeitsamt 51 Arbeitslose. — Das Standesamt zählt für 1929 neben 16 Todesfällen 26 Geburten; dazu kommen noch die auswärts Geborenen, da zahlreiche Mütter die Entbindungsheime in Baden und Rastatt aufsuchen.

gk. **Selbach (A. Rastatt), 14. Jan. (Statistik.)** Im Jahre 1929 verzeichnen die Standesamtsbücher 19 Geburten, 12 Todesfälle und 10 Trauungen. Nach der letzten Volkszählung (1925) wurden hier 750 Einwohner gezählt, die sich auf 165 Haushaltungen verteilen.

z. **Bühl, 13. Jan. (Hauptversammlung des Kriegervereins.)** Vor einigen Tagen hielt der Kriegerverein seine Hauptversammlung ab. Es wurde nach der Begrüßungsansprache des Ersten Vorstands Stratthaus und nach Verkündung der einzelnen Berichte über die Erstellung eines Kriegerdenkmals gesprochen, das nun in nächster Zeit auf dem Bahnhofsvorplatz errichtet werden soll. Eine Reihe von Ehrungen konnten vorgenommen werden: so wurde Kassier Dotzauer mit dem Bundesehrenkreuz II. Klasse ausgezeichnet, das I. Klasse erhielten die Kameraden Barth, Graf, Jörger, Landherr, Meister und Menner. Für 40jährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Belikan, Dr. Dertinget, Dotzauer, Frössel, Meier, Reinschmid, Schaufler und Vogt. Auch für 25jährige Mitgliedschaft konnten 12 verdiente Vereinsangehörige ausgezeichnet werden.

o. **Achern, 13. Jan. (Verschiedenes.)** Zu einer würdigen Abschiedsfeier hatten die katholischen Vereinigungen eingeladen, um dem nach sechsjährigem Wirken an hiesiger Stätte nun nach Gaggenau versetzten Vikar Keller eine Kundgebung zu bereiten. Umrahmt von Vorträgen des Streichorchesters und des Kirchenchors standen die Ansprachen des Dekans, Stadtpfarrers Dr. Huck, des Vikars Kraus als Präses des Gesellenvereins, des Hauptlehrer Morgenthaler als 2. Vorstand der Deutschen Jugendkraft u. a. Der Scheidende sprach seinen herzlichsten Dank für diese Abschiedsstunde aus. — Stadtkapellmeister Alois Kern, der Dirigent de „Kernschen Streichorchesters“, des Kirchenchors usw. hat in diesen Tagen wieder ein Konzert seiner Schüler veranstaltet, das einen schönen Verlauf nahm und die Einfühlungsgabe der Jungschar und das Lehrvermögen des Unterrichtenden bewies. Wie im letzten Jahr, so fand auch heuer die Veranstaltung großen Beifall.

Kreis Offenburg.

● **Kehl a. Rh., 13. Jan. (Ungetreuer Angestellter.)** Der Chauffeur Albert Haug einer Straßburger Firma war von seinem Arbeitgeber beauftragt worden, in Kehl eine Sendung Waren zu verzollen. Er erhielt hierfür einen Scheck auf eine hiesige Bank im Betrage von 18 000 Franken ausgestellt. Haug kassierte auch den Betrag hier ein, ohne jedoch die Ware zu verzollen. Er ist seither mit dem Gelde spurlos verschwunden.

ie. **Berghaupten, 14. Jan.** Am Sonntag fand in Berghaupten die diesjährige Hauptversammlung des Kinzigtalgaues badischer und württembergischer Musikvereine statt. Dem Gau, der im Jahre 1922 gegründet wurde und seit 1929 dem Südwestdeutschen Musikerverband angehört, sind gegenwärtig 28 Musikvereine angeschlossen. Mit Stolz und Befriedigung kann der Kinzigtalgau auf den Verlauf des letzten Geschäftsjahres zurückblicken. Das in Unterharmersbach s. Z. veranstaltete Gaufest wird einen Markstein in der Geschichte des Gaues bilden. Bei den vorgenommenen Neuwahlen des Vorstandes wurden die bisherigen Inhaber dieser Aemter von der Versammlung einstimmig wieder bestätigt. Es wirken demgemäß wieder: Harter-Unterharmersbach als Gaupräsident, Baubach-Schramberg als stellvertretender Vorsitzender, Braun-Unterharmersbach als Gauschriftführer. Von der Veranstaltung eines Gaumusikfestes soll in diesem Jahre wegen des im Sommer in Schwenningen stattfindenden Bundesfestes Abstand genommen werden, dagegen soll anläßlich des 25jährigen Jubiläums des Musikvereins Kirnbach im Sommer 1930 eine Gauwanderung stattfinden. Zur Stärkung der Freundschaftsbande unter den Vereinen sollen auch gemeinsame Konzerte stattfinden.

R. **Lahr, 15. Jan. (Von der Ortskrankenkasse.)** Unsere Ortskrankenkasse mußte notgedrungen am 23. März v. Js. in der Ausschußsitzung die Erhöhung des Beitragssatzes von 6,3 auf 7,2 v. H. des Grundlohnes beschließen sowie die Wartetage vor Bezug des Krankengeldes von einem auf drei Tage festsetzen. Der Vorstand war damals zu diesen einschneidenden Maßnahmen genötigt, da der Jahresabschluß für 1928 mit einer Vermögensverminderung von 28 000 RM. abschloß. Von den 17 800 Kassenmitgliedern waren 11 265 oder 63 Prozent krank gemeldet, die Krankengeldausgaben stiegen von 323 000 auf 419 000 RM., die Arzneikosten um 30 000 auf 170 000 und die Arztkosten um 40 000 auf 303 000 RM. Die Grippe-Epidemie vor einem Jahre forderte allein im 1. Vierteljahr 1929 eine Mehrausgabe von 160 000 RM., von denen 100 000 RM. aus dem Reservefonds gedeckt werden konnten. Damals wie auch heute noch wird die Finanzlage der Ortskrankenkasse wesentlich beeinträchtigt durch die überwiegende Zahl weiblicher Mitglieder, die im allgemeinen nur in niederen Klassen versichert sind, sowie von den zahlreichen Beschäftigten in der Tabakindustrie und den Heimarbeiterinnen im Kartonagengewerbe. Diese beziehen im Vergleich zu anderen Industriearbeitern einen viel geringeren Lohn, bezahlen dementsprechend auch viel weniger an Versicherungsbeiträgen, erfordern aber für die Kasse weit höhere Ausgaben als die andern Mitglieder, da sie erfahrungsgemäß viel eher der Krankheitsgefahr unterworfen sind. Daher bleibt die durchschnittliche Beitragseinnahme bei der Ortskrankenkasse Lahr weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück. — Der Kassenbestand scheint sich nun im Laufe des Jahres durch diese einschneidenden Maßnahmen soweit gebessert zu haben, daß die Beiträge von 7,2 auf 6,9 v. H. und die Wartezeit vor Bezug des Krankengeldes von drei wieder auf einen Tag herabgesetzt werden kann.

⨯ **Gengenbach, 14. Jan. (Neuer Mustergarten des Weinbauinstituts.)** Das Badische Weinbauinstitut Freiburg i. Br. beabsichtigt im Gewann Niederholz einen neuen Rebmustergarten einzurichten. Der Gemeinderat Gengenbach beschloß, dem Institut das erforderliche Gelände pachtweise zu überlassen.

≡ **Nordrach, 14. Jan. (Beerdigung.)** Ein stattliches Trauergefolge gab der verstorbenen Karoline Spitzmüller, der Witwe des hiesigen Kraftwerkbesitzers, die letzte Ehre. Die Verstorbene erfreute sich als Geschäftsfrau eines guten Rufes und führte trotz ihres hohen Alters den Betrieb seit ihres Mannes Tod weiter.

Kreis Freiburg.

— **Emmendingen, 13. Jan. (Sängerjubiläen.)** Auf ein 50jähriges Sänger- und Dirigenten-Jubiläum kann hier Hauptlehrer Otto Wiedemann zurücksehen. Aus diesem Anlaß wurde ihm bei der Hauptversammlung der Sängerrunde Hochberg die goldene Sängernadel des Badischen Sängerbundes verliehen. Am gleichen Abend der Sängerrunde „Hochberg“ erhielten die Werkmeister a. D. Karl Geier und Verwaltungs-Oberinspektor Georg Schmitthelm die Ehrenurkunde für 40jährige Mitgliedschaft und vier weitere Herren die silberne Ehrennadel des Badischen Sängerbundes für 25jährige Aktivität.

— **Freiburg i. Br., 14. Jan. (Todesfall.)** Nach mehrmonatlichem Krankenlager ist Professor Hermann Seub im Alter von 65 Jahren gestorben. Er erfreute sich bei seinen Kollegen und Schülern bezw. Schülerinnen allgemeiner Beliebtheit.

Freiburg i. Br., 14. Jan. (Neue Flugggesellschaft.) In Freiburg hat sich eine neue Fluggesellschaft niedergelassen. Die Gesellschaft heißt Schindlerflug (Billwiller & Schindler) offene Handelsgesellschaft, Unternehmen neuzeitlicher Flugkunst. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf Schauflüge mit Akrobatik, Photoflüge, Zubringerdienste, Kurierdienst, Beförderung von Eilfracht usw. Die Gesellschaft unterhält in Freiburg vier Maschinen und vier Führer.

— **Freiburg, 14. Jan. (Handtaschenräuber.)** Wie der Polizeibericht meldet, wurde einer Schneidermeistersehefrau, die sich in Begleitung ihres Ehemannes und ihres Sohnes auf dem Flottberg befand, von einem Mann die Handtasche entrissen. Der flüchtige Täter, der von dem Sohn der Ueberfallenen verfolgt wurde, verlor auf der Flucht den Inhalt der Handtasche, der von der Eigentümerin aufgefunden wurde.

Kreis Lörrach.

ai. **Atzenbach i. W., 14. Jan. (Jugend von heute.)** Ein hiesiger Schüler, der die achte Klasse besucht, verbrachte seine freie Zeit bei der Familie Ruf. Als am Abend Frau Ruf von der Arbeit zurückkehrte und den mitgebrachten Lohn zur Seite legte und sich wieder aus dem Zimmer begab, entwendete der Schüler den Geldbetrag und verschwand nach Hause wo er das Geld in seinem Bett versteckte. Die Geschädigte erstattete Anzeige bei der Polizei, welche den verdächtigen Schüler ins Verhör nahm. Da dieser die Tat gestand und die Stelle angab, an der er das Geld verborgen hielt, konnte Frau Ruf dasselbe wieder zurückgegeben werden. Der Schüler hat das 14. Jahr erreicht und ist somit nur beschränkt strafmündig.

Kreis Waldshut.

⊖ **St. Blasien, 15. Jan. (Die Gemeindesteuern.)** Der Gemeinderat hat beschlossen, daß die bisher vom Grundvermögen, vom Betriebsvermögen und vom Gewerbeertrag erhobenen Gemeindesteuersätze für das Rechnungsjahr 1929/30 als endgültige anzusehen seien.

— **St. Blasien, 14. Jan. (Bahnhofserweiterung in Seebrugg.)** Der Bahnhof Seebrugg genügt den Anforderungen nicht mehr, obwohl die Bahn erst vor drei Jahren eröffnet wurde. Inzwischen ist dort oben durch den Bau des Schluchseewerkes eine kleine Industriestadt entstanden, die außerordentlich große Transporte notwendig macht. Deshalb wird in diesem Jahre der Ausbau des Bahnhofes Seebrugg fortgesetzt werden.

Kreis Villingen.

th. **Gütenbach, 15. Jan. (Versetzung.)** Der hiesige Forstanwärter Hermann Heneka wurde in gleicher Eigenschaft nach Ziegelhausen bei Heidelberg versetzt. An seine Stelle tritt Forstanwärter Hermann Maier von Zastler, Forstamt Villingen.

— **Gütenbach, 15. Jan. (Besitzwechsel.)** Durch Kauf ging ab 1. Januar der obere Breitedcerhof, Besitzer Gottfried Schuler, an dessen Sohn, Dachdeckermeister Karl Schuler, über.

th. **Gütenbach, 4. Jan. (Vom Fußballklub.)** In der Jahreshauptversammlung wurden als neue Vorstände gewählt: 1. Vorstand Duffner, 2. Vorstand Fischer. Der Verein zählt zurzeit 112 Mitglieder.

Sn. **Villingen, 14. Jan. Einkommensteuer bezahlen in Villingen** 3849 Personen, die ein Einkommen von 6 354 000 RM. zusammen versteuern. Einkommen über 8000 RM. haben nur 8 Personen mit 67 000 RM., 90 haben 5000—8000 RM., Einkommen mit einem Gesamteinkommen von 1 361 000 RM., dann kommt als zweitgrößte Gruppe die Stufe von 3000—1500 RM. mit 1164 Pflichtigen und einem Einkommen von 2 449 000 bezw. 121 000 RM. Steuerabgabe, während in der niedrigsten Einkommensgruppe 2217 Steuerpflichtige ein Gesamteinkommen von 1 924 000 RM. haben und die Steuerabgabe hiervon, unter Berücksichtigung der Befreiungen 56 000 RM. beträgt. In der Stadt Villingen gibt es demnach 1671 unbesteuerte Personen, d. h. solche, die kein Einkommen über 1000 RM. jährlich haben.

Kreis Konstanz.

≡ **Markdorf, 13. Jan. (Wiederwahl.)** Bei der Bürgermeisterwahl für die Stadtgemeinde Markdorf wurde der bisherige Bürgermeister Frank mit 40 von 54 Stimmen für die neue Periode gewählt. 12 Zettel waren leer, 2 Stimmen zersplittert. Am Abend brachte die Stadtkapelle dem Bürgermeister ein Ständchen, anschließend fand eine Feier statt.

§ **Ueberlingen, 15. Jan. (Alle Märkte des Bezirks wegen Seuche gesperrt.)** Nachdem nun in den letzten Tagen die Maul- und Klauenseuche noch in Oberuhldingen und in Wirrensegel ausgebrochen ist, wurde auch die Abhaltung von Märkten in Markdorf untersagt. Die Märkte in Ueberlingen und Salem sind schon gesperrt. In den 15 Kilometer-Umkreis fallen sämtliche Orte des Bezirks.

Tagung des Musikgaues Hanauerland.

fz. **Legelshurst, 14. Jan.** Auf die Tagung des Musikgaues Hanauerland und Umgebung hatten von 18 Vereinen 15 Gauvereine ihre Delegierten entsandt. Die Legelshurster Kapelle eröffnete die Versammlung mit einem flotten Marsch, worauf Vorstand Rückles die Erschienenen aufs herzlichste willkommen hieß. Auch der Vorstand des Musikvereins Legelshurst, Lusch, begrüßte die Gäste im Namen seines Vereins und wünschte der Tagung besten Erfolg. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und gab gleichzeitig das Wichtigste aus dem Tätigkeitsbericht des Bundespräsidenten bekannt. Der vom Gaukassier erstattete Kassenbericht weist einen kleinen Saldovortrag aus. Dem Vorstand wurde hierauf Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab eine Wiederwahl sämtlicher bisheriger Vorstandsmitglieder. An Stelle der bisherigen zwei Beisitzer werden künftig vier im Ausschuß tätig sein. Das Bundesfest wird im Verlaufe des Sommers in Schwenningen abgehalten werden. Mit Rücksicht auf die damit verbundenen erheblichen Unkosten werden sich leider nur wenige Vereine beteiligen können. Das zweite Gaumusikfest findet in diesem Jahre in Freistett statt. Vor einem Preiswettspiel wird abgesehen. Die nächste Delegiertenversammlung ist voraussichtlich Ende Februar oder Anfangs März in Appenweier.

Unfall-Chronik.

M. **Forst bei Bruchsal, 14. Jan. (An Wundstarrkrampf gestorben)** ist in der Nacht zum 12. Januar der 55jährige Sebastian Ehrbrecht. Er wurde am 2. Januar von einem Rind auf die Ferse getreten und verletzt. Die Wunde war geheilt, doch stellte sich in der Nacht zum 9. Januar Wundstarrkrampf ein.

M. **Langenbrücken, 14. Jan. (Vermißt.)** Seit vergangenen Sonntag wird der 52jährige Landwirt Franz Reimling von hier vermißt. Man vermutet einen Unglücksfall.

— **Lörrach, 14. Jan. (Ein neuer schwerer Motorradunfall.)** Nach dem Motorradunfall am Sonntag in Grenzach ereignete sich Montag mittag bereits wieder ein Unglücksfall. Beim Gasthof zum Ziel stieß der Eisenbahnarbeiter Wilhelm Huber auf seinem Motorrad mit einem Lastkraftwagen zusammen. Er erlitt ernste Gesichtsverletzungen, einen Unterschenkelbruch und eine Kniescheibenverletzung. Er wurde nach Lörrach ins Krankenhaus gebracht.

Ernennungen — Versetzungen — Zuruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt: Professor Dr. Hermann Rieder an der Oberrealschule in Offenburg zum Direktor daselbst.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Oberlehrer Oskar Diemer in Urloffen, Amt Offenburg; Oberlehrer August Hager in Dinglingen, Amt Lahr, auf 1. Januar 1930; Hauptlehrer Hermann Rabner in Pforzheim.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Oberlehrer Emil Koch in Altschweier, Amt Bühl, auf 1. April 1930; Hauptlehrer Karl Geiger in Amoltern, Amt Emmendingen.

Entlassen auf Ansuchen: Dr. Max Homburger, Professor und Konservator a. D. in Karlsruhe.

Gestorben: Justizoberinspektor Ferdinand Weißschuh beim Amtsgericht Kehl. Gerichtsvollzieher Karl Maisch beim Amtsgericht Lahr.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt: Zum Gendarmerieoberwachtmeister Gendarmeriehauptwachtmeister Karl Schweizer in Kappelrodeck, Amt Bühl.

Ministerium der Finanzen.

Wasser- und Straßenbaudirektion.

Ernannt: Zu Straßenoberbaumeistern die Straßenbaumeister Franz Kohlmann in Bruchsal und Adolf Straub in Blumberg, zum Bauobersekretär der Straßenbaumeister Wilhelm Deckinger beim Wasser- und Straßenbauamt Pforzheim.

Versetzt: Bauinspektor Karl Jäger bei der Wasser- und Straßenbaudirektion zum Wasser- und Straßenbauamt Achern, Bauinspektor Ernst Langenbach in Mosbach zum Kulturbauamt Heidelberg, die Vermessungssekretäre Otto Bueb in Karlsruhe zum Vermessungsamt Offenburg, Fritz Frommherz in Tauberbischofsheim zum Vermessungsamt Kenzingen, Wilhelm Hauger in Wertheim zum Vermessungsamt Donaueschingen.

In den Ruhestand tritt kraft Gesetzes: Der Flußwärter Franz Wild in Maxau.

Entlassen auf Ansuchen: Der Vermessungssekretär Matthäus Fischer, zur Zeit beim städt. Vermessungsamt Mannheim.

Gestorben: Straßenwärter Karl Henn in Einbach.

Aus der Evangelischen Landeskirche.

Mit der Versehung des Pfarrdienstes in Schiltach wurde Vikar Karl Reich in Schiltach beauftragt. Versetzt wurden die Vikare Adolf Bull in Karlsruhe (Gottesauerpfarrei) als Pfarrverwalter nach Dossenbach, Georg Bernlehr in Donaueschingen nach Karlsruhe (Gottesauerpfarrei) und Pfarrkandidat Hermann Stöhrer in Schopfheim (Dossenbach) zur Versehung des Vikariats nach Donaueschingen. Mit der Versehung des Vikariats in Gochsheim wurde Vikar Robert Steiger in Gochsheim vorläufig betraut.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 15. Januar 1930.

Der verirrte Vorfrühling.

Am Dienstag 14 Grad Wärme im Schatten.

Heute schreibt man Mitte Januar, das Datum, an dem der meteorologische Winter seinen Höhepunkt zu erreichen pflegt, an dem die Natur in Eis und Schnee erstarren sollte. Sollte! — Und statt dessen: Sonnenverklärte, lichte, warme Tage, die einem wonnigen Vorfrühling alle Ehre machen!

Dieser Dienstag stellte in dem seltsamen Winter 1929/30 einen neuen Rekord auf. In Karlsruhe und in der Mehrzahl der im Rheintal und der Hardtniederung gelegenen Städte und Ortschaften, ebenso in verschiedenen Gegenden des Markgräflerlandes und des Schwarzwald-Südwestfußes stieg die Temperatur bei nahezu wolkenlosem Himmel am Vormittag auf 11, im Verlaufe der ersten Nachmittagsstunden auf 14 Grad Wärme im Schatten und 22 bis 25 Grad Wärme in der Sonne.

Fast schwül empfundene Luftwellen durchdringen Gassen, Gärten, Anlagen und Wälder. Und diese merkwürdige Erscheinung zeigt sich ausgerechnet an dem Datum, da die Höchsttälte des Winters fällig wäre. 7—8 Grad liegt nunmehr das Tagesmittel der Temperatur im Rheintale über dem langjährigen Normalstand, der für die Mitte des Ersmonds gültig wäre.

Hat man es in unseren Breiten schon einmal erlebt, daß die Gefilde bis Mitte Januar gänzlich schneefrei geblieben sind, ja, daß sogar selbst kurze Schneeschauer während des kalendermäßigen Winters ausgeblieben sind? Ist es schon einmal erörtert worden, daß bis Mitte Januar die Wasserleitung nicht ein einzigesmal abgestellt werden mußte, daß man vier Wochen vor und vier Wochen nach der Wintersonnenwende die mild wärmenden Strahlen des Tagesgestirns auf sich wirken ließ, im Freien sitzen, am offenen Fenster behaglich seine Zeitung lesen konnte? Die Menschen schütteln die Köpfe und sagen: Der Erdball hat sich gedreht, die Welt ist, wie die Leute selbst, verkehrt, in der Erdachse muß eine Schraube los sein. Die Geschäftsleute, die auf Winterartikel und Wintersaison eingestellt sind, jammern, und die Wintersportler verzweifeln und geben ihrer Mißstimmung unzweideutigen Ausdruck.

Dann aber hört man auch wieder, namentlich von gläubigen Zeitgenossen: „Wenn die Not am größten, ist Gottes Hilf' am nächsten!" Und man begründet dieses schöne Wort nicht mit Unrecht also. Könnte man sich die Wiederholung eines solch grimmigen Winters, wie den vorangegangenen, heuer ausdenken, da Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not eine derartig unerhörte Steigerung erfahren haben? Mit nicht gelindem Bangen hätte man dem Verlauf eines ähnlich schweren Winters, wie dem letztjährigen, entgegensehen müssen. Nun aber scheint diesmal, allen Befürchtungen zum Trotze, warm und lebensprühend die Sonne aus lenzheiterem Firmament; gleichsam, als wolle sie all den Millionen sorgenbedrückter, notleidender Menschenkinder neue Hoffnung, Mut und Zuversicht, geben! Und täuschen diese unwirklich-schönen und warmen Wintertage nicht denn doch ein wenig über all das Wirrsal unserer Zeitläuften hinweg? Der Kohlenverbrauch kann auf ein Minimum beschränkt werden, die Erkältungskrankheiten sind gegenüber dem Vorwinter gering. Und dann: Grünende Rasenflächen, treibende Knospen und Sträucher in den Anlagen, dazu köstlich leuchtende Sonne locken hinaus ins Freie, in das vorzeitig erwachte Leben der Natur, in den „verirrten Vorfrühling" ...

*

= **Todesfälle.** Im Alter von 69 Jahren ist am Dienstag vormittag hier Geh. Hofrat Dr. med. Karl Doll, der mehr als 40 Jahre als praktischer Arzt in der badischen Landeshauptstadt tätig war, nach kurzer schwerer Krankheit gestorben. Am 13. Mai 1861 als Sohn des Prälaten Doll in Karlsruhe geboren, ließ er sich nach Beendigung seiner medizinischen Studien in Heidelberg, Straßburg und Berlin in seiner Heimatstadt als praktischer Arzt nieder. Doll war ein ausgezeichneter Arzt, der sich weit über Karlsruhe hinaus eines großen Ansehens erfreute. In den Vorkriegsjahren war der Verstorbene behandelnder Arzt des Großherzogs von Baden. Während des Krieges leitete Doll das Offizierslazarett in der Douglasstraße. Durch seine Liebenswürdigkeit hat er sich das Vertrauen seiner Patienten im höchsten Maße erworben. — Im Alter von 66 Jahren ist ebenfalls am Dienstag in Karlsruhe der Inhaber des bekannten Spezialgeschäftes für Beton-, Eisenbetonbau und Asphaltierung, Josef Krapp, gestorben. Er hat das weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannte Unternehmen mit großer Umsicht und Tatkraft geleitet und konnte noch vor 2 Jahren sein 50 jähriges Berufsjubiläum begehen. Aus diesem Anlaß gingen Josef Krapp zahlreiche Glückwünsche aus allen Kreisen der Bevölkerung zu, die ihm zeigten, welch großes Ansehen er in allen Kreisen der Bevölkerung genoß. Lange Jahre hindurch war der Verstorbene Präsident der Fulderei des Karlsruher Liederkranzes, die ihn in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Pflege des deutschen Liedes und des Humors zu ihrem Ehrenpräsidenten ernannt hat. Zahlreiche Bauwerke in der Stadt zeugen von der Initiative des Verstorbenen, der bis zuletzt mit großem Weitblick sein Unternehmen leitete.

Bei der Ergänzungswahl für den Stadtverordneten-Vorstand wurde anstelle des in den Stadtrat gewählten Herrn Friedrich Lang Herr Stadtverordneter Bäckermeister Gustav Dennig (Deutsche Volkspartei) als Mitglied des Stadtverordneten Vorstandes gewählt. — Als Mitglieder des Stiftungsrates der K. Schremppschen Arbeiter- und Beamtenstiftung wurden die Herren Justizrat Dr. Gustav Huber, Direktor Josef Hoch und Architekt Hermann Walder gewählt.

Um das Geschick der Grokage. Morgen Donnerstag abend findet in der Glashalle der Stadtgarten-Wirtschaft wie bereits angekündigt, eine öffentliche Versammlung statt, in der über das Fortbestehen der Grokage entschieden werden soll. Es ist kein Zweifel, daß dieses brennend aktuelle Thema zahlreichen Mitbürgern Anlaß gibt, die Versammlung zu besuchen.

§ **Wegen Urkundenfälschung und Betrugs** wurde ein Maschinentechniker in Durlach festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Er hatte im Oktober und November vorigen Jahres mit fälschlich angefertigten Bürgschaftserklärungen in einem hiesigen Konfektionsgeschäft Kleidungsstücke, im Werte von 223 RM., erschwindelt.

§ **Tierquälerei.** Ein Landwirt von auswärts gelangte zur Anzeige, weil er sein Pferd am Samstag abend über eine Stunde lang vor einer Wirtschaft in der Kaiserstraße im strömenden Regen stehen ließ.

Der Alb- und Pfinzgaukriegerbund ladet die ihm angeschlossenen Vereine zur Reichsgründungsfeier des Marine-Vereins auf Freitag, 17 Januar, 8 Uhr abends, in der Glashalle des Stadtgartenrestaurants ein. Hierbei bringt der Marine-Verein einen Lichtbildervortrag des Herrn Oexle aus Nußdorf am Bodensee. Herr Oexle spricht über „Seine Erlebnisse unter deutscher Kriegsflagge in Frieden und Krieg rund um die Erde". Er ist einer der wenigen Ueberlebenden des ostasiatischen Kreuzergeschwaders „Graf Spee" und war vor dem Kriege schon mehrere Jahre bei demselben kommandiert. Nach Untergang seines Schiffes, des kleinen Kreuzers „Leipzig", kam der Redner in englische Gefangenschaft. Unter den hochinteressanten Lichtbildern aus Ostasien, China, Japan, Südsee, Nord- und Süd-Amerika, Feuerland Kap Horn usw., befinden sich eine Reihe wertvoller Eigenaufnahmen. Herr Oexle schildert auch seine Erlebnisse während der Seeschlacht Coronel, der Seeschlacht bei den Falklandinseln und den Untergang des Kreuzergeschwaders „Graf Spee." Zu Ehren der gefallenen Helden zur See, wird der Reinertrag des Vortrages dem Marine-Ehrenmal überwiesen. Eine Wiederholung des interessanten Vortrags findet am Samstag den 18 Januar, 8½ Uhr nachmittags, für Schüler aller Lehranstalten zu halben Eintrittspreisen statt. Vorverkauf: Verkehrsverein, Auskunftsstelle II, Kaiserstr., Eingang Ritterstraße. Es wäre zu wünschen, daß die Jugend regen Gebrauch von dieser Vergünstigung macht, damit sie auch die Länder kennen lernt, in welchem unser Kreuzergeschwader gewirkt hat.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Sterbefälle. 13. Januar: Auguste Stock, 69 Jahre alt, Ehefrau von Richard Stock, Buchbindermeister; Marie Lurk, 54 Jahre alt, Ehefrau von Theodor Lurk, Wegmeister. 14. Januar: Dr. med. Karl Doll, Ehemann, 68 Jahre alt, Prakt. Arzt; Josef Krapp, Ehemann, 66 Jahre alt, Fabrikant; Karoline Rösch, 85 Jahre alt, Witwe von Josef Rösch, Seilenhauer; Katharina Mücher, ledig, 46 Jahre alt, Diakonisse.

Aus dem Karlsruher Stadtparlament.

18 Prozent der Karlsruher Bevölkerung leben von der Allgemeinen Fürsorge.

Es waren wenig erfreuliche Bilder, die in der Karlsruher Bürgerausschußsitzung am Dienstag nachmittag über die wirtschaftliche Lage der Stadt Karlsruhe und ihrer Bevölkerung aufgezeigt wurden. Sehr böse Schlaglichter zeigten sich bei der Besprechung über die Erhöhung der Stammeinlage der Stadt bei der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle. Hier wurde nämlich von gutunterrichteter Seite mitgeteilt, daß 18 Prozent der gesamten Karlsruher Bevölkerung aus allgemeinen Fürsorgemitteln ihr Leben fristen müssen. Es war daher um so erfreulicher, daß die übergroße Mehrheit der Stadtverordneten dem Plan zum Ausbau dieser Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle, die sich als produktive Erwerbslosenfürsorge bewährt hat, zustimmte. Ebenso unerfreulich wie die Feststellung der großen Arbeitslosigkeit war der Hinweis des Oberbürgermeisters auf den Geldmangel der Stadt. Obgleich der Bau eines fünften Hafenbeckens immer dringender wird, besteht keine Aussicht, diesen Plan in nächster Zeit zu verwirklichen, da es der Stadt einfach unmöglich ist, im gegenwärtigen Augenblick auch nur einen Teil der Millionen aufzubringen, die das Hafenbecken kosten wird. Immerhin sollte noch einmal gründlich geprüft werden, ob es doch nicht möglich wäre, durch den Beginn dieses Ausbaues des Hafens Arbeit und Brot zu schaffen, und damit den Etat der Erwerbslosenfürsorge, der geradezu beängstigend im Steigen begriffen ist, zu entlasten.

Die übrigen Vorlagen wurden ohne große Debatten erledigt. Nur die Abhör der städtischen Rechnungen gab einem Vertreter der Volksrechtpartei Veranlassung, in ausgedehnter Weise auf die Gefahren einer „großzügigen" Kontrolle des städtischen Budgets hinzuweisen.

Im Anschluß an die Besprechung der einzelnen Vorlagen behandelten die Kollegien noch unter Ausschluß der Oeffentlichkeit die wichtigen Frage über neue Industrie-Ansiedlungen. Weiter war vorgesehen, die Beratung über die Errichtung eines Ehrenmals auf dem Karlsruher Friedhof. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit lediglich darum, ob die nackte Jünglingsgestalt des Denkmals einen Lendenschurz erhalten soll oder nicht. Da von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt worden war, diese Frage in öffentlicher Sitzung zu behandeln, zog der Stadtrat die Vorlage zurück. Der Oberbürgermeister gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Streitfrage schließlich auch gelöst werden könne ohne Anrufung des gesamten Bürgerausschusses als Schiedsgericht. Sollte das wider Erwarten nicht der Fall sein, könnte man in drei Wochen — bis dahin soll neue Arbeit dem Bürgerausschuß unterbreitet werden — noch einmal auf den Lendenschurz zurückkommen. Auch diese Streitfrage gehört zu den wenig erfreulichen Tagesereignissen.

Sitzungsbericht.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 96 Mitgliedern. Das Haus ist beschlußfähig.

Zur Geschäftsordnung beantragte Stadtv. **Roßbach** (Soz.), das Haus möge die Vorlage über Errichtung eines Ehrenmals auf dem Kriegerfriedhof nicht in geheimer, sondern in öffentlicher Sitzung beraten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung,

Abhör für die städtischen Rechnungen für die Jahre 1925 und 1926

war ein Antrag der Fraktion der Volksrechtpartei eingegangen, nach dem der Bürgerausschuß beschließen solle, zur Aufarbeitung der Rückstände der städtischen Revisionsstelle das nötige Aushilfspersonal zuzuweisen, damit die Rückstände beim Ende der Wahlperiode des Bürgerausschusses aufgearbeitet seien.

Stadtv. **Strickfaden** (Volksrechtp.) begründet den Antrag. Der Redner bezieht sich dabei auf Ausführungen des Oberbürgermeisters Gündert in der Neujahrsnummer der „Badischen Presse". Schließlich wies er auch auf den Sklarekskandal in Berlin hin, der nur entstanden sei einmal durch die Verschlechterung der Moral und dann durch die fehlende Kontrolle im Berliner Kommunalwesen. Natürlich habe auch das Beispiel des Staates der wohlhabende Bürger zu Bettlern gemacht habe durch die Inflation, schlicht gewirkt auf die Verwaltung der Gemeinden. Die Kontrollen und Rechnungsprüfungen müssen viel gewissenhafter ausgeübt werden als dies bisher der Fall gewesen sei. Die großzügige Art der bisherigen Rechnungsprüfung stelle einen Verfassungsbruch dar. (Hört! hört!) Es sei ein Gebot der Stunde, daß endlich mit den Rückständen aufgeräumt werde. (Am Schluß der ausgedehnten Rede wies das Haus große Lücken auf.)

Stadtv. Obmann **Wild** (Ztr.). Für ihn als Vorsitzender des Prüfungs-Ausschusses liege kein Anlaß vor, eine Aenderung der bisherigen Prüfungsordnung zu empfehlen

Der Redner der Volksrechtpartei stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag seiner Partei. Da dieser Antrag unterstützt wird, muß namentlich abgestimmt werden. Das Ergebnis ist, daß 11 Mitglieder für den Antrag stimmen, 78 dagegen.

Der Antrag des Stadtrats, die Abhör der städtischen Rechnungen zu genehmigen, wird mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

Die Erweiterung der Betriebseinrichtungen des städtischen Rheinhafens.

Es handelt sich, wie schon gemeldet, die Fahrbahn für die städtische Verladebrücke am Südbecken des Rheinhafens um weitere 110 Meter zu verlängern.

Stadtv. **Schneider** (Zentr.) steht dafür ein, daß mit dem Bau des fünften Hafenbeckens begonnen werde. Der Rheinhafen müsse erweitert werden; das sei wichtiger, als die Zuschüsse für das Landestheater.

Oberbürgermeister Dr. **Finter** stellt fest, daß das Projekt für das fünfte Hafenbecken vollständig ausgearbeitet sei; es fehle bloß an dem nötigen Geld. Das Hafenbecken koste mehrere Millionen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen, ebenso wie die weiteren Vorlagen über Geländetausch im Oberfeld, die Verbesserung der Stromversorgung.

Zur Eingemeindung der abgesonderten Gemarkung Hardtwald.

gab Stadtv. **Sommer** (Zentr.) die Zustimmung seiner Partei. In seinen weiteren Ausführungen trat er für die Bewohner der Hardtwaldsiedelung ein. Er vertritt den Standpunkt, daß man den Leuten, die im Hardtwald gebaut haben, unbedingt helfen müsse in Bezug auf Erleichterungen bei Bezahlung städtischer Gebühren. Die Mitglieder der Eigenbaugesellschaft hätten bei der Telegraphenkaserne gebaut als dieses Gelände noch zur Gemarkung Hardtwald gehörte. Durch die Einverleibung des Geländes in das Stadtgebiet, laufen die Siedler Gefahr, Lasten zu leisten, die sie nicht tragen können.

Oberbürgermeister Dr. **Finter** ist der Meinung, daß es Sache des Staates sei, den Siedlern zu helfen. Die Stadt würde diesen Antrag gerne unterstützen.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Erhöhung der Steueranlage bei der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle.

Bürgermeister **Sauer** gibt zunächst einen Antrag der Kommission bekannt über Herabsetzung der Arbeitszeit und Abschaffung der Akkordarbeitszeit bei der Gemeinnützigen Beschäftigungstelle. Der Redner vertritt die Ansicht, daß es nicht Sache des Bürgerausschusses sein könne, der Beschäftigungsstelle Vorschriften zu machen über die Arbeitsmethode.

Stadtv. **Sigmund** empfiehlt namens des Stadtverordnetenvorstandes die Annahme der Vorlage. Die Gesellschaft müsse erst Mittel haben für den Betrieb. Man habe gute Erfahrungen gemacht mit dem Betrieb. Die Akkordarbeit an der Beschäftigungsstelle sei keine Mordarbeit. Selbst alte Leute haben gebeten, Akkordarbeit leisten zu dürfen. Die Beschäftigungsstelle sei gegründet worden mit der Absicht, alten Leuten Beschäftigung zu geben; also Leuten, die sonst dem Fürsorgeamte zur Last fallen würden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Beschäftigungsstelle seien befriedigend.

Stadtv. **Westenfelder** (Kom.) begründet den Antrag seiner Partei über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Beschäftigungsstelle. Die Arbeitszeit solle auf sieben Stunden herabgesetzt werden, damit man mehr Arbeitslose unterbringen könne.

Stadtv. **Faßbender** (Ztr.) hat sich den Betrieb der Beschäftigungsstelle angesehen. Wenn alle Betriebe in Rußland so mustergiltig eingerichtet und betrieben wären, dann könnten die Kommunisten froh sein. Die ganze Organisation sei in hygienischer Beziehung tadellos. Durch die Einführung des laufenden Bandes werde den Leuten die Arbeit erleichtert. Es sei in der Tat eine gemeinnützige Beschäftigungsstelle. Das Institut sei wichtig für Erwerbsbeschränkte, die sonst kaum mehr irgendwo Arbeit finden könnten. Die Beschäftigungsstelle sollte möglichst ausgebaut werden.

Stadtv. **Fichthaler** (Bulacher Bürgerv.) wünscht, daß die Stadt etwas mehr Rücksicht nehme auf die Privatwirtschaft. Eine Bürgschaft für die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle sollte genügen. Mit solchen Ausgaben sollte man vorsichtig sein.

Stadtv. **Dierle** (Wirtschaftl. Ver.). Da die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle der Privatwirtschaft keine Konkurrenz macht, dagegen Arbeit schaffe für die Erwerbslosen und dadurch der Fürsorge-Etat der Stadt erleichtert werde, stimme auch seine Partei für die Vorlage.

Stadtv. **Kappes** (Soz.) stellt fest, daß 18 Prozent der Karlsruher Bevölkerung z. Zt. vom städtischen Fürsorgeamt abhängen. Man könne also nicht genug Einrichtungen schaffen, um Erwerbslose unterzubringen. Man müsse es dankbar anerkennen, daß durch die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle Arbeitslose wieder in die Arbeit zu bringen. Die Leute sollten aber kurzfristig beschäftigt werden, damit sie wieder für die Privatwirtschaft erzogen werden. Die Arbeitsfürsorge sei eine Verbilligung der Fürsorge ohne Arbeit. Es sei ein außerordentlich gutes Unternehmen, dessen Ausbau auf möglichst breiter Grundlage wünschenswert sei. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Frl. **Rieger** (Dem.) wünscht, daß auch für Mädchen und Frauen eine Art gemeinnützige Beschäftigungsstelle geschaffen werde.

Bürgermeister **Sauer** stellt fest, daß die Beschäftigungsstelle gegründet wurde zur Unterbringung von Erwerbslosen, Erwerbsbeschränkten und Arbeitsinvaliden. Im Anfang begnügte man sich mit der Unterbringung von Erwerbsbeschränkten. Heute aber sei die Sache anders. Heute seien so viele junge Leute arbeitslos, die nirgends unterkommen. Für diese müsse gesorgt werden. Es müssen die Leute möglichst kurzfristig beschäftigt werden. Der Ausbau sei schwierig, da die Stadt möglichst Rücksicht nehme auf die Geschäftsleute. Gerade aus diesem Grunde stoße die Schaffung einer Gemeinnützigen Arbeitsstelle für Mädchen und Frauen auf Schwierigkeiten.

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Aenderung der Marktgebühren.

Stadtv. **Bürle** (Komm.) ist gegen eine Erhöhung der Marktgebühren. Es sei zu befürchten, daß durch die Erhöhung der Marktgebühren eine weitere Belastung der Konsumenten entstehe.

Stadtv. **Dennig** (D. V.) empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Der Redner wendet sich gegen den Verkauf auswärtigen Brotes auf dem Wochenmarkt. Vor allem müßte dafür gesorgt werden, daß Lebensmittel auf dem Markt in geschlossenen Verkaufsständen untergebracht werden, das sei vom hygienischen Standpunkt aus nötig.

Stadtv. **Keßler** (Dem.) wünscht eine Aenderung der Marktordnung dahin, daß Minderbemittelte von den Gebühren befreit werden.

Stadtv. Frau **Stark** (Soz.) bedauert, daß in Karlsruhe zu wenig Gefrierfleisch verkauft werde. Durch die Erhöhung der Marktgebühren werde das Frischfleisch weiter verteuert. Das sei sehr bedauerlich.

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit angenommen. Ebenso wurden ohne Debatte angenommen zwei Vorlagen über Erwerbung von Straßengelände und Grundstückserwerbungen.

50. Geburtstag von Ministerialrat Dr. Barck.

Heute Mittwoch, den 15. Januar, kann Herr Ministerialrat Dr. Barck, Polizeireferent im Badischen Ministerium des Innern, seinen 50. Geburtstag begehen. Dr. Barck hat sich während seiner Tätigkeit im Badischen Staatsdienst große Verdienste um die Modernisierung des Polizeiwesens, insbesondere die Förderung der fachlichen Ausbildung von Polizei und Gendarmerie erworben

Am 15. Januar 1880 in Danzig geboren, verbrachte er seine Jugendzeit in Karlsruhe. Nach juristischen und volkswirtschaftlichen Studien, trat er im Jahre 1902 in den Badischen Staatsdienst ein, in dem er nunmehr mehr als ein viertel Jahrhundert tätig ist. 1912 wurde er Amtmann, 1917 Oberamtmann und 1920 Regierungsrat im Badischen Ministerium des Innern. Im gleichen Jahre wurde Dr. Barck in das Reichswirtschaftsministerium nach Berlin berufen, um als Oberregierungsrat die Leitung der Polizeiabteilung im Badischen Ministerium des Innern zu übernehmen. Seither hat sich Dr. Barck ausschließlich auf dem Gebiete des Polizeiwesens betätigt und gilt in Fachkreisen als einer der besten Polizeifachleute Deutschlands.

Im Ausland wurde Dr. Barck besonders bekannt durch die Organisierung der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe im Jahre 1925, die vor allem sein Werk war. Die damals von zahlreichen deutschen und außerdeutschen Ländern beschickte erste derartige Ausstellung nach dem Weltkrieg wirkte befruchtend für das gesamte internationale Polizeiwesen und trug Dr. Barck, der kurz darauf auch zum Ministerialrat befördert wurde, Anerkennung aus allen Kreisen ein. Dr. Barck hat öfters über aktuelle polizeiliche Fragen, u. a. auch in der „Badischen Presse" geschrieben. Er erfreut sich nicht nur in Polizeikreisen, sondern weit darüber hinaus, auch in allen Kreisen, die mit ihm in Berührung kamen, infolge seines freundlichen, offenen und entgegenkommenden Wesens großer Beliebtheit. Seine reiche Sachkenntnis ließen ihn auf dem Gebiete der Reform der Polizei (Einheitspolizei) und des Polizeiwesens, bei der Ausgestaltung und Vervollkommnung der Polizeitechnik im weitesten Sinne auf dem Gebiete des Polizeischulwesens nutzbringende Arbeit leisten.

Durch seine kluge Zusammenarbeit mit der Presse hat Dr. Barck wesentlich dazu beigetragen, das Verständnis zu dem schweren Polizeidienst und die Erkenntnis polizeilicher Belange in den weitesten Schichten der Bevölkerung zu wecken. Unter den zahlreichen Gratulanten zum 50. Geburtstag von Ministerialrat Dr. Barck wird die Presse mit an erster Stelle zu finden sein.

Aus Beruf und Familie.

× **40 jähriges Dienstjubiläum.** Am 10. d. M. konnte Herr Reichsbahnamtmann Ludwig Markert beim maschinentechnischen Büro der Reichsbahndirektion Karlsruhe auf eine 40jährige Dienstzeit zurückblicken. Im Beisein der gesamten Kollegenschaft überreichte der Dienstvorstand, Herr Reichsbahnrat Nuß, unter eindrucksvoller Würdigung der treuen Pflichterfüllung und ersprießlichen Dienste des bewährten, tüchtigen Beamten die Glückwunschschreiben des Herrn Reichspräsidenten, des Herrn Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und des Herrn Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Die Angehörigen des maschinentechnischen Büros überreichten eine Blumenspende und eine künstlerisch ausgeführte Glückwunsch-Adresse unter Hervorhebung der besonderen Wertschätzung, die dem verehrten Kollegen und dem schlichten, warmherzigen Menschen allseitig entgegengebracht wird. Es folgte noch eine überaus zahlreich besuchte Nachfeier im „Darmstädter Hof", deren Höhepunkt die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Vereins der Ingenieure der Reichsbahn und der silbernen Nadel des Badischen Baumeisterbundes bildete.

Reichsberufswettkampf der Angestelltenjugend.

Unserer Jugend ist der Kampf, das Ringen um die bessere Leistung Tagesinhalt geworden, vorwiegend auf dem Gebiete des Sportes. Es muß aber auch versucht werden, diesen gesunden Geist des Wetteifers der Berufsarbeit dienstbar zu machen. Wenn auch die körperliche Leistungsfähigkeit für Deutschland eine sehr wichtige Rolle spielt, so ist doch schicksalsentscheidend für seine Stellung im Wirtschaftskampf der Völker die berufliche Leistungsfähigkeit. Darum ruft der Jugendbund im Gewerkschaftsbund der Angestellten die gesamte Angestelltenjugend von Karlsruhe zu einem Berufswettkampf auf, der am Sonntag, 26. Januar, vormittags 11 Uhr in der Handelsschule II, Kriegsstraße, stattfindet. Am gleichen Tage werden in ganz Deutschland zur gleichen Stunde ebenfalls die Berufswettkämpfe durchgeführt. Namhafte Persönlichkeiten, der preußische Handelsminister Dr. Schreiber, sind dem Reichsehrenausschuß beigetreten. Dem örtlichen Ehrenausschuß gehören an: Herr Oberbürgermeister Dr. Finter, Karlsruhe, Herr Minister a. D. Dr. Leers, Herr Ober-Regierungsrat Denninger, Herr Handelsschuldirektor Dr. Kräßig und Herr Handelsschuldirektor Martin. Für die besten Arbeiten sind namhafte Preise gestiftet worden, so u. a. von Herrn Dr. Hugo Eckener, der einen Freiflug im „Zeppelin" stiftete. Die Beteiligung für Lehrlinge, männlichen und weiblichen Geschlechts, ist völlig unverbindlich und kostenlos. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des G.D.A., Kaiserstraße 201, III, zu richten.

Voranzeigen der Veranstalter.

Kaffee Bauer. Auf das heutige Sonderkonzert der verstärkten Hauskapelle sei hingewiesen. Aus dem Programm seien genannt: Bachs Ouverture zu Hamlet, eine Fantasie aus Schwanda der Dudelsackpfeifer und Kapellmeister Doleżels Violinsolo von Tschaikowski und Bazzini. (Siehe die Anzeige.)

Abschied der Duett-Humoristen Gerson-Jeserich im Café-Cabaret Roland. Die beliebten Künstler verabschieden sich heute Mittwoch abend in einer Sonder-Vorstellung vom hiesigen Publikum. Auch das übrige hervorragende Programm nimmt gleichzeitig Abschied, sodaß mit einmal Gelegenheit geboten ist, das Programm der ersten Januarhälfte zu besichtigen.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal.

— **Karlsruhe,** 14. Jan. Der 30 Jahre alte Former Jakob Friedrich Eberle aus Jöhlingen, der vom Schwurgericht Karlsruhe vorige Woche wegen Totschlags zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und der 22 Jahre alte Schneider Josef Singer aus Untergrombach, der wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt wurden, haben ihre Strafe angenommen und auf Revision an das Reichsgericht verzichtet.

§ **Karlsruhe,** 14. Jan. Wegen Betrügereien verurteilte das Amtsgericht am Dienstag den 43 Jahre alten verheirateten Kaufmann Ludwig Förschner aus Karlsruhe zu sechs Wochen Gefängnis unter Anrechnung von einer Woche der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte hatte in der Zeit von 1925 bis 1926 als Reisender der Karlsruher Lebensmittelgroßhandlung Ebersberger & Rees von bei der Kundschaft einkassierten Geldern einen Betrag von rund 3000 Mark zur Deckung von Wechsel an Kunden verwendet. Hieraus entstand im Laufe der Jahre bis Ende 1929 infolge verspäteter Abrechnung ein Fehlbetrag von 13 000 Mark, welcher zwmal nur teilweise von dem Angeklagten gedeckt werden konnte.

Neuregelung der Reparationen und Finanzreform.

Ein Vortrag in der Handelskammer Karlsruhe.

Vor einer großen Zahl prominenter Persönlichkeiten sprach in der Handelskammer der Vorsitzende des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats, Cohen-Reuß, über das aktuelle Thema „Neuregelung der Reparationen und Finanzreform".

Der Redner, der sich hier bereits durch mehrere öffentliche Vorträge in der Handelskammer über Wirtschaftsfragen einen guten Namen gemacht hat, kritisierte zunächst den immer wiederkehrenden Fehler der deutschen Politik, daß sie zu wenig Verständnis beweise für das Problem der kontinentaleuropäischen Zusammenfassung und das Heil immer wieder beim Angelsachsentum suche. Ein enges wirtschaftspolitisches Abkommen mit Frankreich statt der Uebernahme der Kriegsschulden an Amerika — wodurch zwei Drittel der Reparationen an Amerika fielen — hätte selbst bei Uebernahme der vollen französischen Wiederaufbaukosten uns ein Viertel bis ein Drittel der Reparationen ersparen können. Nur durch enges französisch-deutsches Zusammengehen werde Europa den immer stärker werdenden Einflüssen von Uebersee gewachsen sein. Mit der Preisgabe des deutschen Standpunktes in der Frage der Sachleistungen sei weder dem Interesse der deutschen Arbeiter noch der Unternehmer gedient gewesen

Schätzungsweise seien in Deutschland 300 000 Arbeiter für die Sachlieferungen beschäftigt;

dazu kämen noch die zahlreichen Nebenaufträge. Ein besonders schwerer Fehler sei die Desavouierung Schachts durch die deutsche Regierung gewesen, als er die wegen der Rohstoffversorgung hochbedeutsame Kolonialfrage angeschnitten habe.

Gegenüber dem Dawesplan stelle der Youngplan trotz seiner Schwere und vermutlichen Unausführbarkeit das kleinere Uebel dar. 1921 sei der Gegenwartswert der Reparationen auf 90, im Dawesplan auf 46 und jetzt im Youngplan auf 35—46 Milliarden beziffert worden. Glücklicherweise beseitige der Youngplan die Klausel des Wohlstandsindex. Außer den Herabsetzungen der Reparationen habe er auch den Vorteil, daß die Zahlungen endlich einmal begrenzt würden, die deutsche Souveränität wieder einigermaßen hergestellt werde, daß Ablösungsmöglichkeiten und damit Zinsverbilligung möglich seien. Dazu käme die Möglichkeit der Nachlässe durch Amerika, wenn hier auch erhebliche Skepsis angebracht sei. Im Dawesplan sei zwar vorgesehen gewesen, daß Transferierungen nur aus deutschen Ueberschüssen gezahlt werden sollten; da die deutschen Zahlungen aber nur auf Grund von Anleihen hätten erfolgen können, hätte der Transferschutz schon längst eintreten müssen. Aber dieser Transferschutz liege einzig in der Hand des Reparationsagenten, der keinerlei Veranstaltungen getroffen habe, ihn in Wirksamkeit zu setzen, trotzdem dies unbedingt erforderlich gewesen wäre. Auch der Youngplan werde seiner Ansicht nach nicht ausführbar sein und geändert werden müssen. Der Youngplan sehe die Möglichkeit eines Zahlungsaufschubs und damit seiner Ansicht nach auch der Revision vor.

Voraussetzung unserer Erfüllungspolitik sei aber Ordnung in den Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden.

Statt dessen seien bereits Mehrforderungen im Reichshaushaltsetat vorgesehen, die die Ersparnisse des Youngplanes nebst den geplanten Steuererhöhungen im Gesamtausmaße von rund einer Milliarde wieder aufzehrten. An eine Steuersenkung sei daher für 1930/31 nicht zu denken. Eine Reichsfinanzreform sei dringend notwendig. Das Eingreifen des Reichsbankpräsidenten sei zwar berechtigt gewesen, aber denkbar unglücklich im derzeitigen Augenblick, wo alles noch im Fluß sei und in der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, ein Systemwandel eingesetzt zu haben schiene. Der Redner kritisierte in diesem Zusammenhang scharf die Haltung der bürgerlichen Parteien und forderte Gesundung des Parlamentarismus.

Gegenüber 1913 sei heute eine Verdoppelung der öffentlichen Abgaben und eine starke Steigerung der sozialen Lasten eingetreten.

Erst wenn eine Verbilligung der Produktionsmittel eingetreten sei, könne an einen Lohnabbau herangetreten werden. Der Umfang der Sozialpolitik müsse abhängig sein von der Produktivität und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Die Kapitalbildung werde heute auf 6,5 Milliarden jährlich geschätzt; mindestens 8,5 Milliarden seien aber erforderlich, und die fehlenden zwei Milliarden müßten durch Einschränkungen und Ersparnisse aufgebracht werden, sowie durch Umbau der Steuern.

Der Redner empfahl Reduzierung der Parlamente im Reich wie in den Ländern, richtige Staffelung der Einkommensteuer, eine starke Vermögens- oder Erbschaftssteuer, einige wenig erschwerende Verkehrssteuern, höchste Versteuerung des entbehrlichen Konsums, indirekte Steuern auch auf den notwendigen Konsum in niedriger Höhe und eine richtiggestaffelte Umsatzsteuer. Damit würde man auskommen können, und das ergäbe eine einfache und übersichtliche Steuerordnung und würde die heute vielfach übersteigerten Verwaltungskosten um etwa 200 Millionen ermäßigen können. Der Personalinflation müsse durch Abbau überflüssiger Beamten entgegengetreten werden. Auf diese Weise könnte bei den Gemeinden mindestens eine Milliarde erspart werden.

Ueberhaupt sei eine viel schärfere Aufsicht auch über die Gemeindeetats notwendig,

ferner auch eine gewisse Aufsicht über die Länder, die im Reichsrat eine Kontrollstelle über den Reichsetat hätten, der fünfzehnfache Parlamentarismus in Deutschland sei ein fast nicht mehr erträglicher Unfug. Auch die Zahl der Reichstagsabgeordneten müsse herabgesetzt werden. Ob aber der heutige Parteiparlamentarismus in der Lage sei, die Dinge zu ändern, müsse er stark bezweifeln. Das gesamte deutsche Volk müsse helfen. Unser Lebensstandard täusche heute vielfach einen Reichtum (Vergnügungslokale usw.) vor, der mit der Wirklichkeit im krassesten Gegensatz stehe. Hier müsse endlich Wandel geschaffen werden, wenn man nicht am deutschen Volke verzweifeln wolle.

Wir brauchten starke Ausgabenbeschränkung, eine Finanzpolitik, die die Produktion fördere und nicht drossele; und das sei eine Angelegenheit der ganzen Nation. Grund zu verzweifelndem Pessimismus sei nicht gegeben, solange man die Hoffnung nicht aufgeben müsse, daß das ganze Volk gewillt und bestrebt sei, an der Gesundung einträchtig und kräftig mitzuarbeiten. Dieses Ziel müsse gelingen, denn, wie Heine sage, „Deutschland hat ewigen Bestand; es ist ein kerngesundes Land."

An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an, in der der Referent auf eine Reihe von Fragen sachgemäße Auskunft gab.

Für!

Unterfertigte erfüllt hiermit die traurige Pflicht, ihre lb. A.H. A.H. und i. a. B.B. i. a. B.B. von dem am 10. ds. Mts. in Wiesbaden erfolgten Hinscheiden ihres lb. Ehrenphilisters

Professor Otto Schultz

geziemend in Kenntnis zu setzen. (2332)

Karlsruhe, den 14. Januar 1930.

In tiefster Trauer:

Die Techn. Wissenschaftl. Verbindung „Teutonia"

F. d. A.H. Verband: W. Reck, A.H. Präs. — Für die Aktivitas: E. Schroer x.

Todes-Anzeige.

Nach längeren Leiden, jedoch unerwartet, verschied Montag abend 6.45 Uhr, meine liebe, treusorgende Frau, unsere Schwester, Schwägerin und Tante [2278

Frau

Auguste Stock

geb. Groschang.

Karlsruhe, den 14. Januar 1930.
Kapellenstraße 12.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Rich. Stock, Buchbindermeister.

Die Feuerbestattung findet am Donnerstag, den 16. Januar, morgens 9½ Uhr, statt.

Statt Karten.

Meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante, [B504

Frau

Aurelia Schmidt

geb. Knab

ist heute nachmittag nach kurzer, schwerer Krankheit in Frieden heimgegangen.

Karlsruhe, den 14. Januar 1930.
Sofienstraße 77.

Für die trauernden Hinterbliebenen:
Rudolf Schmidt.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt.

STATT KARTEN.

Heute mittag ¾1 Uhr verschied mein über alles geliebter, treuer, guter Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater und Großvater

Josef Krapp

im Alter von nahezu 66 Jahren.

KARLSRUHE, den 14. Januar 1930.

In tiefer Trauer:
Sofie Krapp, geb. Störkel
Susanna Schenck-Krapp
Herbert Schenck-Krapp
Irmgard Schenck-Krapp
und Verwandte.

Trauerfeier: Donnerstag mittag 4 Uhr in der Friedhofkapelle.
Bitte keine Kondolenzbesuche. 2275

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte und unser guter Vater [B515

Otto Brinkmann

Gend.-Wachtmeister a. D.

nach schwerem Leiden am Sonntag abend sanft entschlafen ist.

Karlsruhe, den 14. Jan. 1930.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Jos. Brinkmann geb. Recht, Straßburg i. Els.
Ida Brinkmann, Straßburg i. Els.
Familie W. Sperling, Aken/Elbe.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 15. Jan., nachm. 2 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen sagen wir herzlichen Dank; insbesondere danken wir dem Verein ehem. 114er und bad. Jäger, dem Straßenmeister-Verein und Straßenwärter-Verein für die schöne Kranzspende und das letzte Geleite. [B499

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Hermann Jacob,
Hauptlehrer.

Karlsruhe, den 14. Jan. 1930.

Trauerdrucksachen
werden rasch und preiswert angefertigt in der Druckerei Ferd. Thiergarten (Bad. Presse).

Warnung!
Ich warne hiermit jedermann, meiner Frau Anna Gutknecht, geb. Kugler etwas zu leihen od. zu borgen, da ich für nichts aufkomme. (FB8580
August Gutknecht, Knielingen, Reinmuthstraße 39.

Erfinder-Amateur
wünscht mit berufst. **Partner** bekannt zu werden zwecks gemeinsamer Bearbeitung. Offert. u. F.H.8576 an die Bad. Presse Fil. Hauptpost.

Tiermarkt

Wegen Entbehrlichkeit **1 Schimmelgespann** (Stute u. Wallach) mit oder ohne Geschirr, ebenso 2 Federpritschenwagen gegen bar zu verkaufen. Angeb. unt. C353 an Bad. Presse.

Rehpinscher männlich, 1 J., schön Tierchen, zu verkaufen. Schützenstr. 42, III., r. (FB5610)

Kaufgesuche

Emailherd zu kauf. ges. Ang. unt. M337 an Bad. Presse.

Altertümer Perser-Teppiche, Gemälde u. Juwelen kauft Arnold Fischl, Kaiserstr 140, II Tel 3166

Mod. Kinderportwagen u. Kinderklappstuhl ges. Ang. u. Nr. S2050 a. d. Bad. Pr.

Zu kaufen gesucht von Privat Anzug und **Gehrock-Anzug.** Ang. u. F.H.8532 a. B. Presse Fil. Hauptpost.

Zu verkaufen

Schlafzimmer nußb. 210 M, Bücherschrank, Dipl.-Schreibtisch m. Stuhl, eich., pol. Schrank 40 M, Vertiko 45 M, Deckbett 18 M, Waschkommode 40 M, Nähtisch, eich. 18 M. B501 Meinzer, Sedanstr. 1.

Schlafzimmer nußbaum poliert, beste Ausführung, weißer Marmor, spottbillig. **J. Baader,** Möbelvertrieb, Waldhornstr. 21. Post. (2141)

Schöne Flurgarderob. v. 25 b. 68 M, Trumeau, Vertiko, Waschkomm. wß. m. Spieg. u. Marmor, Schränke wß. u. nußb., el. Chaiselongue 36 M, Schreibtische 25 u. 38 M, 2 sch. Bettl. m. Röst., 1tür. Spiegelschr. b. Schuster Möbelg., Ludwig-Wilhelmstr. 18. (B478

1tür. Spiegelschränke, Bücher-, Eck-, Eis- u. Kleiderschränke, Diplomat und andere Schreibtische, Betten, ältere Teppiche, Mahagoni-Salon, große Spiegel, Herrenzimm. eich., kl. Kassenschrank, Waschkommod. z. vkf. b. Kreis, Wilhelmstr. 56. (FB5617)

Gut erh. Herd u. fast neu, Junker u. Ruh-Gasb. m. Backof. bill. zu verkf. Klauprechtstr. 21, II., rechts. (B463

Zu verkauf. gut erh. **Standuhr** nebst 2 Spiegel. Zu erfrag. u. Nr. N363 in der Bad. Presse.

Steinway-Piano neu, krankheitshalber preisw. zu verkaufen. Kaiser-Allee 107, part. (2271)

Piano schwarz, gut i. Stand, 2 Schreibmaschinen, 1 Registrierkasse, 2 Warenschäfte, weiß, bill. z. vkf. b. Kreis, Wilhelmstr. 56. (FB5618

Erstkl. Grammophon-**Platten** billig zu verkf. (B349 Goethestr. 9, IV., lks.

Parlophon Tischapparat, wie neu, m. 16 erstkl. Platten, preisw. zu verkauf. od. gegen Radio zu vertauschen. Angeb. unt. S343 an Bad. Presse.

Alfr Biedermeier- Garnitur, Sofa, Tisch, 1 Stuhl f. Diele pass., bill. zu verkf. (FB8559 Karlstraße 29, 1 Tr.

Versenkb., elektr. Nähmaschine Junker & Ruh, Gasbackofen 55 Mark. Ang. u. F.H.8588 a. B. Presse Fil. Hauptpost.

2 Viersitzer-Auto in fahrbereitem Zustande, spottbillig abzugeben. (2333) Uhl u. Nagel, Autolackieranstalt, Sommerstraße 30.

Auto - 2-Sitz. (1 Notsitz) in gutem Zustand fahrbereit, zu 400 Mk. **Baader** Waldhornstraße 21. (2277)

D.K.W. 300 ccm m. Licht, i. Auftr. zu verkf. Erwin Natzel, Karlsruhe, Kaiserstr. Nr. 229, Eing. Hirschstr. b. Waffen-Natzel. (FB8572)

Kinderwagen zu verkaufen. (B511) Durlacher Allee 17, II.

Aeußerst billig: 1 Ski-Ausrüstung (Ski, Stöcke, Stiefel, Windjacke u. Mütze), 1 Öl-Kapes, pol. Bett u. Schrank, Federbetten **Piano** Adr. zu erfr. u. Nr. F.H. 8558 i. d. B. Pr.

Maskenkostüme versch. Gr. im Auftrag ganz bill. zu verkf. Kaiserstr. 219, II. 2mal Gut. (B452)

Hochzeits-Gehrock mit Weste, wie neu, Maßarbeit, Ia Tuchstoff, schlanke Figur, 20 M, abzugeben. (FB8575) Herrenstr. 20, 1 Tr. r.

Bess., wenig gebr. **Herren Kleider** Maßarbeit f. jede Größe f. bill. abz. Zähringerst. 53a, II

Feiner Hochzeitsanzug wie neu, f. mittl. Gr. schlanke Fig., Anschaff. 150 M, ist für 55 M zu verkaufen. Zu erfragen unter N342 in der Badischen Presse.

2 Herren-Mäntel Maßarb., davon einer kaum getr., sind billig abzugeben. (B485 Kaiserstr. 128, 3. St.

Mehrere Waggons **Eichen-Brennholz** auf Ofenlänge geschnitten, sowie mehrere Waggons **Buchen-Brennholz** ganz trocken, billigst abzugeben. Angebote unter Nr. O4519 an die Badische Presse.

Südwestdeutsche Jndustrie- und Wirtschafts-Zeitung

Nur 20 Prozent Favag-Masse?

Frankfurt, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Die Quote, die sich aus der in der Gläubigerversammlung entgegenzunehmenden Vermögensübersicht vom 31. Dezember 1929 ergibt, errechnet sich auf kaum noch 20 Prozent, wobei allerdings noch zu berücksichtigen ist, daß der Kaufpreis der Allianz als das Schlüsselmoment für die ganze Bewertung der Favag-Masse noch nicht feststeht. Das besondere Augenmerk der Oeffentlichkeit liegt auf der Höhe der von einem Schiedsgericht festzustellenden Kaufsumme. Hier sollen die Erwartungen nicht mehr allzuhoch gestellt werden können. Man sagt uns, die Allianz weigere sich geradezu, heute noch irgend etwas oder wenigstens eine nennenswerte Summe zu zahlen, da sie sehr hohe Gegenforderungen aus dem Posten Schadensreserve usw. stelle. Die von der Frankfurter Allgemeinen Versicherung A.-G. erstrebten Gutachten über den Wert des Kaufpreises, den die Allianz zu bezahlen hätte, streifen aber die Höchstgrenze von 70 Mill. RM. In die direkten schiedsgerichtlichen Verhandlungen ist man bisher noch nicht eingetreten, doch sind die Vorverhandlungen in gewisser Beziehung schon stark gefördert worden. Sollte das Ergebnis des Schiedsgerichts für die Favag-Masse noch einigermaßen zufriedenstellend ausfallen, was naturgemäß noch nicht übersehen werden kann, so wird die endgültige Quote für die Gläubiger der Favag immer noch sehr enttäuschend sein.

Offizielle Darstellung der I.R.G.-Verhandlungen

Düsseldorf, 14. Jan. (Eigenbericht.)

Von beteiligter Seite wird über die Brüsseler Verhandlungen zur Verlängerung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft folgende Verlautbarung herausgegeben:

Am Montag fanden in Brüssel Besprechungen der Vertreter der verschiedenen Ländergruppen in kleinem Kreise statt, um sich über die Frage der Bildung von Verkaufsverbänden für die hauptsächlichsten Walzwerkserzeugnisse zu orientieren. Man glaubt nunmehr die Grundlage gefunden zu haben, um die Zusammenschlußarbeiten zunächst für ein Provisorium von sechs Monaten zu Ende bringen zu können. Ueber die Frage, wie die Verkäufe behandelt werden sollen, wird in den nächsten Tagen schon eine kleine Kommission zu beraten haben, um einheitliche Richtlinien aufzustellen, sodaß man hofft, zu Anfang des nächsten Monats nach diesen Richtlinien arbeiten zu können. Den Maßstab für die Beteiligung an dem Ausfuhrgeschäft hat man durch Ermittelung des Exports der einzelnen Ländergruppen in einem längeren Zeitraum gefunden. Gewisse Verschiebungen nach unten oder oben treten ein, je nachdem der Inlandsabsatz der einzelnen Ländergruppen sich hebt oder senkt. Für den Februar werden wahrscheinlich dieselben Produktionsregeln zu beachten sein wie für den Januar, nämlich 10 Prozent Einschränkung der Oktobererzeugung.

Die schwierigen Kunstseideverhandlungen.

Berlin, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Die internationalen Konventionsverhandlungen in der Kunstseidenindustrie haben, wie die „Voss. Ztg." erfährt, noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Besprechungen kämen nur langsam vorwärts, sogar langsamer, als man es zunächst in maßgebenden Kreisen der Industrie erwartet habe. Einer schnellen Verständigung ständen die noch ungeklärten Verhältnisse in Italien entgegen, wo die Fusionsverhandlungen zwischen den beiden großen Gruppen Snia Viscosa und Sote de Chatillon infolge deren Forderungen für den stärkeren Partner immer wieder auf größere Hindernisse stoße. Dazu komme, daß auch die Entscheidung über die Snia Viscosa nicht einfach zu treffen sei, da bei dieser Gesellschaft die Interessen verschiedener Gruppen vertreten seien, die nicht immer in der gleichen Richtung verliefen. Andererseits bereite die Zurückhaltung der französischen Industrie, bei der bisher eher verstärkte Expansionslust zu beobachten war als die Absicht auf ein Eingehen fester Bindungen, Schwierigkeiten. Erst dieser Tage sei die Meldung eingetroffen, daß auf Grund eines neuen Herstellungsverfahrens für Viskoseseide der Bau einiger weiterer Fabriken in Frankreich geplant sei.

London zur Diskontsenkung. — Wieder ein Zusammenbruch

London, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Die Reduktion der deutschen Bankrate wurde in Londoner Bankkreisen erwartet, aber trotzdem als weiteres Wegzeichen für die Diskontpolitik der Bank von England bewillkommnet. Die Reichsmark lag hier zunächst gedrückt, erholte sich später aber wieder.

In der City sind am Dienstag große Fehlspekulationen einer neuen Gruppe von Unternehmungen bekannt geworden, die im Zusammenhang mit den Millionenverlusten von Hatry und Horne außerordentlich beunruhigt haben. Es handelte sich bei der neuen Enthüllung um eine Reihe von Gesellschaften, an denen der Liverpooler Millionär M. E. Harman interessiert ist.

*

Frankfurt, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Das Mitglied des Verwaltungsrats der J.-G. Farbenindustrie A.-G. Dr. h. c. Theodor Plieninger in Frankfurt ist am Dienstag morgen an den Folgen eines am Montag erlittenen Schlaganfalls verstorben. Damit verliert die J.-G. Farbenindustrie A.-G. eines ihrer prominentesten und aktivsten Verwaltungsratsmitglieder.

Die oGV. der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. genehmigte ohne Erörterung die vorgelegte Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung und mit wieder 8 Prozent Dividende für 1928/29. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Bankier Max Ladenburg an Stelle seines verstorbenen Vaters und Geheimrat Dr. Fritz Haber-Berlin. Für den soeben verstorbenen Dr. h. c. Plieninger-Frankfurt (J.-G. Farben) wurde naturgemäß noch keine Ersatzwahl vorgenommen.

Heilbronn, 14. Januar. (Eigenbericht.)

In der Handels- und Gewerbebank Heilbronn waren bisher die Direktion der Disconto-Gesellschaft Berlin und die Südd. Discontogesellschaft beteiligt. Durch die Fusion der beiden Banken mit der Deutschen Bank, die selbst eine Niederlassung in Heilbronn besitzt, war ein bei der Eingehung der Beteiligung nicht in Aussicht genommenen Zustand hervorgerufen, der die vorgesehene Selbstständigkeit der Handels- und Gewerbebank in ihren Geschäftsbetrieb nicht mehr als durchführbar erscheinen ließ. Die Handels- und Gewerbebank hat sich mit der jetzigen De-Di-Bank über die Lösung der festen Bindung verständigt, es wird aber ein freier freundschaftlicher Verkehr bestehen bleiben. Das Aktienpaket ist zum Teil auf den württembergischen Staat, der zur Handels- und Gewerbebank schon bisher gute Beziehungen hatte, übergegangen. Der württ. Staat übernimmt ferner eine Kapitalserhöhung von 500 000 RM., welche eine aoGV. der Handels- und Gewerbebank beschließen soll. Auch zu der Reichskreditgesellschaft in Berlin hat die Handels- und Gewerbebank die bisher schon gepflegten freundschaftlichen Beziehungen noch enger gestaltet. Ein Teil der freigewordenen Aktien geht auf andere Geschäftsfreunde über. Durch die neue Gestaltung werde die Selbstständigkeit der Bank auf Dauer gesichert.

München, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Die Landshuter Bank Otto Mang, Martin Krämer u. Co., Komm.-Ges. in Landshut, teilt uns mit, daß die angesichts der Verhältnisse, die durch übermäßige Abhebungen veranlaßt wurden, vorübergehend ihre Zahlungen eingestellt habe und um ein Moratorium mit anschließendem Vergleichsverfahren einkommen wird.

Kassel, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Ueber die Holzhandlung Arthur Rosenheimer in Kassel ist am 11. Januar das Vergleichsverfahren zur Vermeidung des Konkurses eröffnet worden.

Köln, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Wie wir erfahren, ist bei der Rhein. Preßhefe- und Spritwerke A.-G. in Monheim am Rhein (AK. 2 Mill. RM.) für 1929 wieder mit einem Verlustabschluß zu rechnen, sodaß eine Dividende nicht in Frage kommt (i. V. Verlust 11 424 RM., um den sich der Verlustvortrag aus 1927 auf 716 068 RM. erhöhte).

Berlin, 14 Jan. (Eigenbericht.)

Die Ver. Brauereien A.-G. in Meiningen werden wieder 15 Prozent Dividende für 1928/29 verteilen. GV. am 10. Februar.

Gläubigerversammlung der Badischen Tabakbau- und Verwertungs A.-G., Kehl. In dem Konkurs der Badischen Tabakbau- und Verwertungs-A.-G. fand Montag vormittag vor dem Amtsgericht Kehl eine Gläubigerversammlung statt, zu der sich etwa 25 Gläubiger bezw. deren Vertreter eingefunden hatten. Die Einberufung der Versammlung war deshalb notwendig, weil Gerüchte im Umlauf waren, als ob die Konkursverwaltung nicht mit dem nötigen Nachdruck gegen Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft vorginge. Der Konkursverwalter erstattete Bericht über die bisher erfolgten Kasseneingänge und Auszahlungen, weiter über den ganzen Status, soweit er sich übersehen läßt. Rechtsanwalt Oppenheimer-Karlsruhe gab über die bereits schwebenden Prozesse soweit er es für tunlich hielt — klaren Aufschluß. Dem Regreßprozeß gegen Vorstand und Aufsichtsrat wurde einstimmig zugestimmt. Die Abhaltung eines neuen Prüfungstermins hat sich als notwendig herausgestellt.

Eröffnete Konkurse. Kaiserslautern: Max Keim, Lederhändler und Schäftemacher in Kaiserslautern, zugl. Alleininh. der nicht eing. Fa. Max Keim, Lederhandlung und Schäftemacherei, Kaiserslautern. — Ludwigshafen: 1. Fa. Emil Ullschmid, Fenster- und Türenfabrik, 2. Holzwarenfabrikant Ludwig Ullschmid in Ludwigshafen. — Mannheim: Off. Hand.-Ges. Karl Wolf & Co., Mannheim, Kraftfahrzeugvertretungen, und deren Gesellschafter 1. Karl Wolf, Kfm., 2. Franz Mayer-Gidion, Ing., 3. Johannes Eulner, Schlossermeister, alle in Mannheim (nach Einstellung des Vergleichsverfahrens.) — Pforzheim: Rosa Bauer, verehel. Goll in Newyork, Inh. eines Kurz-, Weiß- und Wollwarengeschäfts in Pforzheim. — Pforzheim: Frau Therese Plopart, geb. Pulgventos, Fruchtehandlung-Pforzheim. — Pforzheim: Kaufmann Moses Guder, Inh. eines Kleidergeschäfts, Pforzheim. — Rastatt: 1. Fa. Hermann Kallinich Zigarrenfabrik, Rastatt. 2. Fa Balata, Tabakfabrik Carl Fr. Bucherer, Inh. Hermann Kallinich in Rastatt. — Stockach: Fa. Arthur Behle, Drahtbürstenfabrik in Stockach.

Eröffnete Vergleichsverfahren. Baden-Baden: Schneidermeister August Roth, Baden-Baden. — Baden-Baden: Schmidt & Co., Bankkommandite in Baden-Baden. — Freiburg: Hans Rempel, Architekt, Bauunternehmung für Holz-, Tief- und Betonbau, Zimmereibetrieb in Freiburg i. Br. — Karlsruhe: Fa. Billing & Zoller A.-G. für Bau- und Kunstschlosserei-Karlsruhe. — Singen: Uhrmacher Karl Lang, Gold- und Silberwarengeschäft in Singen a. H.

Amerikanischer Konjunkturindex.

Die in den vergangenen Monaten beträchtlich erweiterte Kreditgewährung der amerikanischen Federal Reserve Banken hat seit Jahresbeginn einen starken Rückgang aufzuweisen. Der Bestand der 12 Banken an diskontierten Wechseln sowie angekauften Bankakzepten und Staatspapieren, der sich in den letzten 5 Monaten des abgelaufenen Jahres von 1 300,9 Mill. Dollar auf 1 602.7 Mill. erhöht hatte, ist auch dem ersten Wochenausweis des neuen Jahres um 67.5 Mill. Dollar und in der zweiten Januar-Woche weiter um 168.6 Mill. auf 1 371.6 Mill. Dollar zurückgegangen. Besonders empfindlich haben sich trotz der Herabsetzungen der Rediskontrate die Rediskontierungen bei den Bundesreservebanken verringert. Sie beliefen sich in der letzten Woche nur noch auf 567.6 Mill. Dollar gegen 632,4 Mill. in

	Woche endend am			
	14. 1. 28	18. 1. 29	5. 1. 30	12. 1. 30
Tägliches Geld pCt.	4.20	6.60	5.80	4.25
Aktienumsatz. 1000 Stück	13 909	23 786	13.431	11 917
Industrieaktien-Index. pCt.	120.8	172.5	142.1	142.6
Eisenbahnaktien-Index ptC.	134.5	148.9	136.6	137.5
7% deutsche Anleihen ptC.	100.7	100.6	95.6	95.7
6½% deutsche Anleihen. ptC.	96.9	96.0	91.1	91.3
Maklerdarlehen. Mill. $	3 820	5 313	3.424	3 352
Wagengestellung 1000 Stück	907	668	842	638
Oelgewinnung arbtstgl. 1000 Faß	2 373	2 591	2.607	2 652
Reichsmark-Kurs. $ für 100 ℳ	23.820	23.770	23.863	23.890
Sterling-Kurs. $ für Pfund	4.8778	4.8503	4.8759	4.8700
Goldbestand Fed.Res.Banken. Mill. $	2 808	2 631	2.857	2 929
Notenumlauf Fed.Res.Bank.. Mill. $	1 680	1 745	1.910	1 837
Kaufkraft d. Dollars. 1913 = 100	69.5	68.2	70.2	71.1
Kupferpreis. elektr. loko. Cts/lb	14.08	16.75	18.00	18.00
Bleipreis loko. Cts/lb	6.50	6.65	6.25	6.25
Zinkpreis. East St. Louis. Cts/lb	5.65	6.33	5.45	5.25
Weizenpreis Rotwinter Cts/bush	150.9	153.5	144.1	138.8
Baumwollpreis. loko. Cts/lb.	19.70	20.[illegible]5	17.30	17.35
Gummipreis. First later Cts/lb.	40.38	19.88	16.12	14.75

der Vorwoche, 762.8 Mill. Ende Dezember 1929 und 1064,1 Mill. Anfang August 1929. Die um fast die Hälfte reduzierten Rediskontierungen zeigen, daß der Rediskontkredit in Amerika den gegenwärtigen Konjunkturverhältnissen entsprechend zu teuer ist, und lassen die Aussichten auf eine neue Rediskontermäßigung in Newyork in günstigem Lichte erscheinen, zumal eine solche Maßnahme auch angesichts der anhaltenden internationalen Geldentspannung zu begrüßen wäre. Sie würde besonders in Berlin, London und Amsterdam den Entschluß zu einer Diskontsenkung wesentlich erleichtern.

Trotz der verringerten Kreditgewährung der Bundesreservebanken hat die Verflüssigung am Newyorker Geldmarkte weiter Fortschritte gemacht. Der Zinssatz für tägliches Geld, der zum Jahreswechsel vorübergehend mit 6 Prozent genannt wurde, konnte bis auf 4 Prozent herabgedrückt werden und stellte sich im Durchschnitt in der letzten Woche auf 4,25 Prozent gegen 5,8 Prozent in der Vorwoche und 6,6 Prozent in der gleichen Woche des Vorjahres. Zu dieser raschen Geldentspannung dürfte der aus großen Zins- und Dividendenzahlungen herrührende Geldüberfluß wesentlich beigetragen haben, der erfahrungsgemäß, bevor er langfristigen Investitionszwecken zugeführt wird, am Geldmarkte vorübergehende Betätigung zu suchen pflegt. Daß sich die Anlage dieser Gelder in Wertpapieren diesmal nicht so schnell vollziehen wird als sonst, kann angesichts der Unsicherheit bezüglich der Entwicklung am Aktienmarkte als sicher angenommen werden. Nicht zuletzt wird die Geldmarkterleichterung in Newyork auch auf den beträchtlichen Zufluß europäischer Gelder zurückzuführen sein. Diese Geldzuflüsse spiegeln sich in der Abschwächung der europäischen Devisenkurse und insbesondere des englischen Pfundes gegenüber dem Dollar sowie in der Tatsache, daß die Newyorker Maklerdarlehen, soweit sie von den dem Bundesreservesystem nicht angehörenden privaten Geldgebern zur Verfügung gestellt sind, in der verflossenen Woche zum ersten Male seit dem Börsenkrach eine Zunahme aufzuweisen hatten. Unter diesen Darlehen sind bekanntlich auch die vom Auslande gewährten Börsenkredite verbucht.

Die Newyorker Börsenentwicklung stand auch in der vergangenen Woche wieder im Zeichen einer auffallenden Teilnahmslosigkeit. Die Aktienkurse, die nur geringen Schwankungen unterworfen waren, weisen im Vergleich zu der Vorwoche eine allerdings kaum nennenswerte Befestigung auf. Die Aktienumsätze sind im Tagesdurchschnitt an der Stock Exchange und an der Curb-Börse weiter auf 2,6 Mill. Stück zurückgegangen gegen 3,8 Mill. in der Vorwoche und 13 Mill. Aktien in der Rekordwoche vom Ende Oktober vorigen Jahres. Dagegen macht sich neuerdings nach längerer Unterbrechung wieder einiges Interesse für ausländische Börsen bemerkbar. So sind beispielsweise an der Berliner Börse gegen Ende der vergangenen Woche größere Käufe für amerikanische Rechnung besonders in Elektro-Aktien beobachtet worden, die in Amerika seit der Vertiefung der Beziehungen zwischen dem General Electric-Konzern und dem AEG.-Konzern (Beteiligungen an der AEG., an Osram und an dem neuen Schwachstrom-Konzern) lebhaftem Interesse begegnen.

Kälte G. m. b. H. Mannheim.

Eine Gemeinschaftsgründung südwestdeutscher Eis- und Kühlwerke.

Am 4. Januar wurde mit dem Sitz in Mannheim eine Kälte G. m. b. H. mit 21 000 RM. Stammkapital gegründet, die die Förderung und Organisation des Absatzes von Trockeneis sowie anderer Kühlmittel, die Beteiligung an Errichtung von Studiengesellschaften und Betriebsgesellschaften zum Zwecke hat. Gründer sind die Eis- und Kühlwerke G. m. b. H., Baden-Baden, die Eiswerke Günther Komm.-Ges. Freiburg i. Br., die Kristalleiswerke Freiburg i. Br., die Gebr. Bender A.G. Mannheim, die Pfälzische Eiswerke Gebr. Kleinböhl Komm.-Ges. Ludwigshafen a. Rh., die Eiswerke Berner, Komm.-Ges. in Stuttgart, die Kristalleiswerke G. m. b. H., Konstanz.

Frankfurter Abendbörse.

Sehr fest

Frankfurt, 14. Jan. (Drahtbericht.) Die heutige Abendbörse eröffnete auf allen Märkten ausgesprochen fest. Das Kommuniqué der Reichsregierung gab der Börse die feste Zuversicht über den endgültigen Abschluß der Haager Konferenz. Die festen Auslandskurse sowie weitere Publikumskäufe aus dem In- und Ausland namentlich auch am Kassamarkt stützten die Festigkeit der Börse. Der Farbenmarkt eröffnete gegen den festen Mittagsschluß 3.75 Prozent fester. Am Elektromarkt waren die Kursbesserungen teilweise noch höher. Ausgesprochen fest lag auch der Kalimarkt. Montanwerte waren unter Führung von Rheinstahl bis zu 2 Prozent gebessert. Auch Bankaktien konnten ihre Aufwärtsbewegung fortsetzen, allerdings nicht in größerem Rahmen. Stärker gebessert lag auch der Zellstoffmarkt. Am Kunstseidemarkt lagen Aku 3, Bemberg bis 9 Prozent befestigt. Auch Schiffahrtswerte zeigten sich 1 bis 1.75 fester. Der Rentenmarkt lag ebenfalls freundlicher. Im Verlauf blieb die Stimmung der Börse weiter fest. Das Geschäft gestaltete sich ziemlich lebhaft bei größeren Umsätzen. Man hörte an der Nachbörse: Farben 186.5, Siemens 308, Schuckert 197 und Rheinstahl 120.

Anleihen: Altbesitz 50.12, Neubesitz 8.50, 4 Prozent Dt. Schutzgebiete 3.40.

Bankaktien: Allg. Dt. Creditanst. 122.5, Barmer Bankverein 123.5, Bay. Hyp. u. Wechselbank 147.5, Commerz- u. Privatbank 161, Darmst. u. Nationalbank 244, Deutsche Bank u. Discontogesellschaft 153, Dresdner Bank 151.5, Reichsbank 297.

Bergwerksaktien: Buderus 70, Gelsenkirchen 142.75, Harpener 145, Ilse Berg 239, Kali Aschersleben 208, Westeregeln 218, Klöcknerwerke 105, Mannesmannröhren 107.75, Mansfelder Bergbau 111, Phönix Bergbau 107, Rhein. Braunkohlen 255.5, Rhein-Stahl 120, Ver. Königs- u. Laurahütte 55, Ver. Stahlwerke 106.25.

Transportwerte: Hamb. Amerik. Paketf. 107, Nordd. Lloyd 107.5.

Industrieaktien: AEG. Stammaktien 176.87, Bergmann Elektr. 220, Zement Heidelberg 121, Conti Hannover 149, Daimler Motor 46, Dt. Erdöl 107.87, Dt. Gold Scheideanstalt 155.5, Dt. Linoleumwerke 258, Elektr. Licht u. Kraft 171.5, Elektr. Lief. Ges. 171.75, Eßlinger Masch. 32.25, J.-G. Farben 186.5, Felten u. Guilleaume 125, Frankf. Maschinen 51, Gesfürel 169, Goldschmidt Th. 71.5, Holzmann 96, Junghans Gebr. 47.5, Lahmeyer 172, Lech Augsburg 105.5, Metallgesellsch. 125, Miag 132.12, Rütgerswerke 79.5, Schuckert El. Nürnb. 197.5, Siemens u. Halske 308, Südd. Zuckerf. 156, Thür. Lief. Gotha 106.5, Wanß u. Freytag 88, Zellst. Aschaffenburg 155.25, Zellstoff Waldhof 205.5.

Pariser Börse

Paris, 14. Januar (Drahtbericht). Schlußkurse

	13. 1.	14. 1.		13. 1.	14. 1.		13. 1.	14. 1.
4 Rte. 1918	99.95	99.70	Thoms.-Hst	1217	1235	Rio Tinto	5860	5825
5 Rte. 20 am	136.25	135.55	Courrières	1778	1795	Soc.Gen.Als	1425	1425
B'que de Fr.	254.00	255.95	Lens	1500	152?	Force Motr. H.-Rhin	1370	1375
Union Paris	2240	2250	Penarroya	1138	1140	Dollfus-M.	11150	11450
Créd. Comm	1660	1664	Kuhlmann	1215	1215	Schn Creus.	2100	2115
Crédit Lyon.	3340	3335	Air Liquide	2140	2160	Soie Artif.	9350	9600
Suez	208.25	20?.00	Citroen B	1198	1185	Gr. Moul. d. Paris	190	186
Distr. d'El.	3155	3135	Peugeot	795	814			
El. Cie. Gén.	3740	3710	Wag. Lits	668	674			

Warenmarkt.

Inland.

Stuttgart, 14. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Häuteauktion. Für das württembergische Gefälle wurden folgende Preise erzielt (in Pfennigen): Kuhhäute: rote ohne Kopf, rein und beschädigt, 30—49 Pfund 70—71, 50—59 Pfund 79—81, 60—79 Pfund 76—81, 80 bis 100 und mehr Pfund 73.50—76. — Ochsenhäute: rote ohne Kopf, rein und beschädigt, bis 29 Pfund 78, 30—49 Pfund 69, 50—59 Pfund 75, 60 bis 79 Pfund 76—82, 80—99 Pfund 72—75, 100 und mehr Pfund 74.25 bis 78. — Rinderhäute: rote, ohne Kopf, rein und beschädigt, bis 29 Pfund 87.25, 30—49 Pfund 83—85, 50—59 Pfund 83—86.75, 60 bis 79 Pfund 80—84, 80 und mehr Pfund 75. — Bullenhäute: rote, ohne Kopf, rein und beschädigt, bis 29 Pfund 82, 30—49 Pfund 69.50 bis 71, 50—59 Pfund 72—74, 60—79 Pfund 56—58, 80—99 Pfund 52—54, 100 und mehr Pfund 43—45, Schußhäute 55. Angebot: 15 135 Stück Großviehhäute. — Kalbfelle: rote, ohne Kopf rein und beschädigt bis 9 Pfund 146—156, 9.1—15 Pfund 127—131.25, 15.1—20.1 und mehr Pfund 110.25, Schußkalbfelle 96. Angebot: 21 748 Stück Kalbfelle. — Fresserfelle: rote, ohne Kopf, rein und beschädigt, bis 20 und mehr Pfund 80.25, Schußfresser 45. — Schaffelle: rote, ohne Kopf, rein und beschädigt, halbwollig 62, Blößen 52, Schuß 45. Angebot: 1612 Stück Schaffelle. — Tendenz: Ruhig aber fest bei stabilen Preisen. Besuch normal. Kalbfelle bis 9 Pfund ca. 3—4 Prozent höher, schwere etwas über letzte Preise, Großviehhäute durchschnittlich letzte Preise. Nächste Auktion in Stuttgart am 12. Februar.

Stuttgart, 14. Jan. (Drahtbericht.) Viehmarkt. Zufuhr: 60 Ochsen, 35 Bullen, 410 Jungbullen, 278 Kühe, 400 Färsen, 1341 Kälber, 7 Schafe, 1761 Schweine. Verlauf: Großvieh und Kälber langsam. Schweine ruhig. Preise je 50 Kilogramm Lebendgewicht: Ochsen 45—54, Bullen 43—51, Kühe 77—42, Färsen 42—55, Kälber 55—82, Schweine 78—86, Sauen 65—75.

Wesermünde, 13. Jan. Seefisch-Versteigerung. Es wurden in Pfennigen je Pfund folgende Großhandels-Einkaufspreise für Fische mit Kopf erzielt: Nordsee: Kablian Größe I 44½—53½, Kablian Größe II 35—45, Kablian Größe III 20—23, Schellfisch Größe II 72 bis 75, Schellfisch Größe III 59¾—65, Schellfisch Größe V 25—36, Wittlinge 26—31, Steinbutt Größe I 140, Steinbutt Größe II 170—209, Steinbutt Größe III 129—142, Tarbutt Größe I 140, Tarbutt Größe II 122, Tarbutt Größe III 89. — Ostsee: Kablian Größe I 18½—19¾, Kablian Größe II 17½—19, Kablian Größe III 18¼—23¼, Schollen Größe I 45 bis 45¼, Schollen Größe II 44—46¾, Schollen Größe III 53—55, Seezunge Größe I 206—211, Steinbutt Größe I 197, Steinbutt Größe II 161—176. — Island: Kablian Größe I 25¼—35, Kablian Größe II 16½—25, Schellfisch Größe I 48—60, Schellfisch Größe II 48—65½, Schellfisch Größe III 40¾—43¼, Seelachs 13¼—18¼, Lengfisch 15—23¼, Rotbarsch (Goldbarsch) 13½—18¼, Schollen Größe I 50—54, Schollen Größe II 49—51, Schollen Größe III 47¼—52, Rotzunge Größe I 63 bis 75, Rotzunge Größe II 46—55, Rotzunge Größe III 26½—34. — Barentssee: Kablian Größe I 18½—24, Kablian Größe II 18—20, Schellfisch Größe I 19¾—24¼, Schellfisch Größe II 20—27¼.

Ausland

Rotterdam, 14. Jan. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) Weizen (in Hfl. v. 100 Kilo) Januar 10.57½ (10.75), März 10.85 (11.02½), Mai 11.07½ (11.22½), Juli 11.30 (11.42½). Mais: (in Hfl. v. Last 2000 Kilo): Januar 133½ (134½), März 143¾ (143½), Mai 146½ (147¾), Juli 147¼ (148½).

Liverpool, 14. Jan. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) Weizen (100 lb.) Tendenz fest (ruhig), März 9/3¾ (9/3¾), Mai 9/6¾ (9/6¼), Juli 9/7¾ (9/7⅝). Mais: Tendenz ruhig. cif Plate (480 lb.) per Januar-Februar —.— (27), Februar 27 (27/3).

Berlin, 14. Jan. Metallnotierungen für je 100 Kg. Elektrolytkupfer prompt cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam (Notierung der Vereinigung f. d. Dt. Elektrolytkupfernotiz) 170.50 RM. **Notierungen der Kommission des Berliner Metallbörsenvorstandes** (die Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für prompte Lieferung und Bezahlung.) Originalhüttenaluminium, 98 bis 99 Prozent in Blöcken 190 RM., desgl. in Walz- oder Drahtbarren 99 Prozent 194 RM., Reinnickel 98 bis 99 Prozent 350 RM., Antimon-Regulus 59—63 RM., Feinsilber (1 Kg. fein) 63.50—65.50 RM. Mehl (280 lb.) Liverpool Straight 38½—39½ (38¼—39½). London: Weizenmehl 35—41 (35—41). Preise in shilling und pence.

Chicago, 14. Jan. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) Weizen: Tendenz fest (willig): März 125¾ (125½—125¼), Mai 126⅝—126¾ (128⅞—129⅛), Juli 131⅛—131¼ (130⅝ bis 130½.) — Mais: Tendenz kaum stetig (stetig): März 92¼ (93), Mai 95⅝ (95¾), Juli 97⅜ (97⅝). — Hafer: Tendenz stetig (kaum stetig): März 47½ (47½), Mai 48⅞ (48⅝), Juli 47⅞ (47⅝). — Roggen: Tendenz stetig (kaum stetig): März 102—102⅛ (102⅛), Mai 99½ (99¼), Juli 97¼ (96⅞). (Alles in Cents je Bushel.)

Winnipeg, 14 Jan. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) Weizen: Tendenz stetig (willig). Mai 137⅞ (137⅛), Juli 139⅜ (138⅞), Oktober 135⅝ (134½). Hafer: Mai 62⅛ (61⅝), Juli 62⅜ (61⅞), Oktober 57⅞ (57⅜). Roggen: Mai 95⅝ (93½), Juli 97½ (95¾). Gerste: Mai 65¼ (64½), Juli 67⅜ (66¾). Leinsaat: Mai 260¼ (260¼), Juli 261 (261). Manitoba-Weizen: Loco Northern I 131⅞ (131⅛), II 129 (128¼), III 124⅜ (123⅞).

Buenos Aires, 14. Jan. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. (Vortagskurse in Klammern.) Weizen: Februar 10.80 (10.80), März 10.95 (10.95). Mais: Januar 6.55 (6.50), Mai 6.50 (6.45). Hafer: Februar 5.85 (5.35). Leinsaat: Tendenz kaum stetig (willig). Januar 18.85 (18.95), Februar 18.85 (18.95), März 18.90 (19).

Rosario. 14. Jan. (Funkspruch.) Getreide-Schlußkurse. Vortagskurse in Klammern.) Februar 10.90 (10.85). Mais: Januar 6.30 (6.25), Leinsaat Februar 18.90 (18.95). Wetter: allgemein schön. In Papierpeso, per 100 Kilo.

Chicago, 14. Jan. (Funkspruch.) Fette. Schluß. (Vortagskurse in Klammern.) Schmalz: Tendenz fest (stetig): Januar 10.47½ (10.25), März 10.62½ (10.42½), Mai 10.80 (10.60). — Speck loco 12.00 (12.00), Schmalz loco 10.45 (10.25). — Leichte Schweine niedrigster Preis 965 (940), leichte Schweine höchster Preis 1000 (975), schwere Schweine niedrigster Preis 925 (900), schwere Schweine höchster Preis 980 (950), Schweinezufuhr in Chicago 27 000 (80 000), Schweinezufuhr im Westen 92 000 (164 000).

Newyork, 14. Jan. (Funkspruch.) Fette. Schluß. (Vortagskurse in Klammern.) Schmalz prima Western loco 11.20 (11.00), Schmalz middle Western 11.05—11.15 (10.85—10.95), Talg, spezial extra 7⅝ (7⅝), Talg, extra lose 7⅛ (7⅜), Talg, in Tierces 7⅛ (7⅜).

London, 14. Jan. (Drahtbericht.) Metalle. Schluß. Kupfer: Tendenz stetig. Standard p. Kasse 71⅞—72, 3 Monate 69½—⅝, Settl. Preis 72, Elektrolyt 83¼—¾, best selected 77—78¼, Elektrowirebars 83¾. Zinn: Tendenz stetig. Standard p. Kasse 174⅝—⅝, 3 Monate 177⅞—⅞, Settl. Preis 174½, Banka 183, Straits 176¼. Blei: Tendenz ruhig, ausländ. prompt 21⅞, entft. Sichten 21¼, Settl. Preis 21⅝, Zink: Tendenz willig, gewöhnl. prompt 19¾, entft. Sichten 19⅞, Settl. Preis 19¼. Antimon Regulus: chines. per 27, Quecksilber 23⅛—¼, Wolframerz 34—36½, Kupfersulphat 27—½.

Süddeutscher Eisenmarkt.

Im allgemeinen hielt auf dem Markt die saisonmäßige Ruhe an, sie schien sogar noch stärker, als man sie sonst gewöhnt war, weil noch verschiedene andere Momente mitsprechen. Wenn auch nicht verkannt werden kann, daß die Wiedererneuerung der Eisenverbände eine gewisse Beruhigung am Markte ausgelöst hat, so stehen aber einer Belebung des Geschäfts noch andere Faktoren hindernd im Wege. Zunächst die ungünstigen Verbrauchsverhältnisse und nicht zuletzt die schwierige Beurteilung der Geschäftsaussichten, sowie die schlechte Geldmarktlage. Bei den süddeutschen Gießereien blieb der Geschäftsgang sehr ruhig; nur ganz vereinzelt wird voll gearbeitet, die meisten Gießereien befinden sich vielmehr nur in Teilbetrieb, weil es die Verhältnisse nicht gestatten, allzu viel auf Lager zu arbeiten. Infolgedessen blieb der Roheisenverbrauch klein und die Gießereien konnten sich mit beschränkten Mengen im Einkauf behelfen, sofern sie nicht sogar mit ihren Lagervorräten auskommen konnten. Zu beschleunigten Bezügen liegt umso weniger Anlaß vor, als Material sehr rasch beschafft werden kann und die Preise unverändert geblieben sind. Am Halbzeugmarkt hat sich seitens der verbrauchenden Werke nur wenig Begehr gezeigt, da diese zum Teil seit Wochen stilliegen und erst allmählich wieder in Gang gesetzt werden. Aber selbst wenn letzteres der Fall sein wird, kann kaum mit großem Bedarf gerechnet werden. Einen erheblichen Teil des süddeutschen Bedarfs in Halbzeug lieferten Werke der Saar, Luxemburgs, Elsaß-Lothringens. Die Lage an den süddeutschen Walzeisenmärkten ist still geblieben.

Am Formeisenmarkt hat sich besonders das Fehlen größerer Aufträge des Baufachs in Trägereisen sehr fühlbar gemacht, was mit der sehr ruhigen Lage am Markt zusammenhängt. Wohl würde an und für sich die milde Witterung die Fortführung der Bauarbeiten gestatten, aber die Finanzierung der Bauten ist ungewöhnlich stark erschwert durch die Lage des Geldmarktes.

Am Stabeisenmarkt ist es auch ziemlich still gewesen. Jedenfalls war das Streckengeschäft darin vollkommen unentwickelt. Die geringen Bedürfnisse der Verbraucher konnten in den meisten Fällen aus den Beständen der Händler effektuiert werden. Der Begehr nach Bandeisen hat sich sehr ruhig angelassen, und die Umsätze waren auf der ganzen Linie ohne größere Bedeutung; größere Posten sind überhaupt nicht beansprucht worden. Auch der Umsatz in Grobblechen ließ viel zu wünschen übrig, weil die weiterverarbeitenden Werke nur mit geringem Bedarf am Markte erschienen waren. Am Feinblechmarkte rechnet man nun doch mit dem Zustandekommen eines Syndikats, nachdem bisher bekanntlich alle nach dieser Richtung hin unternommenen Bestrebungen ergebnislos verlaufen waren. Die Nachfrage nach Feinblechen hat sich inzwischen aber immer noch nicht bessern können.

Hamburger Warenmarkt.

Hamburg, 14. Jan. (Deutscher Kursfunk.)

Oele: Geschäft ruhig, Preise allgemein unverändert. Leinsaat, La Plata cif. Hamburg per Januar 21.50 hfl. per Februar 21.45 hfl. per März 21.60 hfl. In den Nachmittagsstunden ermäßigten die Harburger Mühlen die Leinölpreise. Auch auf niedrigerem Preisniveau war das Geschäft nur klein. Leinöl, netto, lose, ohne Faß per Januar 89.75 RM., dito per Februar 85.50 RM., dito per März-April 83.75 RM. per 100 Kilo. (Für Holzbarrels wird ein Aufschlag von 6.25 RM. und für Eisenbarrels ein solcher von 5.50 RM. per 100 Kilo netto erhoben.)

Kaffee: Brasilterminmarkt eröffnete heute mit bis ¾ Pfennig niedrigeren Preisen infolge des Rückgangs des Brasilwechselkurses und der Preisverluste in Newyork. Brasilofferten für feine Sorten bis 2 sh. erhöht, geringe dagegen bis 2 sh. ermäßigt. Geschäft befriedigend, Preise unverändert. Gewaschene Kaffees etwas fester. Inlandsnachfrage recht lebhaft. Preise unverändert.

Zucker: Im Einklang mit dem Ausland etwas schärfer. Tschechische Kristalle Feinkorn prompt 9.10½ sh., dito per Januar-März 9.10½ sh., dito per April-Juni 10.1½—10.2¼ sh.

Gewürze: Pfeffer infolge geringerer Nachfrage abbröckelnd. Sonst unveränderte Marktlage. Weißer Muntokpfeffer 337, weißer Bataviamuntokpfeffer 340, schwarzer Lampong 234, schwarzer Singapore 233, Tellicherry 258, Piment 196.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Während des Inventur-Ausverkaufs

Glas, Porzellan Wirtschaftsartikel enorm billig.

DAS WAHRZEICHEN FÜR BILLIG-GUT

Porzellan

Ein Posten **Kaffeeservice** 9 teil., für 6 Pers., sort. Dec. 5.50 **4.95**
Ein Posten **Tafelservice** 23 tl., f. 6 Pers., dar. Feston u. Gold **24.50**
Ein Posten **Tafelservice** 45 tlg., für 12 Pers., Feston m. Goldr. **42.50**
Ein Posten **Tassen** weiss und mit Goldrand . . 35 ₰ **32 ₰**

Steingut

Ein Posten **Teller** tief oder flach 16 ₰ **14 ₰**
Ein Posten **Obertassen** . . . . . bunt 16 ₰ weiss **14 ₰**
Ein Posten **Satzschüsseln** 6 St. im Satz, weiß u. bunt 1.65 1.25 **95 ₰**
Ein Posten **Gemüsetonnen** versch. Ausführg., mit Schrift Stck. **68 ₰**

Ein Posten **Kristallteller** geschliffen **1.15**

Kristallschalen ca. 13 cm **1.55**

15 cm	18 cm	20 cm
1.95	2.45	3.45

Ein Posten **Römer** farbig, übertangen, Kristall, Stk 4.95 3.75 **2.95**

Ein Posten **Fleischplatten** oval, weiß, versch. Formen, ca. 40 cm **1.65**

Ein Posten **Waschgarnituren** Steingut, 5 teilig, bedruckt 5.75 **4.80**

Glaswaren

Ein Posten **Kompotteller** Stück 12 ₰ **10 ₰**
Ein Post. **Kompottschalen** ca. 10 cm . . . Stück 12 ₰ **10 ₰**
Ein Posten **Kuchenteller** 85 ₰ 75 ₰ **68 ₰**
Ein Posten **Blumenvasen** farbig u. Rosenmust., Stk. 85 ₰ 65 ₰ **45 ₰**

Bleikristall

Teller ca. 15 cm . . . . Stück **2.60**
Schalen schw. geschl., ca. 20 cm **10.75**
Traubenspüler groß **5.25**
Jardinieren ca. 27 cm **24.50** ca. 18 cm **9.75**

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Elektr. Bügeleisen mit Zuleitg., 2 Jahre Garantie 8.75 **5.75**
Salatbestecke Horn u. Galalit 1.95 1.45 95 ₰ **50 ₰**
Eßlöffel od. Gabel Alpacca verchromt **50 ₰**
Solinger Backenbestecke mit Cocosschale . . . . . 1.10 **75 ₰**
Eßmesser prima Stahl, zum Aussuchen . 50 ₰ **25 ₰**
Brotkasten Emaille, dekoriert u. weiß 9.75 8.75 **6.75**
Eimer Emaille weiß 1.25 1.10 grau **85 ₰**
Bazarwanne Emaille, 35 cm weiß 1.25 grau **1.10**

Ein grosser Posten
EMAILLE
darunter **Fleischtöpfe, Kaffeekannen, Milchträger** und **Schüsseln**
mit kleinen Schönheitsfehlern
enorm billig!

Wasserkessel Aluminium 20 cm **3.25**, 18 cm **2.85**
Stielkasserollen Aluminium, bordiert u. unbord., 16 cm **95 ₰**, 14 cm **50 ₰**
Kaffeefilter Aluminium, zum Einhängen . . 1.10 **95 ₰**
Brotkasten lackiert, mit verschiedenen Dekoren . . . 3.45 2.75 **1.95**
Brotkörbe emailliert, dekoriert und weiß . . . 1.10 **95 ₰**
Kranz- u. Bundformen z. Aussuchen **95 ₰**
Zink-Waschkessel 40 cm . . **4.75**
Zink-Waschwannen oval 80 cm . **6.85**
Zink-Eimer 30 cm **1.25**

HETZ HERMANN KARLSRUHE

Badisches Landestheater
Mittwoch, 15. Januar.
* A 12. Th.-Gemeinde 201—300 u. 1401—1500
Die andere Seite
Drama von Sherriff. Deutsch von Reisiger. Regie: Baumbach. Mitwirkende: Brand, Dahlen, Graf, Hierl, Just, Kloeble, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, H. Kienscherf, Luther.
Anfang 20 Uhr. Ende gegen 23 Uhr
Preise A (0.70—5 ℳ)

Do. 16. I. Faust II. Teil. Fr. 17. I. „Zeittheater": Die Dreigroschenoper. Sa. 18. I. Zu halben Preisen: Das Glöckchen des Eremiten. Sonnt. 19. I. Nachmittags: Christinchens Märchenbuch. Abends: Rigoletto. Im Konzerthaus: Grand Hotel. Mo. 20. I. „Zeittheater": Die Dreigroschenoper.

Badisches Landestheater
Voranzeige!
21. Januar 1930
Einmal. Gastspiel Mady Christians
Ernst Deutsch, Hans Junkermann.

Roederer Korallengrotte
Schön und stimmungsvoll
Zähringerstraße 19

Der Blitz am Mittwoch

Damen-Strümpfe
Flor mit K'Seide, schwere Qualit., verstärkte Sohle und Hochferse, in vielen modernen Farben Paar **1.95**

Damen-Hemdhose
gewebt, Windelform mit Bandträger, pastellfarbig, gute Qualität **1.10**

Diese Preise sind nur Mittwoch gültig

BURCHARD

HOTEL GERMANIA
Heute Mittwoch
Gesellschafts-Abend
Unsere **Gesellschafts-Abende** finden jeden **Mittwoch, Samstag u. Sonntag** statt (Smoking).
Germania-Weinstuben * Theater-Soupers Mk. 2.50

Colosseum.
Heute abend 8 Uhr
Abschieds-Vorstellung Xaver Terofal
Ab morgen, den 16. ds. Monats, täglich 8 Uhr
Gastspiel von Glauer's Royal Midget's Theater
Die kleinsten Menschen der Welt
Ausserdem das grosse Varieté-Programm von Weltruf.

U.T.
Der große Lustspielschlager
Sündig und süß
mit **ANNY ONDRA.**

Nachmittags 2½ Uhr:
Ein Märchenspiel für unsere Jugend
Dornröschen
nach Gebr. Grimm, in 6 Akten.
Kleine Preise!

SCHAUBURG
Marienstr. 16 Tel. 6284
Nur noch heute u. morgen um 4, ½7 und 9 Uhr:
Der Sensations-Erfolg
Stud. chem. Helene Willfüer
Nach dem gleichnamigen Roman der Berliner Illustrierten von Vicky Baum.
In den Hauptrollen: Olga Tschechowa, Ernst Stahl-Nachbaur, Jgo Sym, Elsa Temary usw.
:: **Kleines Beiprogramm** ::
Wir empfehlen den Besuch der besonders gepflegten 4 Uhr Vorstellg. Einlaß ½4 Uhr. Von ½4 bis 4 Uhr: Schallplatten-Vorträge 12463

Oeffentlicher Lichtbilder- u. Experimental-Vortrag
über das Thema
„Wunderkuren in Gallspach"
am **Donnerstag, den 16. Jan. 1930, abends 8 Uhr,** im Saal des **„Goldenen Hirschen", Mühlburg,** Hardtstraße.
Die Weltpresse ist voll von Mitteilungen. Der Strom der Kranken nimmt täglich zu. Die Heilung der Krankheiten wie Gicht, Rheuma, Ischias, Asthma, Nerven-Leiden, Arterien-Verkalkungen, Lähmungen, Herz-Leiden grenzt an Wunder.
Besonders zu erwähnen: IB500
Selbstbehandlung im eigen. Heim
durch Hochfrequenz- oder Violett-Bestrahlung.
Referent S. W. Jepp, München.
Der Vortrag wird durch Lichtbilder und Experimental-Vorführungen unterstützt.
Eintritt frei! Eintritt frei!
Jugendliche haben keinen Zutritt!

Atlantik-Lichtspiele
Kaiserstr. 5 (Am Durlacher Tor) Tel. 5448
Nur noch wenige Tage:
das ausgezeichnete Doppel-Schlager-Programm:
I.
Die Stunde der Entscheidung
Norma Talmadge, Amerikas größte Tragödin in dem schönsten Film ihrer Laufbahn. Ein Film, der Millionen begeistert hat u. noch Millionen begeistern wird.
II
In Erst-Aufführung die große Lustspielkanone:
Heut' war ich bei der Frida...
Ein tolles Ding nach dem bekannten Schlager mit Robert Garrison, Hans Albers, Evi Eva, Mary Parker usw.
— **Montag letzter Tag** —

Morgen Donnerstag 16. Januar abds. 8 Uhr
Intern. Konzertdirekt. - Konradin Kreuzer -
Eintracht
3. Kammermusik-Abend
im Abonnement
Dresdner Streich-Quartett
Mitwirkung
Martha Weill-Wagener
Klavier
Schubert a-moll op 29 / Schumann, Klavierquintett Es-Dur. Dvorák, Es-Dur op. 51
Künstler von Weltruf, bei denen es sich erübrigt, noch etwas über ihre künstlerischen Leistungen zu schreiben. Berlin, Signale 1929. Dem Dresdener Streichquartett war ein Ruf vorausgegangen, daß der Saal beim Oeffnen der Türe gestürmt wurde. Paris, Fig. 1929
Karten Mk 5.-, 4.-, 3.-, 2.50, 2.- bei **Friedr. Blos,** Kaiserstr. 104, Ecke Herrenstr., **Frz. Tafel** Musikalienhandlung Kaiserstraße, Ecke Lammstr. (2145)
Bechstein-Flügel aus dem Pianolager L. Schweisgut Erbprinzenstraße 4.

EX HOTEL CELSIOR die vornehme **TANZSTÄTTE**

TANZ
Neueste Tanzschlager
Gutgepflegte Weine
ff. Schrempp-Printz
Gut bürgerl. Küche
Wiener Hof
Fasanenstr. 6.

JUST WEIN
Morgen Donnerstag
ab 8 Uhr
Großer Husaren-Abend
Es ladet höfl. ein
2279 **„Der treue Husar".**
Ab heute ¼ Asti 60 Pfg.
Bei Konzert 70 Pfennig.

Hotel Rotes Haus 2413U
HEUTE Tanz-Abend

Kapitalien
4000 Mk.
1. Hypothek v. Selbstgeber gesucht. Angeb. an **Walter Hochhäuser,** Treuhandbüro, Hirschstr. 11, Telefon 2914.

Löwenbräukeller
Sofienstr. 95 Telefon 4222.
Heute Schlachttag.
Ia. Löwenbräu, rein Weine von 35 Pfg. an
2285 **Otto Lacher.**

Abschieds-Abend
der beliebten Duett-Humoristen
Gerson-Jeserich
und des **hervorragenden Programms**
CAFÉ ROLAND CABARET

Café Museum
Mittwoch, 15. Jan., abends ½9 Uhr
Großes Sonderkonzert
unter Leitung des Herrn Kapellmeister
2247 E. WILCKEN
Wunsch-Abend.
Voranzeige:
Freitag, 17. Jan., abends ½9 Uhr
Ehren- und Abschieds-Abend des Kammersängers A. Walentinoff
früher Kaiserl. Russ. Oper St. Petersburg.

Kaffee Bauer
Heute Mittwoch 20.30 Uhr abends:
Grosses Sonder-Konzert
Aus dem Programm:
Ouverture zu „Hamlet" Bach
Fantasie aus „Schwanda der Dudelsackpfeifer" Weinberger
Canzonetta (für Violine) Tschaikowski
La ronde des lutins (für Violine) Bazzini
Solist: Kapellmeister Dolezel

Blumen-Kaffee
Durlach 2349
Jeden Mittwoch abend 8 Uhr
Gesellschaftstanz